

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

24–26/2011 · 14. Juni 2011



Belarus

Timothy Snyder

Im dunkelsten Belarus

Ingo Petz

Belarus? Uns doch egal! Eine Polemik

Waleri Karbalewitsch

Lukaschenka forever?

Jerzy Maćków

Belarussischer Autoritarismus

Elena Rakowa

Planwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen

Stephan Malerius

Opposition und Zivilgesellschaft in Belarus

Jörg Forbrig

Belarus zwischen der EU und Russland:
Ende der Schaukelpolitik

Editorial

Auch 20 Jahre nach der Unabhängigkeit ist Belarus, zwischen der Europäischen Union (EU) und dem großen Nachbarn Russland gelegen, weithin eine *terra incognita*. Im 20. Jahrhundert hat es zuvor nur für sehr kurze Zeit einen unabhängigen belarussischen Staat gegeben, nach dem Untergang des Zarenreichs. Jeder vierte Bewohner der von den Deutschen besetzten und verheerten Belarussischen Sowjetrepublik verlor im Zweiten Weltkrieg sein Leben. Die jahrzehntelange Russifizierungspolitik wirkt bis heute nach: Heroische Opfer- und Siegererzählungen aus der Sowjetzeit dominieren das offizielle Geschichtsbild.

Seit 1994 regiert Aljaksandr Lukaschenka mit harter Hand. Nach der Präsidentschaftswahl im Dezember 2010, bei der er seine eigentümliche Autokratie für eine vierte Amtszeit bestätigen ließ, gingen Polizeikräfte und der mächtige Geheimdienst KGB überaus gewaltsam gegen die seit Jahren marginalisierte Opposition vor. Zaghafte Ansätze der Liberalisierung während des Wahlkampfes waren beendet. Die Medien unterliegen strenger Kontrolle, Internetsperren nehmen zu. Ein friedlicher demokratischer Wandel in Belarus scheint in weite Ferne gerückt.

Lukaschenka hat es lange gut verstanden, seine Nachbarn gegeneinander auszuspielen, um seine persönliche Herrschaft zu sichern. Moskau hatte Minsk jahrelang mit Rohstofflieferungen und Krediten alimentiert, um den Bund mit Russland zu festigen. Mit der globalen Finanzkrise begann eine Entfremdung. Lukaschenka umwarb die EU und versprach Demokratisierung sowie die weitere Privatisierung der Staatswirtschaft; nach der Wiederwahl erneuerte er die enge Verbundenheit mit Russland. Das Gesellschaftsmodell in Belarus verheißt Stabilität, Sicherheit und Ordnung. Sollte sich die prekäre Wirtschaftslage indes noch weiter verschlechtern, wird die Zustimmung bröckeln.

Hans-Georg Golz

Timothy Snyder

Im dunkelsten Belarus

Im Sommer mieten sich junge Paare in der belarussischen Hauptstadt Minsk Ruderboote. Sie lassen sich scheinbar ziellos von der Strömung der Swislatsch treiben, bis sie unter eine Brücke kommen. Dort rudern sie so lange es geht gegen den Strom, um vor der Sonne und neugierigen Augen geschützt zu sein. Der auf Russisch geschriebene Roman *Paranoia* des belarussischen Autors Viktor Martinowitsch¹ geht von der Prämisse aus, dass dies unmöglich ist. In einem Polizeistaat wie der belarussischen Diktatur von heute, der immer größere Kontrolle anstrebt, wird man immer beobachtet. Die jungen Liebenden beobachten einander, egal ob sie es merken oder nicht. Der einzige Weg, in einer solchen Gesellschaft ganz sicher zu sein, ist das Aufgeben der Liebe, aber echtes Alleinsein nährt Paranoia.

Timothy Snyder
B.A., D. Phil., geb. 1969; Professor of History, Yale University, New Haven, CT/USA.
timothy.snyder@yale.edu

Zu Beginn des Romans ist der junge Schriftsteller Anatoli allein, seine geliebte Lisa ist aus ihrer Wohnung in der Karl-Marx-Straße verschwunden. Er schiebt Zettel unter ihrer Tür hindurch, wo sie vom KGB pflichtbewusst gesammelt, kopiert und interpretiert werden.² Diese Polizeidokumente eröffnen den Roman und bieten dem Leser einen Blick auf den jungen Mann aus Sicht der Behörden. Dann erinnert Anatoli sich an eine Beziehung, die in ihrer Reinheit zunächst verblüffend erscheint (sein Nachname Newinski klingt wie „unschuldig“). In einem Café begrüßt ein junger Mann eine junge Frau mit der Frage: „Hast du lange gewartet?“ Sie antwortet: „Mein ganzes Leben lang.“ Es folgt eine so leidenschaftliche Liebesaffäre, dass die beiden den Namen des anderen erst erfahren, als sie sich streiten. Die Quelle der Spannung ist Lisas anderer Geliebter: Murawjow, der Minister für Staatssicherheit, der den Staat (offensichtlich Belarus) kontrolliert, alle wichtigen Ämter innehat und Menschen verschwinden lassen kann.

Murawjow, nicht nur Diktator, sondern auch Pianist, ist weniger Big Brother als Big Lover; in *Paranoia* werden Konventionen der Menage à trois kunstvoll mit denen der Antiutopie kombiniert. Lisa scheint schwanger zu sein. Wer ist der Vater? Anscheinend deutet sie gegenüber beiden Männern an, sie könnten es sein. Lisa scheint ermordet worden zu sein. Wer ist der Täter? Murawjow behauptet, es nicht zu wissen, doch das wirkt unglaublich, und er würde so etwas auch kaum zugeben. Zunächst sucht Anatoli nach Lisa und konfrontiert Murawjow, aber im Verhör gesteht er den Mord. Hat sein Geständnis irgendeine Beziehung zu dem, was wirklich geschah? Oder hilft Anatoli dadurch dem Regime, dessen neuesten Mord zu vertuschen? Sind er und Murawjow in irgendeiner Weise Komplizen?

Der 1977 geborene Martinowitsch wurde unter der Diktatur erwachsen, die Aljaksandr Lukaschenka seit 1994 im postsovjetschen Belarus errichtet hat. Im Roman erneuert er einige Hauptthemen der klassischen osteuropäischen Dissidentenliteratur. Das System sind nicht nur die Herrscher, es sind auch die Beherrschten.³ Selbstkontrolle ist wichtiger als Kontrolle; Liebende verraten einander wissentlich oder unwissentlich; wir alle verraten letztlich uns selbst. In Anatoli zeichnet Martinowitsch einen Schriftsteller, der zwar die Ästhetik des Totalitarismus kritisiert, aber von dessen Macht angezogen ist. Anatoli scheint zu begehren, was Murawjow besitzt. Er beschreibt ausführlich den Latte macchiato, den Lisa trinkt, das Produkt eines Lebensstils, der nur innerhalb des Systems möglich ist. Er ist von ihrem schwarzen Wagen mit den KGB-Nummernschildern zugleich abgestoßen und fasziniert. Anatoli begegnet dem Staat im attraktiven Medium des Körpers einer jungen Frau oder der würdigen Plattform der Hochkultur. Am Schluss tritt

Gekürzte Fassung eines Beitrages, der am 28. Oktober 2010 in The New York Review of Books erschienen ist. Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Martin Richter, Berlin.

¹ Viktor Martinowitsch, *Paranoia*, St. Petersburg 2010.

² Im Roman heißt die Institution „Ministerium für Staatssicherheit“. Der Einfachheit halber benutze ich den vertrauten Ausdruck KGB, die russische Abkürzung für „Komitee für Staatssicherheit“, die auch heute in Belarus gebräuchlich ist.

³ Vgl. z. B. Václav Havel, *Versuch in der Wahrheit zu leben*, Reinbek 1980.

Anatoli Murawjow gegenüber, nachdem der Minister für Staatssicherheit Mozarts Klavierkonzert Nr. 24 gespielt hat.

Ähnlichkeiten und Anspielungen

Das Belarus des Romans ähnelt sehr stark der Diktatur Lukaschenkas. Belarus ist ein mittelgroßer osteuropäischer Staat, der im Westen an Polen, im Osten an Russland, im Norden an Litauen und Lettland und im Süden an die Ukraine grenzt. Ein halbes Jahrtausend lang war er das Zentrum des mittelalterlichen Großfürstentums Litauen, dann der polnisch-litauischen Adelsrepublik und wurde im späten 18. Jahrhundert eine Grenzregion des Russischen Reichs. Weil das gesamte heutige Belarus im 19. Jahrhundert von den Zaren beherrscht wurde, war die Entwicklung einer Nationalbewegung schwierig. Die Hauptreligion des Landes war zunächst die Unierte Kirche, die dem orthodoxen Ritus folgte, aber dem Vatikan unterstellt war. Sie wurde dann mit der russisch-orthodoxen Kirche vereinigt. Die belarussische Sprache ähnelt sowohl dem Russischen als auch dem Polnischen, daher strebten lokale Eliten den sozialen Aufstieg durch die Übernahme einer dieser beiden Sprachen an.

Die Nationalbewegung fand Anfang des 20. Jahrhunderts Anhänger, aber eine kurzlebige Belarussische Volksrepublik wurde bald von der Sowjetunion absorbiert. Die sowjetische Führung ermunterte zunächst die belarussische Kultur, bis Stalin fast alle wichtigen belarussischen Autoren im Großen Terror ermorden ließ. Während des Zweiten Weltkriegs ermordeten Sowjetpartisanen belarussische Lehrer als Kollaborateure mit den Deutschen. Die Juden des Landes sprachen meist Belarussisch, und auch einer der ersten großen Nationalaktivisten war Jude. Die deutschen Massenerschießungen von Juden während des Krieges brachten diese Gruppe fast zum Verschwinden. In den Jahren nach dem Krieg gab es nur eine Synagoge in einem Land, das einmal ein Zentrum jüdischen Lebens gewesen war.

Nach dem sowjetischen Sieg wurde Belarus auf Kosten Polens nach Westen erweitert, und Zehntausende Polen und Juden wurden aus den neuen Gebieten nach Polen vertrieben. In den Jahrzehnten nach dem Krieg

wurde Minsk als sowjetische Metropole wiederaufgebaut, die russische Sprache fest verankert und Stützpunkte der Roten Armee entlang der neuen sowjetischen Westgrenze errichtet. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 wurde Belarus ein unabhängiger Staat.

Martinowitsch gibt nur wenige und indirekte historische Anspielungen, doch sie lassen wenig Zweifel über den Schauplatz. Der Roman spielt in einer Großstadt, die in jedem Detail dem heutigen Minsk entspricht. Die Herausforderung des Regimes war offensichtlich: Der Roman verschwand nach zwei Tagen aus den Regalen.

Belarus als Reisender zu betreten oder zu verlassen bedeutet Bekanntschaft mit dem KGB. Auf dem europäischen Flughafen, von dem aus man nach Minsk fliegt, patrouilliert ein Beamter oder eine Beamtin im Abflugbereich. An einem bestimmten Punkt überprüft er oder sie den Ausweis aller Passagiere, allerdings ist nicht klar, mit welcher Befugnis. Bei der Abreise kontrolliert ein offensichtlicher KGB-Funktionär am Flughafen von Minsk erneut die Papiere, bevor man an Bord der Maschine geht. Dann geht er mit. Wahrscheinlich begleitet er einen Offiziellen auf einer Auslandsreise, denn ab einer gewissen Wichtigkeit dürfen Belarussen nicht ohne politischen Aufpasser reisen. Aber vielleicht beobachtet er auch einen selbst. Sobald man diesen Gedanken hat, ist man Teil der Welt der Paranoia, über die Martinowitsch schreibt.

Nur an Orten wie Flughäfen fällt einem der KGB auf, deshalb beginnt man nachzudenken, wer Geheimpolizist ist und wer nicht. Für Belarussen kommt die Erkenntnis fast immer zu spät, nämlich bei einer Verhaftung. Die übrigen – und sehr zahlreichen – Polizeikräfte sollen dagegen höchst sichtbar sein. Durch Tarnanzüge sollen Soldaten ungesehen kämpfen, aber wenn sie von den Einsatzkräften in Minsk getragen werden, erhöhen sie das Gefühl der Bedrohung. An Straßenecken und auf U-Bahnhöfen stehen Soldaten des Innenministeriums in Galauniformen mit Schlagstöcken oder Pistolenhalftern. Dazu kommt die allgegenwärtige uniformierte Stadtpolizei. Alle diese Sicherheitsorgane werden von Lukaschenka kontrolliert; Innenministerium und KGB unter-

stehen seinem Sohn Viktor.[†] Die Offiziere tragen große Mützen, schlecht sitzende Uniformen und Aktentaschen. Die Wehrpflichtigen tragen rote Sterne an den Ärmeln, was an eine Sowjetvergangenheit erinnert, die sie nie kennengelernt haben. Sie sprechen Russisch miteinander, die dominierende Sprache des Landes und die Kommandosprache des Militärs. Etwa einer von 43 belarussischen Bürgern dient in der Armee, ein Anteil, der weit über dem von Belarus' Nachbarn und unter den höchsten in der Welt liegt. Die Existenz und lange Dauer der Wehrpflicht ist eine Form der sozialen Kontrolle. Junge Menschen, die eine Bedrohung für das Regime darstellen könnten, werden früh eingezogen und weit entfernt von zuhause stationiert.

Der öffentliche Raum von Minsk, den die Sowjetbehörden nach der Zerstörung der Stadt durch die Deutschen entwarfen, erlaubt wenig Alleinsein. Martinowitsch lässt Anatoli eine Stadt beschreiben, die für den KGB nach Maß entworfen ist, mit langen, breiten Ausfallstraßen und weit offenen Plätzen. Auf dem riesigen Unabhängigkeitsplatz im Stadtzentrum kann man nirgends sitzen. Minsk ist so sauber, dass Wien im Vergleich schmutzdelig wirkt. Die Straßen werden permanent von uniformierten Reinigungskräften gefegt. Martinowitsch schmückt sein fiktives Minsk mit attraktiven Reklametafeln, auf denen Batman-ähnliche KGB-Offiziere zu sehen sind. Tatsächlich gibt es in der realen Stadt Drehplakate, die abwechselnd den Triumph der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg feiern und Frauen in Bikinis zeigen. „Sie gingen nach Hause“, schreibt Martinowitsch einmal über seine Liebenden, „wohin sollten sie sonst gehen?“ Im Zentrum von Minsk erstrecken sich kilometerlange Häuserblocks ohne eine einzige Sitzbank. Die Botschaft ist klar: Wenn du deine Arbeit getan hast, gehe zurück in deine Wohnung. Aber die Wohnung ist wie im Sowjetsystem, das Lukaschenka in vielerlei Hinsicht fortsetzt, keine Privatsphäre wie im Westen. Obwohl das Privateigentum gesetzlich geschützt ist, lässt sich die Eigentümerschaft jederzeit aus formalen Gründen anfechten.

[†] Gute Analysen liefern Kamil Kłysinsky und Agata Wierzbowska-Miazga, *Changes in the Political Elite, Economy, and Society of Belarus*, in: *OSW Studies*, 30 (2009), und Elena Korosteleva, *Was There a Quiet Revolution? Belarus After the 2006 Presidential Election*, in: *Journal of Communist and Transitions Politics*, 25 (2009) 2.

Trotz der in der Verfassung verankerten Rechte ist alles verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. Um irgendetwas in der Öffentlichkeit zu tun, müssen die Bürger zunächst ankündigen, was sie tun wollen, und die Organisation angeben, in deren Rahmen die Aktion stattfinden wird. Aktion und Organisation müssen vom Staat ausdrücklich anerkannt und registriert sein. Wenn die Behörden eine Organisation verschwinden lassen wollen, bedrohen sie den Besitzer des Gebäudes, in dem sie angemeldet ist, und verfolgen dann ihre Mitglieder wegen illegaler Mitgliedschaft in einer Gruppe ohne offizielle Adresse. Das Schreckgespenst der „Registrierung“ ist ein Versuch, völlige soziale Kontrolle zu erlangen. Weihnachten 2009 verkündeten 15 belarussische Bürger in rotweißer Kleidung mit falschen Bärten, sie wollten „als unregistrierter Weihnachtsmannverein“ Weihnachtsstimmung verbreiten.[‡] Man sagte ihnen, in diesem Fall würden sie gerichtlich belangt. Im Mai 2010 löste Einsatzpolizei eine kleine Demonstration für Schwulenrechte auf. Im Juli begingen mehrere Hundert junge Leute einen militärischen Gedenktag mit einer öffentlichen Kissenschlacht. Die Einsatzpolizei nahm mehrere Dutzend von ihnen fest. Die Kissenschlacht war als Flashmob durch elektronische Medien organisiert worden, die die Behörden noch nicht völlig unter Kontrolle haben. Doch die wenigen Internetcafés müssen ihre Kunden der Polizei melden. Nur etwa acht Prozent der Bevölkerung hat Zugang zum Internet, und nur die Regierung darf Webseiten betreiben. Wie das ganze öffentliche Leben sind die Universitäten durchdrungen von staatlichen Nichtregierungsorganisationen. Oberschüler müssen Lukaschenkas Jugendbund beitreten, wenn sie studieren wollen. Ihre Professoren müssen an ideologischen Orientierungssitzungen teilnehmen. Alle Universitäten und Schulen, einschließlich der privaten, werden vom Bildungsminister kontrolliert. Die Akademie der Wissenschaften untersteht direkt dem Präsidenten.

Martinowitschs Protagonist Anatoli sieht „Stabilität“ als das Ziel des Regimes an. Neben der Beherrschung der öffentlichen Sphä-

[‡] Vgl. den Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums über Belarus vom März 2010, www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2009/eur/136021.htm (nicht mehr online).

re und der Isolierung der Bürger verfolgt Lukaschenka noch eine dritte Strategie, die man „Verpflanzlichung“ nennen könnte. Vielleicht ähnelt seine Ideologie am ehesten der von Marschall Pétains Vichy-Regime: eine Idealisierung von Heim und Herd, ein ungleiches und erstickendes Bündnis mit einem mächtigen Nachbarn im Osten und eine ständige Frontstellung gegen Außenseiter.

Lukaschenkas ideales Belarus ist ein Agrarland: „Ich bin nicht wie andere Präsidenten. In mir steckt eine Kuh.“⁶ Lukaschenka regiert ein Land, in dem die Landwirtschaft immer noch kollektiviert ist; er selbst war einmal Kolchosendirektor. Bauern sind Staatsangestellte, denen der Boden nicht gehört und die wenig Aussicht haben, ihn zu verlassen. Die Armut auf dem Land, vielleicht das wichtigste Erbe der Sowjetära, wird als idyllisch dargestellt. Das inoffizielle Nationalmotto ist „Blühe Belarus!“ Lukaschenkas Propaganda stellt das eigene Volk nicht als politisch reife Nation dar. Es ist eher eine ethnische Gruppe in Folklorekostümen aus der Sowjetzeit, die irgendwo zwischen Feldern und Vieh lebt und sich nur um ihre Ernährung und ihr Dach über dem Kopf kümmert.

Lukaschenkas Entnationalisierungskampagne ist keineswegs der Primitivismus eines Provinzlers, sondern funktioniert als schlaue Strategie der Beziehungen nach außen. Statt den individuellen Charakter des Volkes zu betonen, hat Lukaschenka seine Bürger als ideologisches Rohmaterial behandelt. Er hat gewissermaßen den Nationalstolz seines Volkes nach Russland exportiert, wo Politiker, die sich nach dem Imperium zurücksehnten, den Glauben hegten, eines Tages könnten sich beide Länder wieder vereinigen. Im Austausch gegen die Tolerierung der russischen Vorstellung, Belarus sei gar keine Nation, und den Versuch, dies unter den Belarussen selbst zu verbreiten, hat Lukaschenka billiges Erdgas aus Russland bezogen. Er hat russischen Staatschefs von Jelzin bis Medwedew mit unterwürfiger Rhetorik geschmeichelt und nennt Russland die „Mama“ Belarus'. Er hat verschiedenen Formen der wirtschaftlichen Einheit mit Russland zugestimmt und außerdem die politische Vereinigung versprochen. Da er aber sicherstellte, dass keine dieser Vereinba-

rungen je verwirklicht wurde, ist es ihm durch russische Energiesubventionen gelungen, der Gesellschaft ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Sicherheit zu geben.⁷ Seine bis vor kurzem sehr erfolgreiche Herrschaftsstrategie gründete darauf, russische Herzen durch panslawische Rhetorik und belarussische Haushalte durch billiges Erdgas zu erwärmen.

Belarussische Geschichte

In den vergangenen fünfzehn Jahren ist den Belarussen eine Geschichte erzählt worden, die dieses seltsame Arrangement rechtfertigen soll. Während die meisten Staaten nach der Unabhängigkeit ihre Nationalgeschichte herausstellen, leugnet das Regime, dass es überhaupt viel belarussische Geschichte gibt. Lukaschenka ließ zunächst sowjetische Geschichtsbücher in den Schulen benutzen und beauftragte dann seinen früheren Geschichtslehrer Jakov Treschtschenok, ein neues Lehrbuch zu schreiben. Nach seiner Darstellung ist die politische Geschichte Belarus' weitgehend identisch mit der sowjetischen: Dank der russischen Revolution gewannen die Belarussen ein politisches Bewusstsein und entfalteten sich unter der brüderlichen Führung Moskaus. Belarussen und Russen standen gegen die deutschen Invasoren zusammen. Zum Glück wurde die sowjetische Herrschaft nach dem Krieg wiederhergestellt und nach Westen ausgedehnt, wodurch das belarussische Volk ihre Segnungen genießen konnte.

Die Belarussen sind mit ihrer jüngsten Geschichte allein, denn fast niemand außerhalb seiner Grenzen erkennt die Katastrophe der deutschen Besatzung an. Mangels anderer Darstellungen werden die Belarussen gerade durch dieses Leiden zur alten sowjetischen Version von der Erlösung durch die Befreier der Roten Armee gezogen.⁸ Etwa jeder fünfte Bewohner der belarussischen Sowjetrepublik starb während der deutschen Besatzung. Über 300 000 Belarussen wurden bei deutschen Antipartisanenaktionen erschossen, und weitere Hunderttausende verhungerten in Kriegsgefangenenlagern. Die Katastrophe

⁷ Vgl. Adam Eberhardt, *Gra Pozorów: Stosunki rosyjsko-białoruskie 1991–2008*, Warschau 2009.

⁸ Ich behandle auch die deutsche Besatzung in meinem Buch *Bloodlands: Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2011 (i. E.).

⁶ *Komsomolskaja Prawda v Belorussii* vom 21.5.2010.

wurde für die sowjetische Gegenpropaganda ausgebeutet. 1940 ermordete das NKWD polnische Offiziere im westrussischen Wald von Katyn. Um Verwirrung zu stiften, wählten die Sowjetbehörden ein belarussisches Dorf mit dem ähnlichen Namen Khatyn für ein Mahnmal, das an von den Deutschen zerstörte Dörfer erinnerte.⁹ Im April 2010, als die russische Führung beschloss, die Opfer von Katyn gemeinsam mit den Polen zu ehren, erlebte Lukaschenka Belarus einen Anfall der Eifersucht auf das Martyrium anderer. Als der polnische Präsident und 95 andere Menschen beim Flugzeugabsturz ums Leben kamen, war Lukaschenka der einzige Präsident eines Nachbarlandes, der keinen Tag der Staatstrauer erklärte. Kurz nach dem Unfall wurde in einer belarussischen Zeitung angedeutet, Polen trage irgendwie die Schuld an dem Massenmord, den Stalin in Katyn befahl.¹⁰

Auch der Holocaust passt nicht in eine Geschichte der Belarussen als Opfer und Sieger. Genau wie Sowjethistoriker ermordete Juden als Sowjetbürger zählten, zählen belarussische Historiker sie nun als belarussische Bürger. Treschtschenok lehnt eine ethnische Einordnung der Opfer ab. Dies ignoriert den besonders mörderischen Charakter der NS-Besatzung für Juden. Die Belarussen litten im Krieg mehr als jedes andere Volk – bis auf die Juden. Heutzutage werden jüdische Altstädte und Synagogen abgerissen. 2009 wurde eine Abwasserleitung durch einen jüdischen Friedhof gegraben und zerstörte dabei Gräber. Lukaschenka nennt sich einen „orthodoxen Atheisten“, und seine Ideologen stellen Belarus als Teil der Zivilisation der Ostkirche dar. Die Lehrbücher sagen wenig über Katholiken und noch weniger über Juden. Belarussische Historiker können diese wesentlich sowjetischen Positionen im Land selbst nicht kritisieren. Eine Dissertation über das Alltagsleben in der Belarussischen Sowjetrepublik zwischen 1944 und 1953 wurde 2009 abgelehnt (ebenfalls von Treschtschenok), weil sie Russland nicht als „Hebamme“ Belarus' darstellte.¹¹

⁹ Die beste Darstellung der mörderischen deutschen Besatzung ist Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999.

¹⁰ Vgl. Vadim Elfimov, *O dvukh storonakh medaly*, in: *7 Dnei* vom 29. 5. 2010.

¹¹ Vgl. Hienadz Sahanowicz, *Losy białoruskiej historiografii: od sowietyzacji do zachodniorusizmu nowego typu*, in: *Studia Białorusinistyczne* vom

In Wirklichkeit hat Belarus eine lange und faszinierende Geschichte. Jahrhundertlang war das Land die Heimat von orthodoxen und katholischen Christen, Juden und Muslimen. Der polnische Nationaldichter Adam Mickiewicz wurde im heutigen Belarus geboren, das er Litauen nannte, in einer Stadt voller Juden, nicht weit von einer Moschee. Das Gebiet des heutigen Belarus lag im Herzen des Großfürstentums Litauen. Örtliche Bojaren saßen im Parlament der polnisch-litauischen Adelsrepublik, die das Großfürstentum im 16. Jahrhundert mit Polen errichtete. Staatssprache war eine dem Belarussischen ähnliche slawische Sprache. Bis zur Moderne unterschied sich die belarussische Geschichte stark von der russischen. In einem Lehrbuch für die Oberschule, das Treschtschenok auf Russisch schrieb, werden die Institutionen eines halben Jahrtausends als fremdländisch beschrieben, die Vereinigung mit Russland dagegen als schicksalhaft. Das zeigt sich deutlich an seiner Behandlung des Aufstands von 1863/64, bei dem Adlige und Bauern gegen das Zarenreich kämpften. Das Lehrbuch stellt nicht die belarussischen Rebellen heraus, sondern feiert den russischen General, der sie hängen ließ.¹²

In *Paranoia* bezieht sich Martinowitsch meist stärker auf die aktuelle westliche Kultur als auf die Geschichte, beispielsweise spielt er auf den Film „Matrix“ an. *Paranoia* zeigt die Hohlheit des belarussischen Sozialismus, der sich mit der kreditfinanzierten Atmosphäre westlicher Konsumkultur dekoriert. Man kann auf der Friedrich Engels-Straße einen Big Mac essen. Man kann die einheimische Belo-Cola aus rotweißen Flaschen mit vertrauter Schrift trinken, aber auch Coca-Cola-Reklame in der U-Bahn hören.

Während des Kalten Kriegs boten die USA kommunistischen Regimen Schuldenerlass im Austausch gegen die Freilassung politischer Gefangener oder Reformversprechen.

3. 11. 2009. Eine wertvolle Dissertation über die Westausdehnung der belarussischen Sowjetrepublik: Jan Szumski, *Sowietyzacja zachodniej Białorusi, 1944–1953*, Krakau 2010.

¹² Die Probleme der modernen belarussischen nationalen Identität sind ein Hauptthema meines Buchs *The Reconstruction of Nations: Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999*, New Haven, CT 2003.

Heute schuldet Belarus nicht nur westlichen Ländern und internationalen Organisationen Geld, sondern auch Russland und China.

Wahrscheinlich wird sich das System verändern, wenn die russische Führung beschließt, es sei Zeit, den Nachschub an billigem Erdgas zu stoppen. Das könnte schon bald der Fall sein. Im Juli 2010 brachte ein großer russischer Fernsehsender eine Dokumentation über Lukaschenka mit dem Titel „Der Pate“. Seine wichtigste These war, dass ein Mordkommando der belarussischen Regierung hinter dem Verschwinden von fünf Bürgern steckte, die als Lukaschenka-Gegner galten. Die Sendung sprach auch die delikate Frage von Lukaschenkas unehelichem Sohn Kolja an. Der Sender NTV gehört dem Erdgaskonzern Gazprom, an dem die russische Regierung 50,1 Prozent der Anteile hält.

Am 19. Dezember 2010 trat Lukaschenka zum vierten Mal mit „Erfolg“ bei Präsidentschaftswahlen an. Er darf so oft kandidieren, wie er will; er hat selbst zugegeben, dass seine Regierung die Ergebnisse fälscht. Er hat angedeutet, dass er solange an der Macht bleiben will, bis Kolja bereit ist, sein Nachfolger zu werden. Moskau scheint indes andere Vorstellungen zu haben. In einem Moment, wo Dmitri Medwedew und Barack Obama im Interesse der bilateralen Beziehungen zu Kompromissen bereit scheinen, ist es theoretisch denkbar, dass Russland sich den USA und der EU darin anschließen könnte, freie Wahlen in Belarus zu unterstützen. Wenn Beobachter von außen wollen, dass Wahlen frei und fair sind, müssen sie darauf bestehen, an der Stimmenaushaltung teilzunehmen.

Das soll nicht heißen, es gebe keine Opposition; vielmehr ist es in Belarus unmöglich, dass Bürger an Aktivitäten wie der Stimmenaushaltung teilnehmen. Lukaschenka hat das Land so dominiert, dass er Präsidentschaftswahlen wohl auch gewinnen könnte, wenn sie frei und fair wären. Doch wenn internationale Aufsicht die theoretische Chance einer Niederlage eröffnen würde, müsste er zumindest Wahlkampf führen. Das könnte Diskussionen darüber anstoßen, welche Gesellschaft Belarus im 21. Jahrhundert sein soll.

Ingo Petz

Belarus? Uns doch egal! Eine Polemik

Belarus kann man eigentlich nicht übersehen. Wie ein unförmiger Reibekuchen liegt das Land in Osteuropa – zwischen Polen im Westen und Russland im Osten, den Ländern und den europäischen Geistesrichtungen, die das Schicksal von Belarus entscheidend geprägt haben. Wer eine Reise macht von West nach Ost oder umgekehrt und nicht gerade das Flugzeug nimmt, der kommt an Belarus nicht vorbei. Von deutschen Diplomaten, die zur Zeit der Sowjetunion gedient haben, hört man zuweilen den Satz: „Ja, durch Belarus bin ich häufig mit dem Zug gefahren. Von Deutschland nach Moskau. Aber ausgestiegen bin ich in Belarus nie.“

Ingo Petz

M. A., geb. 1973; freier Journalist und Autor, Berlin.

www.ingopetz.com

ingopetz@hotmail.com

In Belarus steigt der Reisende nicht aus. Belarus ist für die meisten ein Durchfahrtsland, ein Raum, der überbrückt werden muss. Das ist bis heute so, und das war auch in der Vergangenheit so. Es sind die wenigsten, die aus Neugier und Interesse nach Belarus reisten – und reisen. (Im deutschsprachigen Raum war Eugen von Engelhardts Buch „Weißruthenien“ bis in die 1990er Jahre das einzige Buch, das stichhaltige Auskunft über Belarus gab. Das Buch stammt aus unseliger Zeit, aus dem Jahr 1943.¹⁾)

So kommt es, dass Belarus eine *terra incognita* ist, eine unbekannte Welt, ein weißer Fleck im Osten Europas:²⁾ ein Land, das seit 2004 zwar an der Ostgrenze der Europäischen Union (EU) liegt, das uns aber so gut wie nichts sagt; ein Land, das nur bei Politik- und Sprachwissenschaftlern, Zivilgesellschaftlern, Vergangenheitsbewältigern oder linken Romantikern ein gewisses Interesse hervorruft; ein Land, dessen aufregende Geschichte und Kultur den meisten leider ziem-

lich egal ist – so egal, dass es nicht auffallen würde, wenn Belarus sich eines Tages in Luft auflösen würde (was vielen vielleicht sogar recht wäre). *Terra incognita* – das ist das eine Stigma, das an Belarus klebt. Das andere: Belarus kennen zumindest diejenigen, die das politische Tagesgeschehen in den so genannten Qualitätsmedien verfolgen, als „Schandfleck Europas“, als „letzte Diktatur Europas“, als Land des autokratischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka, der Belarus (ironischerweise seit den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 1994) mit harter Hand regiert. Junge Belarussen nennen ihre Heimat deswegen *Lukaland*. Die scharfe, traurige Ironie ist nicht zu überhören.

Lukaschenka hat Belarus – daran besteht kein Zweifel – als eigenständiges Land bekannt gemacht. Ihm ist gelungen, was den jungen Demokraten und Patrioten in den wilden postsowjetischen Jahren zwischen 1991 und 1994 versagt blieb. Lukaschenka hat Belarus auf der europäischen Landkarte verortet. Seitdem weiß der bildungsbürgerliche Durchschnittswestler: In Belarus ist es kalt. (Im Osten ist es immer kalt, sibirisch-kalt!) Der Belaruse spricht Russisch. (Was auch sonst?!) Belarus war Teil der Sowjetunion (wie alle Länder Osteuropas!). Nun ist Belarus eine Diktatur (typisch Osteuropa!), die so restaurativ ist, dass sie sogar den KGB konserviert hat. Sie wird regiert von Lukaschenka, einem Präsidenten, der einen unmodischen Schnauzbart trägt und sich durch eine ungehobelte Ausdrucksweise auszeichnet – und der auch sonst aus der Zeit gefallen zu sein scheint. Lukaschenka ist mal Sozialist, mal Kapitalist, immer Machtmensch. Er bekämpft die Opposition, pfeift auf Menschenrechte, führt die EU, zuweilen Russland an der Nase herum.

Lukaschenka tut, was er will, und er verfügt über wundersame Kräfte, mit denen er selbst die nach dem Zweiten Weltkrieg größte Katastrophe seines Landes unter den Teppich der Vergessenheit gekehrt hat: den Super-GAU im ukrainischen Atomkraftwerk

¶ Vgl. Eugen Freiherr von Engelhardt, *Weißruthenien. Volk und Land*, Berlin 1943.

¶ Vgl. Katharina Narbutovic, „...diese Sprache existiert nicht ...“, in: die horen. Zeitschrift für Literatur, Kunst und Kritik, Nr. 228, (2007): Die Poesie und ihre Masken. Gedichte aus Schottland, Weißrussland & anderen Gegenden der (Un)Vertrautheit, S. 45 ff.

Tschernobyl. Tschernobyl! Die nächste Katastrophe, die das Bild des Westlers von Belarus prägt. Denn der gut informierte Westler weiß, dass 70 Prozent des nuklearen Fallouts über Belarus niedergingen. Und er weiß vielleicht sogar, dass jeder vierte Belaruse im Zweiten Weltkrieg sein Leben verlor. Das war's. Dann zieht Nebel auf im Hirn des Durchschnittswestlers. Es steht außer Frage, dass es einem Land nicht gut tun kann, wenn sein Bild in der Außensicht lediglich zwischen den Begriffen *terra incognita*, Diktatur und Katastrophe mäandert. Eine solche negative Stigmatisierung, unter der bekanntlich auch afrikanische Länder leiden, ist nicht werbewirksam. Sie reizt wohl nur die Reiselust von Abenteurern, Freaks und Betroffenheitsverwaltern. Ein Land westlicher Sehnsüchte ist Belarus wahrlich nicht.

Der österreichische Journalist und Schriftsteller Martin Pollack erhielt im März 2011 den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung. „Das freie und wohlhabende Europa hat seine Grenzen nach Osten verschoben, aber verschwunden sind diese Grenzen nicht“, beklagte Pollack in seiner Dankesrede die Ignoranz, die wir Westler osteuropäischen Ländern wie Belarus entgegenbringen. „Im Gegenteil. Die neuen Grenzen, die unseren Kontinent zerschneiden, werden nicht weniger streng bewacht als zu Zeiten des Kalten Krieges, allerdings stellen jetzt wir die unerbittlichen Wächter. Diesmal sind wir es, die Bewohner der westlichen Länder, die sich hinter raffiniert gesicherten Grenzen verschanzen und verlangen, diese immer noch dichter zu machen, um die Anderen, die weniger Bemittelten, die weniger Freiheit genießen als wir, draußen zu halten. Draußen vor den Grenzen des neuen Europas.“[¶] Man muss sich die Belarussen also als ein sehr einsames Volk vorstellen – am Rande der „Festung Europa“.

Warum aber ist Belarus derart unbekannt? Warum ist das Interesse für dieses Land so gering, obwohl es, eben, in Europa liegt (von Berlin bis Minsk sind es lediglich 953 Kilometer)? Belarus, das mit 9,5 Millionen Einwohnern und der dreizehntgrößten Landfläche in Europa kein ganz kleines Land ist,

¶ Martin Pollack, Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung. Dankrede, online: www.leipzig.de/imperia/md/content/41_kulturamt/literatur/martin_pollack__dankesrede.pdf (18. 4. 2011).

hat eine Diktatur, die als vergessenes Relikt an die totalitären Herrschaften Europas und damit an die dunkelsten Kapitel der europäischen Geschichte erinnert. Aber selbst diese Tatsache hat Belarus nur bedingt Interesse in der Öffentlichkeit beschert. Während die Empörung über Menschenrechtsverletzungen und die Verhaftung von Künstlern, Journalisten oder Dissidenten in China, im Iran oder in Birma (bzw. Myanmar) regelmäßig für Eruptionen sorgen, schweigt man zu nicht minder brisanten Ereignissen in Belarus. Beispiele: Ende der 1990er Jahre verschwanden einige Oppositionelle spurlos.¹⁴ Allein nach der Präsidentschaftswahl im Dezember 2010 wurden fast siebenhundert Menschen verhaftet.¹⁵ Repressionen gegen Medien und Regimekritiker gehören zum Alltag in Belarus. Mir ist kaum ein Wort der Kritik oder Empörung aus dem Mund der deutschsprachigen Kulturelite bekannt.

Ich beschäftige mich seit 1995 mit Belarus – anfangs als Student der Osteuropäischen Geschichte und als Reisender, seit mehr als zehn Jahren als Journalist. Ich habe Belarus unzählige Male bereist. In Belarus habe ich viel gelernt – über die osteuropäische und ostmitteleuropäische Geschichte und ihre extremen Brüche, Widersprüche und Verwerfungen der für Europa typischen Grenzregionen. Ich würde mich sogar zu der These versteigen, dass das Verständnis der belarussischen Geschichte ein essentielles Puzzlestück zum Verständnis der europäischen Geschichte darstellt. „Der Reichtum Europas bemisst sich nach seinen Übergangslandschaften“, schreibt der Historiker Karl Schlögel.¹⁶ Aber darum soll es hier nicht gehen. Denn in all diesen Jahren hat mich besonders eine Frage beschäftigt: Warum ist uns Belarus so unglaublich egal? Dazu haben sich einige Thesen und Gedanken angesammelt.

¹⁴ Vgl. Menschenrechte in Weißrussland e. V. (Hrsg.), Willkür im Lukaschenko-Staat. Das Verschwindenlassen politischer Gefangener in Belarus, Berlin 2006, online: www.human-rights-belarus.org/deutsch/Dokumentation-Verschwindene-Belarus-Lukaschenko.html (18. 4. 2011).

¹⁵ Vgl. Weißrussland-Reisebericht von Marieluise Beck (MdB, Bündnis 90/Grüne), 28.12.2010, online: http://www.marieluisebeck.de/fileadmin/files/101229_mbeck_reisebericht_minsk.pdf (18. 4. 2011).

¹⁶ Zit. nach: Norbert Miller/Joachim Satorius, European Borderlands. Sonderheft der Zeitschrift Sprache im technischen Zeitalter, Berlin 2009, S. 7.

Und Konrad Adenauer sprach: „Östlich der Elbe beginnt die asiatische Steppe.“ Dieser mit rheinischem Schmackes angereicherte Satz des ersten Bundeskanzlers drückt aus, was viele (nicht erst seit Adenauer) denken: Im Osten leben Barbaren, Verbrecher, und es herrschen Despoten (Dschinghis Khan, Stalin). Die Ost-Menschen sind arm, wild, undiszipliniert, ungebildet, sie werden geknechtet – und sie saufen, damit sie ihr Schicksal und ihr hartes Leben besser ertragen können. Der Ostler nimmt sein politisches Schicksal ungern selbst in die Hand. Er ist kein verantwortungsvoller Bürger wie der aufgeklärte Westler. Er ist eine etwas zwielichtige, raue, zutiefst anarchistische Gestalt, die sich durch das Leben gannert. Der Westler fürchtet sich vor dem wilden Osten, vor den dortigen Diktatoren und Mafia-Clans. Ein bisschen Mitleid hat er nur mit den kopftuchtragenden Babuschkas. Seit jeher werden dem Osten Europas so die Aversion, Abstoßung und Arroganz des Westens zuteil.

Einerseits. Andererseits fasziniert Osteuropa – voran Russland. Ach, welch riesiges Land, seufzt der Westler, und diese landschaftliche Weite und diese melancholische russische Seele (in welcher der deutsche Romantiker so gerne badet), dann diese Kirchen mit den schmucken Zwiebeltürmen, Dostojewski, Tolstoi! Das Vorurteil kennt keine Differenzierung.¹⁷ Deswegen blickt der Westler auch nach Belarus (wie in den gesamten ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Raum) mit dieser eigentümlichen Mischung aus Furcht, Vorsicht, Verachtung, Vorbehalt und Faszination. Letztere spielt im Fall von Belarus allerdings nur bei den Fans von großen Landwirtschaftsmaschinen und kräftigen Kugelstoßerinnen eine Rolle. Eher beschleicht den Westler ein tiefes Unbehagen, wenn er an das diktatorische Belarus denkt, das einen tief aus dem Osten heraus mit dunklen Augen anstarrt und ihn an seine eigenen Dämonen erinnert.

Kalter Krieg und die Folgen

Das 20. Jahrhundert, insbesondere der Kalte Krieg, als Europa schablonenhaft in Westen

¹⁷ Vgl. die Berliner Ausstellung „Unsere Russen. Unsere Deutschen. Bilder vom Anderen 1800–2000“, online: www.unsererussen.de/ausstellung.html (18. 4. 2011).

und Osten geteilt wurde, hat das Bild des alten Europa zerstört. Bis heute fällt es vielen schwer zu akzeptieren, dass Polen, Ungarn oder Tschechien historisch eng mit der westlichen Wertegemeinschaft verbunden waren und eben keine „osteuropäischen“ Länder sind, als die sie nicht selten bezeichnet werden. Die Wiedervereinigung dieser Wertegemeinschaft wurde 2004 mit dem EU-Beitritt von Polen, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen und Tschechien begonnen.⁸ Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Kommunismus in Ostmittel- und Osteuropa sind neue Staaten entstanden – aber der Eiserner Vorhang beherrscht immer noch den Blick auf das neue Europa, das an seinem östlichen Rand erst langsam wiederentdeckt wird. Dort, wo die alten multikonfessionellen und -ethnischen Grenzräume lagen, wo Juden, Russen, Belarussen, Balten, Tataren, Ukrainer und Polen lange nebeneinander wohnten, ohne sich in nationale Kategorien pressen zu lassen. Diese kulturell komplexen Peripherieräume, die eindrucksvoll von Joseph Roth beschrieben und von Karl Schlögel erforscht wurden, sind durch die beiden Weltkriege zerstört worden. Aber es gibt sie noch, in rudimentären Spuren und Erinnerungen.

Insbesondere die europäischen postsowjetischen Länder leiden unter dem durch den Kalten Krieg begrenzten Blick des Westlers: also Moldau, die Ukraine (die immerhin seit der Orangen Revolution 2004 als eigenständiges Land wahrgenommen wird) und auch Belarus; Länder, die von uns aus gern betrachtet werden, als wären sie mit der Sowjetunion vom Himmel gefallen. Eine eigene originäre Geschichte, Kultur und Sprache gestehen wir der Ukraine und Belarus, die einmal ganz selbstverständlich über das Großfürstentum Litauen, die *Rcespospolita* (der litauisch-polnische Doppelstaat), die k. und k. Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, über das Magdeburger Stadtrecht, die Reformation oder den Humanismus mit dem westlichen Europa verbunden waren, nur ungern zu. Dabei merken wir nicht, wie wir von der sowjetischen Geschichtsschreibung und Mythenbildung beeinflusst wurden. „Warum wollen Sie denn Belarussisch sprechen? Bei

⁸ Vgl. Heinrich-August Winkler, *Geschichte des Westens. Von den Anfängen der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 2010.

ihnen sprechen doch alle Russisch! Was, Belarussisch ist eine Sprache und kein russischer Dialekt? Letzten Endes seid ihr doch sowieso alle Russen“, sind peinliche Fragen und Statements, die sich meine belarussischen Freunde anhören müssen, wenn sie sich in Deutschland befinden.

Es gibt noch viel zu entdecken und zu lernen. So gibt es bis heute keine institutionalisierte Belarussistik an deutschen Universitäten. Ein adäquates Lehrbuch für das Belarussische fehlt. Das Belarussische und die belarussische Literatur werden hierzulande lediglich von wenigen Enthusiasten beachtet. „Das Weißrussische“, sagt Norbert Randow, der in der DDR als freier Übersetzer viele belarussische Klassiker ins Deutsche übertrug, „ist das Stiefkind der Slawistik.“ Die Gründe für die schwierige Stellung des Belarussischen im deutschsprachigen Raum sind für Randow klar: „Abgesehen von der üblichen Arroganz und Ignoranz, mit der man Weißrussland begegnet, ist die politische Situation in Weißrussland nicht förderlich – für die Entwicklung der Literatur selbst, wie auch für ein Interesse hinsichtlich der Literatur von Außen. Zudem haben sich hier einfach noch nicht viele daran gewöhnt, dass Osteuropa nicht nur aus Russland und Polen besteht.“⁹ Wer Pionierarbeit liebt, findet in Belarus ein fruchtbares Feld vor.

Junge Nation ohne Gesicht

Italiener lieben Pasta, Franzosen ihre Supermärkte. Engländer konnten mal einen sehr schönen Fußball spielen, Japaner haben eine große soziale Disziplin, und Tonganer essen gern fettes Schwein. Aber wer sind die Belarussen (abgesehen davon, dass sie Einwohner von *Lukaland* und ein leidgeprüftes Volk sind)? Belarus ist ein junges Land, das erst seit seiner Unabhängigkeit von der Sowjetunion im Jahr 1991 als eigenständiger Staat existiert.¹⁰ Die Belarussische Demokratische Republik (BNR), die unter deutscher Besatzung am 25. März 1918 gegründet wurde und

⁹ Zit. nach: Ingo Petz, *Das Zwischenmenschliche comes first. Ein Besuch bei Norbert Randow*, 8.12.2009, online: www.kulturama.org/articles/view/32 (18.4.2011).

¹⁰ Vgl. Dietrich Beyrau/Rainer Lindner, *Einführung*, in: *Handbuch der Geschichte Weißrusslands*, Göttingen 2001, S. 11 ff.

mit der sowjetischen Invasion am 5. Januar 1919 ihr Ende fand, spielt zwar für das Selbstverständnis belarussischer Patrioten eine große Rolle, ist im restlichen Europa aber so gut wie unbekannt. Der belarussische Kulturraum, der sich von Podlachien in Ostpolen bis Smolensk in Westrussland und vom litauischen Vilnius im Norden bis ins Sumpfgebiet des Palesse im Süden erstreckt, war in seiner Geschichte immer ein Teil von größeren Reichen. Er war Bestandteil der Kiewer Rus', des Großfürstentums Litauen, des russischen Zarenreichs oder der Sowjetunion. Belarussisch wurde vor allem von Bauern gesprochen, auch wenn es im 16. Jahrhundert die Kanzleisprache des Großfürstentums war. Der Adel aber polonisierte sich schnell. Die belarussische Nationalbewegung war seit dem 19. Jahrhundert auf eine dünne Schicht von IntelligenzlerInnen beschränkt. Eine eigene Hegemonialkultur konnten die kolonialisierten Belarussen so nie ausbilden, ihre eigene Geschichte lange nicht selbst schreiben und damit eine eigene nationale Identität kaum ausformen und festigen. Entsprechend der Kultur der jeweiligen Beherrscher hielt man sie für Polen, Russen oder Sowjets. Die Belarussen sind in dieser Hinsicht ein unsichtbares Volk.¹¹

Zudem war Belarus Schauplatz von Kriegen und Schlachten. Es wurde von den Nationalsozialisten, aber zuvor auch schon von den Franzosen verwüstet. Historische Denkmäler, die aus der vorsowjetischen Zeit stammen, sind selten. In den 1930er Jahren ließ Stalin einen Großteil der belarussischen Intellektuellen ermorden und raubte der jungen Nation, die in den 1920er Jahren eine kleine Blüte erlebt hatte, damit die Kulturträger, die für die Ausbildung einer eigenen Identität so wichtig sind. Die Nazis ermordeten schließlich fast alle Juden und nahmen der belarussischen Stadtkultur, die über viele Jahrhunderte jüdisch geprägt war, ein bedeutsames kulturelles Substrat. Die Sowjets hatten leichtes Spiel, dem Land eine neue sowjetischrussische Identität und Geschichte zu konstruieren.¹² Es lebte ja kaum noch jemand, der sich an die vorsowjetische und -russische Geschichte erinnern konnte –

und wollte. Allzu ehrgeizige nationale Eiferer wurden vom Sowjetsystem rigoros bekämpft. Das Aufleben der belarussischen Kultur und die Wiederentdeckung der eigenen Geschichte begannen erst wieder Mitte der 1980er Jahre zur Zeit von Perestroika und Glasnost.

Diese schwierige Suche nach einer „eigenen“ Geschichte und nationalen Identität, die sich von Ukrainern, Russen, Litauern und Polen (mit denen die Belarussen ein gemeinsames historisches Erbe teilen) plausibel abzuheben sucht, ist noch längst nicht abgeschlossen. Die Konstruktion der eigenen Mythen, in denen die Belarussen zu einer „vorgestellten Gemeinschaft“ (so der Politikwissenschaftler Benedict Anderson) werden, ist noch im Prozess begriffen. Wer nach Belarus reist, hat deswegen häufig den Eindruck, dass er sich in einer Welt des 19. Jahrhunderts befindet, als noch um nationale Fragen und Identitäten gerungen wurde. Es konkurrieren heute vor allem zwei nationale Identitätsmodelle. Dem russisch-sowjetischen Modell, das von der Regierung Lukaschenka gefördert wird, steht das belarussischsprachig geprägte gegenüber, das sich auf die historischen Verbindungen des Landes zum aufgeklärten Westen stützt und das von der national gesinnten Opposition favorisiert wird.¹³

Die Diskussion um diese beiden Modelle ist nicht neu. Der Widerstreit zwischen dem „russischen“ und dem „belarussischen“ Modell prägt die Debatten unter belarussischen Intellektuellen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Der Schriftsteller Maksim Harecki (1893–1938) beispielsweise hat die beiden Modelle in seinem berühmten, 1919 erschienenen Roman „Zwei Seelen“ eindrücklich thematisiert.

Epilog: Auf ins Land der Apfelbäume!

Anhand dieses kleinen, natürlich vereinfachenden Exkurses ist vielleicht deutlich geworden, wie komplex die belarussische Geschichte und ihre Identitätsfragen sind. Vereinfachte nationale Kategorien scheinen Belarus eher zu schaden, als dass sie nützen. Belarus ist kein Land, das einfache Antworten bietet, das sich Vorurteilen und einer Schwarzweiß-Sichtweise

¹¹ Vgl. Timothy Snyder, *The Reconstruction of Nations: Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999*, New Haven, CT 2003.

¹² Vgl. David R. Marples, *Die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrussland (1945–1991)*, in: D. Beyrau/R. Lindner (Anm. 10), S. 166 ff.

¹³ Vgl. Nelly Bekus, *Struggle over Identity. The Official and Alternative „Belarusianness“*, Budapest-New York 2010.

se aber entschieden verweigert. Das gilt auch für die Diktatur Lukaschenkas, deren subtile Funktionsweise für viele im Westen nur schwer zu verstehen ist. Der Mensch liebt es einfach. Er braucht Vorurteile und Klischees, um sich in einer komplexen Welt zu orientieren. Da entsprechende simple Orientierungshilfen für Belarus weitgehend fehlen, bleibt das Land vorerst eine *terra incognita*.

Ist nun wirklich alles schlecht? Werden die Belarussen und ihr Land auf ewig unsichtbar bleiben? Sicher nicht. Denn Belarus ist auch in Deutschland weniger unbekannt, als es von den Medien und der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Es gibt über siebenhundert Vereine und Organisationen, die sich der Vergangenheitsbewältigung widmen, die humanitäre Hilfe leisten oder Bildungsprojekte in Belarus betreiben. Es gibt Städtepartnerschaften und Freundschaften. Europa wächst zusammen. Es existiert mittlerweile eine neue Generation von Westlern, die mit einem anderen Europabild aufwächst. Sie nimmt Länder wie Belarus längst als eigenständige Kulturen wahr. Sie lernen Belarussisch oder Ukrainisch und sorgen dafür, dass auch die belarussische Literatur mit Klassikern wie Jakub Kolas oder Rygor Baradulin hierzulande einen Stellenwert haben wird.¹⁴ Sie wissen um die zauberhafte belarussische Landschaft mit ihren Wiesen, Wäldern und knochigen Apfelbäumen.

Diese neue Generation fordert eine hochwertige Berichterstattung von den Medien, die im Wesentlichen unser Bild von anderen Ländern prägen. Der Abbau von Vorurteilen, der Aufbau eines differenzierten Europabildes sind ein langwieriger, mühsamer Prozess. Aber auch hier lässt sich von den Belarussen lernen, die sich als Nation mit dem Kampf ums Überleben und der Selbstbehauptung auskennen. Für solch einen Überlebenskampf braucht man einen langen Atem, Hartnäckigkeit, auch ein wenig Fatalismus und viel, viel Geduld. Wenn Sie also nach Moskau reisen, steigen Sie einfach mal aus in Minsk. Es wird Ihr Leben verändern.

¹⁴ Vgl. das Literaturprojekt des jungen Übersetzers Thomas Weiler „Literabel. Belarussische Literatur auf Deutsch“ (www.literabel.de) und den Berliner Belarus-Stammtisch des jungen deutschen Informatikers Tobias Weihmann (www.pakalennie.de).

Waleri Karbalewitsch

Lukaschenka forever?

A ljasandr Lukaschenka steht seit mittlerweile 16 Jahren an der Spitze seines Landes im Herzen Europas. Er trat sein Amt Ende des 20. Jahrhunderts an und hat sich bei der Präsidentschaftswahl am 19. Dezember 2010 für eine weitere Amtszeit legitimieren lassen – eine einzigartige Leistung in jeder Hinsicht. Obwohl aus der Demokratie geboren, wurde Lukaschenka zugleich deren Totengräber. Auf demokratischem Weg an die Macht gelangt, hat er eine Diktatur aufgebaut und damit zum wiederholten Male in der Geschichte gezeigt, wie das Phänomen der Selbstvernichtung einer Demokratie funktioniert. Der belarussische Führer hat ein Entwicklungsmodell geschaffen, das die offizielle Propaganda als effektive Alternative zum demokratischen Modell der posttotalitären Transformation preist. Es ist ihm gelungen, ein System zu errichten, in dem sich die Gesellschaft derart neu definiert und im Hinblick auf Werte regeneriert, dass der Anteil der Anhänger der Opposition seit 16 Jahren unverändert geblieben ist.

Waleri Karbalewitsch

Dr. phil., geb. 1955; Politikwissenschaftler, Minsk/Belarus.
karbalevich@tut.by

Was in Belarus vor sich geht, liegt jenseits der Grenzen des europäischen Bewusstseins. Ein Land mit einem im Weltmaßstab vergleichsweise hohen Niveau von Bildung und Kultur, ein Land mitten in einem von der stürmischen Entwicklung demokratischer Prozesse geprägten Kontinent erinnert in politischer Hinsicht eher an eine feudale Monarchie, an ein mittelalterliches Teilfürstentum.

Gier nach Macht

Bei der Errichtung dieser Diktatur spielen mehrere Faktoren eine Rolle, so auch die Spezifik der politischen Kultur und des öffentlichen Bewusstseins in Belarus. Die

Übersetzung aus dem Russischen: *Linguales, Dresden.*

Hauptursache jedoch liegt offensichtlich im psychologischen Bereich, in den Besonderheiten der Persönlichkeit Lukaschenkas. Der alles überschattende Drang nach unbegrenzten und jeder Kontrolle entzogenen Handlungsspielräumen, nach Beseitigung jedweder (politischer, rechtlicher, moralischer) Beschränkungen seiner Tätigkeit sowie die fehlende Bereitschaft, Verantwortung für das eigene Wirken zu tragen, haben bei ihm das Streben nach absoluter Macht hervorgerufen.

Während seiner langen Amtszeit hat Lukaschenka wohl überlegt und konsequent, Schritt für Schritt die Macht auf seine Person konzentriert und sie anderen staatlichen Institutionen entzogen. Er hob den Status des Parlaments als einziges gesetzgebendes Organ auf und nahm sich selbst das Recht, Dekrete zu erlassen, die über den von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetzen stehen. Auf dieselbe Art und Weise hat er schrittweise einen Teil der Befugnisse von Gerichten übernommen. Im Bereich der Exekutive erfolgte eine strikte Zentralisierung, eine Umverteilung der Machtbefugnisse von der lokalen Vertikale, den einzelnen Ministerien und Behörden hin zum Präsidenten. Und dieser Prozess schreitet voran.

Der dominierende Zug in der Persönlichkeit Lukaschenkas, die Grundidee seiner Weltanschauung besteht in der alles vereinnahmenden Gier nach Macht. Er besitzt Charakterzüge eines Machtfanatikers, der zu allem bereit ist. Für ihn wurde die unbegrenzte Herrschaft über die Menschen nicht nur zum wichtigsten Mittel seiner beruflichen Selbstverwirklichung, der Befriedigung seiner Ambitionen und der Überwindung von Komplexen, sondern zum Ziel und Sinn des Lebens, zur einzig möglichen Art und Weise nicht nur seiner politischen, sondern auch seiner psychischen und sogar seiner physischen Existenz. Lukaschenka übt immer wieder Kritik an Staatsmännern, die nicht in der Lage gewesen sind, ihre Macht zu verteidigen (Michail Gorbatschow, Slobodan Milošević). Er erklärt, er werde deren Fehler nicht wiederholen und seine Macht nicht abgeben. In einem Interview, das er 2005 dem russischen Fernsehsender TWZ gab, äußerte der Präsident von Belarus: „In der Geschichte hat es das Beispiel von Salvador Allende gegeben. Ich werde mein Volk, meinen Staat und die Macht des Präsidenten selbst verteidigen, wenn nötig

mit der Waffe in der Hand, wenn nötig allein (...). Ich werde sie verteidigen und ich fürchte nichts. Ich werde nicht außer Landes fliehen.“¹ Diese Erklärung verblüfft in ihrer Offenheit. Mit der Waffe in der Hand kann man seine Heimat, sein Volk, eine Ortschaft, seine Familie verteidigen. Das ist ehrenvoll und kann sogar als heldenhaft bezeichnet werden. Schließlich kann man auch das eigene Leben verteidigen, das klingt weniger heroisch, ist aber durchaus nachvollziehbar. Die Absicht hingegen, mit der Waffe in der Hand *seine Macht* zu verteidigen, selbst wenn er dabei ganz allein bliebe, ist irrational. Man könnte auch sagen, Lukaschenka kann sich ein Leben ohne Macht nicht vorstellen, es würde für ihn seinen Sinn verlieren. Die Machtgier ist stärker als der Selbsterhaltungstrieb.

Deshalb hat der Präsident ein politisches System installiert, in dem ein Machtwechsel mit legalen Mitteln unmöglich ist. Alle Wahlen werden vollständig von der staatlichen Exekutive kontrolliert, so dass sie stets zum gewünschten Ergebnis führen. Lukaschenka hat trotzdem große Angst vor einem Volksaufstand. Die Angst vor einer Revolution wurde geradezu zur fixen Idee. Er steht stark unter dem Eindruck der „Farbrevolutionen“ in den postkommunistischen Staaten, aber auch des Zusammenbruchs autoritärer Regime in Nordafrika. In seiner Vorstellungswelt, die bisweilen an das Mittelalter erinnert, stellt jede Macht ein Sakrament dar und jeder Verstoß dagegen ein Verbrechen, ein Sakrileg. Deshalb führten die zerschlagenen Türen am Regierungssitz während der Straßenproteste vom 19. Dezember 2010 gegen die Wahlfälschung bei der Präsidentschaftswahl zu einer Welle scharfer Repressalien gegen Opposition und Zivilgesellschaft. Wie jeder andere autoritäre Herrscher duldet auch Lukaschenka keine Konkurrenten, lässt neben sich keine eigenständigen, Autorität ausstrahlenden Personen zu, und zwar nicht nur solche mit eigenen Machtambitionen, sondern generell niemanden, der eine eigene Meinung besitzt und vertritt: Ein Führer hat keine Vertrauten, sondern nur Untertanen.

Das übertriebene Streben nach einer Demonstration von Kraft und die Angst, Schwäche zu zeigen, weisen ihn als Menschen mit

¹ Zit. nach: Belorusskaja Delovaja Gazeta vom 15.7.2005.

Komplexen aus. Kompromisse fallen ihm schwer. Bei Konflikten sowohl im Land selbst als auch auf internationaler Ebene scheut er sich selbst in Kleinigkeiten nachzugeben. Deshalb demonstriert Lukaschenka stets Entschlossenheit und Unbeugsamkeit und opfert dafür oft gar die politische Zweckmäßigkeit und die Interessen des eigenen Staates; so agiert er derzeit in Konfrontation zum Westen. Die Unterbewertung seiner Persönlichkeit in vergangenen Zeiten, sein Minderwertigkeitskomplex stehen vermutlich in engem Zusammenhang mit Größenwahn. Das sind zwei Seiten einer Medaille. Der wunderbare Aufstieg auf den Gipfel der Macht hat ein extrem übersteigertes Selbstwertgefühl hervorgebracht.

Im August 2003 wies Lukaschenka an, das Wort „Präsident“ dürfe fortan für keine andere Funktion im Land – mit Ausnahme der eigenen – mehr verwendet werden. Man hätte das als Kuriosität abhaken können, wären dadurch nicht Tausende staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen gezwungen gewesen, ihre Geschäftspapiere zu ändern und behördlich neu zu beantragen, ihre jeweiligen Leiter in „Vorsitzende“ oder „Direktoren“ umzubenennen. Das Streben Lukaschenkas nach Größe, die manische Gier nach Überlegenheit, das permanente Bedürfnis nach einem Sieg-Doping zeigt sich auch in Sportwettkämpfen, an denen er teilnimmt und bei denen er stets siegt, selbst wenn seine Eishockeymannschaft gegen Olympiasieger aus der ehemaligen UdSSR-Auswahl oder Profis der nordamerikanischen National Hockey League (NHL) spielt. Dem Präsidenten genügt es nicht, politische Triumphe zu feiern und Tag für Tag in der Rolle des Staatsoberhauptes über die Fernsehbildschirme zu flimmern. Sein Kindertraum von einem Sport-Ass, einem Star Tausender Fans, dem Spiel unter dem Jubel der Zuschauerränge verwirklicht sich heute in dieser exotischen Art und Weise. Viel Geld wird ausgegeben, um namhafte Sportler einzuladen. Um dem Präsidenten Vergnügen zu bereiten und die Ränge zu füllen, werden Schüler und Studenten aus dem Unterricht geholt und unter Aufsicht ihrer Lehrer ins Stadion oder in den Eissportpalast gebracht. Bei den Wettkämpfen ist die gesamte höhere Staatsführung zugegen. Die staatlichen Medien berichten darüber mit einer Ernsthaftigkeit, als seien es wichtige politische Nachrichten.

Der Präsident rückt den Gedanken seiner Unersetzlichkeit immer wieder zielstrebig ins öffentliche Bewusstsein. Allem Anschein nach glaubt er mittlerweile selbst daran, in diesem Amt unersetzbar zu sein, denn Belarus sei ohne ihn verloren, sollte er einmal gezwungen werden abzutreten: „Ich bin Präsident dieses Staates, und dieser Staat wird sein, solange ich Präsident bin.“[¶] Er setzt eine persönliche, politische und existenzielle Katastrophe (den Verlust der Macht) mit einem Unglück für das ganze Land gleich. Zudem hat Lukaschenka damit begonnen, ernsthaft an das eigene Auserwähltsein, an seine Rolle als Messias zu glauben, und spricht nun von sich selbst wie von einem Heiligen: „Ich bin ohne Sünde“, „ich bin der reinste Präsident der Welt!“[¶] Er wiederholt so oft, dass er Belarus vor dem Zusammenbruch und dem Tod gerettet habe, an dessen Rand das Land angeblich Anfang der 1990er Jahre gestanden habe, dass er sich mittlerweile mit der Figur des Retters, des Begründers des belarussischen Staatswesens, des Gesalbten des Volkes identifiziert.

Skandale als unvermeidliche Folgen eines solchen Verhältnisses zur Außenwelt sind zum obligatorischen Bestandteil seiner politischen Figur, provozierendes Benehmen auch im Ausland für ihn längst zur Norm geworden. Lukaschenka ist bestrebt, sein äußeres Lebensumfeld zu verändern, die ihn umgebende Welt in Einklang mit seinen Vorstellungen von ihr zu bringen und die politische Arena an seine Person anzupassen. Mit Hilfe des Medienmonopols und moderner Manipulationsmethoden ist es ihm gelungen, in Belarus eine eigene politische Realität zu schaffen und ihm notwendig erscheinende Propagandasysteme aufzubauen, innerhalb derer seine Opponenten gezwungen sind zu leben und zu handeln, und mythische, illusorische Bewertungskriterien der aktuellen Politik ins Bewusstsein der Massen zu pflanzen.

Besonderes Image

Experten, Politiker und Journalisten, die versuchen, das Phänomen Lukaschenka zu be-

[¶] Zit. nach: Belorusskaja Delovaja Gazeta vom 30.11.1995.

[¶] Aus einer Rede Lukaschenkas im Belarussischen Fernsehen am 17.9.2002, zit. nach: Belorusskaja Delovaja Gazeta vom 6.3.2002.

greifen, haben seine politische Intuition, sein Gespür, seinen Instinkt dafür hervorgehoben, ob ein Schritt richtig sei oder aber eine Bedrohung darstelle. Für einen dem Populismus verschriebenen politischen Führer ist die Fähigkeit, seine Nation zu spüren und deren mentale Impulse entsprechend umzusetzen, extrem wichtig. Lukaschenka ist dies über weite Strecken gelungen. Andererseits gründet sich sein politischer Triumph maßgeblich auf der erstaunlichen Fähigkeit, Menschen zu manipulieren. Niemand kann besser als er auf das Unterbewusstsein der Wählerschaft, auf die emotionale Seite der Persönlichkeit der Belarussen Einfluss nehmen. Er ist ein begnadeter Redner, ein Agitator, und beherrscht die Kunst der politischen Rede. Er gefällt sich in der Rolle eines Volkstribuns; darin ist der Präsident sehr authentisch. Lukaschenkas Charisma hat im Bewusstsein der Massen den populären Mythos wieder zum Leben erweckt, das sowjetische System sei an und für sich gar nicht schlecht gewesen, nur dessen Führer hätten versagt.

Im Unterbewusstsein spürt Lukaschenka, dass sich das autoritäre Regime ohne einen irrationalen Glauben, ohne emotionale Unterstützung nicht mehr lange halten kann. Das ausgiebige Bad in den Strahlen des Ruhms und des gesellschaftlichen Rückhalts haben ein unstillbares Verlangen nach der Liebe des Volkes, ja eine geradezu narkotische Abhängigkeit von ihr hervorgebracht. Das Image Lukaschenkas setzt sich aus einer ganzen Reihe von Elementen zusammen. Eines seiner Hauptbestandteile ist das Postulat vom „Volkspräsidenten“. Lukaschenka unterstreicht seine auf Blutsverwandtschaft begründete Verbindung zum Volk und beteuert, er sei der einzige Politiker im Land, der die Probleme der einfachen Menschen wirklich verstehe, sie unterstütze, sich um sie kümmere und ihre Interessen vertrete. Lukaschenkas Charisma ist weniger politischer als vielmehr moralischer Natur. Seine Selbstdarstellung als moralisches Vorbild geht dabei bis zur Gestalt eines Märtyrers, der für sein Volk leidet. Der Präsident präsentiert uns die Gestalt eines entschlossenen, willensstarken und standhaften Politikers, eines „harten Kerls“. Diese Gestalt entspricht dem Charakter Lukaschenkas, seinem Führungsstil. Mehr noch, die belarussische Gesellschaft hat geradezu auf ihn gewartet. Die allgemeine Angst, Verunsicherung, Hilflosigkeit,

die Zweifel, die nach dem Untergang des sowjetischen Systems das Bewusstsein der Massen beherrschten, schrien nach einem starken Führer, der in der Lage wäre, den Menschen das Gefühl zu geben, wohl behütet zu sein. Lukaschenka unterstreicht seine „Härte“ auf Schritt und Tritt. In Bezug auf den Westen äußert sich das in Unnachgiebigkeit, in harter Konfrontation. Gegenüber den Staatsbeamten zeigt er sich fordernd und greift rasch zu Strafen. Zu politischen Opponenten verhält er sich kompromisslos und ist stets bereit Gewalt anzuwenden.

Der Vorwurf, Belarus sei eine Diktatur, wird in unabhängigen Medien in Belarus und in der Welt immer wieder erhoben, doch er kümmert Lukaschenka nicht. Man merkt, dass ihm eine derartige Bewertung seiner Tätigkeit im Innersten seiner Seele sogar gefällt, da eine solche Antigestalt die Folie für seine Figur eines starken Führers bildet. Eine solche paternalistische Gestalt des allmächtigen Vaters einer patriarchalischen Familie (des „Väterchens“), der streng und zugleich gerecht ist, kam ihm hervorragend zupass. Indem er die Lösung der Probleme der Menschen selbst übernimmt, entbindet das Staatsoberhaupt dieselben psychologisch von ihrer Verantwortung. Im Gegenzug fordert Lukaschenka Unterstützung und unbegrenzte Befugnisse. So sieht der eigenartige „Gesellschaftsvertrag“ zwischen dem autoritären Führer und seinem Volk aus.

Das bewusste Schüren von Spannungen, die Steigerung des politischen Kampfes bis zum Psychokrieg, ständige wiederkehrende Ausnahmezustände, Situationsmodelle einer belagerten Festung gehören zu den Gesetzmäßigkeiten eines jeden diktatorischen Regimes. Im Fall Belarus werden diese Gesetzmäßigkeiten von den Besonderheiten der Persönlichkeit Lukaschenkas überlagert. Niedrige Toleranzgrenzen, hohes Konfliktpotenzial, ständige Unzufriedenheit und die Neigung, anderen die Schuld zuzuweisen, sind prägende Eigenschaften des Präsidenten. Davon zeugt seine Biografie, die mannigfaltige Konflikte und einen übertriebenen Kampf um Gerechtigkeit, begleitet von ständigem Wechsel der Arbeitsstellen, ausweist. Seit er Präsident ist, überträgt Lukaschenka diese Konfrontationslust auf die Staatspolitik. Die ständige Suche nach Feinden und Hexenjagden aller Couleur gehören zum Alltag.

Diktatur

Bemerkenswert ist eine seltsame, nicht bis ins Detail ergründbare Sympathie Lukaschenkas für Diktatoren aller Zeiten und Völker. Gleiche Vorstellungen über das Systems des Staatsaufbaus, Herrschaftsformen und -methoden, über zulässige Mittel zum Zweck spielen eine Rolle. Doch das ist nicht alles. Es gibt da noch eine mystische, man kann sogar sagen schicksalhafte, unheilbringende Verbindung, die nur Sozialpsychologen imstande wären zu erklären, denn der belarussische Führer kann seine Begeisterung für Diktatoren oftmals nicht verbergen, obwohl er damit seinem eigenen Ruf schadet. Vielleicht ist dies eine Art Seelenverwandtschaft, ein Hang zu Menschen mit ähnlichen psychischen Besonderheiten. So gipfelte die Rechtfertigung der sowjetischen Vergangenheit in Belarus ganz selbstverständlich in einer Rehabilitierung des Stalinismus und einer positiven Bewertung des Wirkens von Josef Stalin. Lukaschenka unterhielt freundschaftliche Kontakte und verteidigte öffentlich Slobodan Milošević, Saddam Hussein, Fidel Castro, den Turkmenbaschi (den „Führer der Turkmenen“, Saparmurat Nijazow) und Muammar al-Gaddafi.

Die weltanschauliche Grundlage der Diktatur bildet ein sehr einfaches Modell der Welt, ein vereinfachter Blick auf die Gesellschaft als eindimensionales soziales Gebilde, die Vorstellung, sie entwickle sich allein nach dem Willen ihres Führers, ohne dass objektive Faktoren darauf Einfluss hätten. Die Einfachheit der Welt erfordere ebenso einfache Führungsmethoden: Härte, klare und strenge Forderungen sowie Gehorsam bei deren Erfüllung. Lukaschenka ist überzeugt, jedes Problem in der Gesellschaft lasse sich mit Gewalt, Strafmaßnahmen, Drohungen und Einschüchterung lösen. Um die Kontrolle und Verwaltung so komfortabel wie möglich zu gestalten, bedarf es maximaler Einheitlichkeit. Jegliche Autonomie, Eigeninitiative, Anderssein und Individualität rufen Ablehnung und Reizreaktionen hervor.

Das im Land entstandene sozialökonomische Modell kann nicht funktionieren, es kann sich nicht auf natürliche Weise weiterentwickeln und den Gegebenheiten anpassen. Während der Amtszeit Lukaschenkas wurden konsequent alle Selbstregulierungsmechanismen in der Wirtschaft und im ge-

sellschaftspolitischen Leben zerstört. In der Volkswirtschaft verschwanden alle Elemente der Eigenentwicklung des Marktes wie freie Preise, Valutakurse, Börsen und Konkurrenz. Im gesellschaftlichen Leben hob man Attribute der demokratischen Selbstverwaltung wie Parlament, örtliche Räte, Institutionen der Zivilgesellschaft schlichtweg auf.

Ein solches Modell kann seine Lebensfähigkeit nur durch strenge Kontrolle und Druck von oben erhalten. Der an der Spitze stehende Herrscher muss die Hebel der Macht selbst in der Hand halten, sich – unabhängig von eigenen Wünschen – ständig in alle gesellschaftlichen Prozesse einmischen, nur dann kann ein solches System funktionsfähig gehalten werden. Dadurch wird der autoritäre Führer zur Geisel des von ihm selbst installierten Systems. Untätigkeit des Führers bewirkt den Tod dieses Verwaltungsmodells. Der Zerfall des sowjetischen Systems begann noch vor dem Altersschwachsinn und der Handlungsunfähigkeit seines Führers Leonid Breschnew. Im Falle von Belarus erwies sich ein solches Modell als zu eingeschränkt. Lukaschenka liebt es, alles und alle zu beherrschen, Anweisungen zu erteilen sowie persönlich Prozesse zu leiten. Neben populistischen Motiven (ein solcher Stil gefällt den belarussischen Wählern) entspricht dies auch dem Charakter Lukaschenkas, seinen Vorstellungen von staatlicher Führung.

Ein autoritärer Staat kann kein Rechtsstaat sein. Mit entwaffnender Offenheit verkündet Lukaschenka, dass sein Wille, seine Anweisungen, Wünsche und Launen über Gesetz und Verfassung stünden: „Daher setze ich manche Gesetze nach eigenem Ermessen nicht um (...). Ich gebe zu, Verfügungen herausgegeben zu haben, die das Gesetz verletzen. Ich habe den Obersten Sowjet an mich gerissen.“[†] Zwischen 1994 und 1996 hat das Verfassungsgericht zwei Dutzend Verfügungen des Präsidenten außer Kraft gesetzt, bis es selbst aufgelöst wurde. Höhepunkt dieses Prozesses war die gesetzwidrige Einführung einer neuen Verfassung im Zuge eines Referendums am 24. November 1996. Lukaschenka kann den Gedanken an eine von ihm unabhängige Gerichtsbarkeit nicht akzeptieren. Doch selbst die vollständige Abhängigkeit der Gerichte von seinem Willen erschien ihm

[†] Zit. nach: Sowjetskaja Belorussija vom 29.3.1996.

noch immer als zu wenig: Regelmäßig erlässt er Gesetzesnormen, die ihm spezielle Machtbefugnisse einräumen.

Wie in jedem undemokratischen Staat ist in Belarus die Rolle der Machtstrukturen und insbesondere der Geheimdienste extrem hoch anzusetzen. Sie stellen die zentrale staatliche Institution dar, die tragende Komponente des regierenden Regimes, weil der Herrscher permanent Zwangsmaßnahmen gegen Opponenten ergreifen, politische Spitzeldienste und Gewalt in Anspruch nehmen sowie Angst in der Gesellschaft verbreiten muss. Widersprüche zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Richtungen oder Positionen müssten durch Unterdrückung beziehungsweise politische Vernichtung gegenläufiger Interessen und deren Träger gelöst werden. Im Rahmen eines solchen politischen Paradigmas stellt die Macht den alleinigen politisch bedeutsamen Faktor dar, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Der Einsatz gewaltsamer Methoden erfolgt auf der Ebene eines bedingten Reflexes. Um das belarussische politische System am Leben zu erhalten, muss es auf permanente Zwangsmaßnahmen programmiert sein, auf deren ständige Ausweitung und die Erfindung immer neuer Methoden, weil in der Gesellschaft eine latente Vermehrung des Protestpotenzials stattfindet, das es zu neutralisieren gilt.

„Projekt Lukaschenka“

Das „Projekt Lukaschenka“ stellt zweifelsohne eine konservative Reaktion der belarussischen Gesellschaft auf die Herausforderungen von Modernisierung und Globalisierung, eine Art Revolte gegen Reformen dar. Man kann davon ausgehen, dass sich im Rahmen dieses Modells ein Großteil der Bevölkerung mental noch immer recht wohlfühlt. Ein anderer Teil der Gesellschaft hingegen ist von tiefer Gleichgültigkeit, einem Gefühl der Ausweglosigkeit, unüberwindlichem Pessimismus, dem Verlust des Glaubens an mögliche Veränderungen, von Angst und moralischem Relativismus ergriffen. Lukaschenka erfüllt seine Mission als Restaurator und Wächter eines alten Systems, das sich auf der Idee von Ordnung und Stabilität gründet.

Einige russische Experten haben Versuche unternommen, die historische Gesetzmäßig-

keit und Effektivität des belarussischen Modells zu beweisen. Ihr Grundgedanke beruht auf der Annahme, das „Projekt Lukaschenka“ sei ein geradezu optimales Modell für eine „schrittweise, schonende Abwendung vom Kommunismus“, eine Anpassung an die Realitäten einer neuen Epoche als Gegengewicht zu jener Schocktransformation, wie sie unter dem Einfluss des Westens in den Nachbarstaaten stattgefunden hat.[¶] Das Modell könnte jedoch nur unter der Bedingung als Anpassung an moderne historische Tendenzen, als Methode einer schrittweisen Abwendung vom Kommunismus gewertet werden, wenn sich das Land zwar langsam, aber dennoch spürbar – unter Beibehaltung der sozialen Funktionen des Staates – auf dem Weg von Reformen in Richtung Marktwirtschaft und Demokratie bewegen würde. Ein solches System würde Schritt für Schritt die Möglichkeiten der Einflussnahme des Volkes auf die Macht erweitern, dessen politische Kultur pflegen, die Bevölkerung zur Beteiligung an der Verwaltung erziehen, die Zivilgesellschaft fortentwickeln und die Befugnisse des Parlaments, der Opposition und der unabhängigen Medien ausweiten. Nur dann wäre das „Projekt Lukaschenka“ teilweise historisch gerechtfertigt.

Doch im belarussischen sozialen Modell findet das Gegenteil statt. Das Land bewegt sich nicht zur Demokratie, sondern in die entgegengesetzte Richtung. Anstatt die Zivilgesellschaft und die Parteien zu unterstützen, statt demokratische Mechanismen zu schaffen, erfolgt eine Zerschlagung des dritten Sektors, die Auflösung gewählter Machtorgane und des Instituts von Wahlen an sich sowie die Restauration sowjetischer Kontrollmethoden über die Gesellschaft mit Hilfe von Arbeitskollektiven, verstaatlichten Gewerkschaften und Jugendorganisationen. Anstatt eine Kultur des politischen Pluralismus und einen gesellschaftlichen Konsens herauszubilden sowie das Rechtsbewusstsein zu fördern, werden Fremdenhass, Aversionen gegen Menschen mit anderen politischen Positionen und Rechtsnihilismus geschürt. In der Außenpolitik äußert sich das in einem Konfrontationskurs sowohl gegenüber dem Westen als auch dem Osten. Mit anderen Worten: Die Macht zerstört konsequent alle Anpassungsmechanismen der Bevölkerung an die neuen Gegebenheiten.

[¶] Vgl. Sowjetskaja Belorussija vom 12. 11. 2004.

Vielleicht hatte das „Projekt Lukaschenka“ in seiner Anfangsphase tatsächlich eine historische Funktion, als schrittweise, schonende Abwendung vom Kommunismus. Doch das Bestreben Lukaschenkas nach allumfassender persönlicher Macht hat alles zerstört. Die Logik der Abwendung vom Kommunismus und die Logik des absoluten Herrschens widersprachen einander immer mehr. Man kann durchaus sagen, dass die Folgen der historischen Entwicklung des Landes, seine Ausrichtung und sämtliche Wendungen in der Politik von Belarus Nebenprodukte des Kampfes von Lukaschenka um seine Macht sind. So widerspricht die Demokratie a priori der Logik der Herausbildung eines personalistischen Regimes; demzufolge wurden demokratische Institutionen und Mechanismen mit der Wurzel beseitigt. Dies gilt analog auch für marktwirtschaftliche Reformen. Eine Stärkung der Souveränität und die Neutralisierung äußerer Einflüsse waren weitere unabdingbare Voraussetzungen für die autoritäre Regierungsform.

Der belarussische Führer begann sich eine Nation aus dem Material zu formen, das verfügbar war, aus jenen Elementen des Massenbewusstseins, die in der Gesellschaft dominieren. Zur Integrationsidee, die man diesem Prozess zugrunde legte, wurde die Idee von Stabilität und materiellem Wohlergehen unter der Führung von Lukaschenka. Im Ergebnis entstand in Belarus eine russischsprachige Nation von Konsumenten ohne ethnokulturelle Wurzeln. Das systembildende Element, der Grundpfeiler dieser Nation von Konsumenten, ist Lukaschenka selbst.

Blockierte Selbstentwicklung

Das Regime Lukaschenkas trägt einen linken, egalitären Charakter. Es basiert auf dem sowjetischen Erbe, auf der Idee der sozialen Gerechtigkeit, auf einem breit angelegten sozialen Schutz der Bevölkerung, auf der Negierung des Marktes als Regulator ökonomischer Beziehungen und auf der dominierenden Rolle des Staates in der Wirtschaft. Die Legitimität Lukaschenkas gründet sich in vielerlei Hinsicht auf den Mythos, in Belarus gebe es eine Gesellschaft ohne Reiche.

Die Hauptbedrohung für alle egalitären Systeme, ihre Schwachstelle, ihre Achil-

lesferse liegt indes in ihrer fehlenden wirtschaftlichen Effektivität. Eben dieser Faktor hat das Scheitern der kommunistischen Idee und des auf ihrer Grundlage errichteten sozialistischen Systems hervorgerufen. Es konnte im Wettbewerb mit dem Kapitalismus nicht bestehen; es erwies sich als unfähig, sich in die wissenschaftlich-technische Revolution einzuordnen.

In Belarus hegt laut Angaben von Meinungsforschungsinstituten die Mehrheit der Bevölkerung keine Illusionen hinsichtlich Freiheit und Demokratie im Land. Doch die Menschen sind bereit, diese Einschränkungen so lange zu akzeptieren, wie die Macht ihnen Wohlstand zumindest auf dem gleichen Niveau wie in den Nachbarländern Russland und Ukraine bietet. Die wachsende Mittelschicht, die sich an das System angepasst hat und integriert ist, hat bereits einen Vorgeschmack auf Wohlstand bekommen, ihre Ansprüche als Verbraucher sind gewachsen, sie muss sich nicht mehr um die nackte Existenz sorgen, sondern nur noch um die Frage, wie sie ihre Lebensqualität weiter verbessern kann. Wenn das Wirtschaftswachstum zum Erliegen kommt, wenn Stagnation oder gar eine Krise eintritt, könnte die gesellschaftliche Unterstützung für Lukaschenka rasch zusammenbrechen.

Das Gesellschaftsmodell ist in der Lage, einfache Aufgaben des Industriezeitalters zu lösen. Werden die Probleme jedoch komplizierter, so wird das Modell versagen und die Prozesse der wirtschaftlichen und politischen Modernisierung bremsen. Es konserviert nicht nur das alte ökonomische und politische System, sondern auch die soziale Struktur der Gesellschaft (ein hoher Anteil von Beschäftigten findet in Industrie und Landwirtschaft Arbeit, der Dienstleistungssektor ist nur schwach entwickelt). Auf dieser Grundlage ist der Übergang zur postindustriellen Gesellschaft unmöglich. Demzufolge erlebt das Land eine klassische Phase der Stagnation, die von der Propaganda als Stabilität deklariert wird. Und es gibt ein weiteres Problem: Jahrelanges Verharren im Amt macht auch aus einem talentierten Politiker ein Bronzedenkmal aus längst vergangener Zeit. Eine solche politische Einbalsamierung führt dazu, dass das politische Gespür abstumpft. Die jahrelange ungeteilte Herrschaft führt dazu, dass Diktatoren das Gefühl für das richtige Maß verlieren. Sie sind nicht mehr fähig, Kompromis-

se einzugehen, auch nur ein Quäntchen ihrer Macht herzugeben.

Lukaschenka ist überzeugt, er könne seine Macht nur im Rahmen des bestehenden Gesellschaftsmodells erhalten. Wenn auch nur ein Steinchen aus einem solchen System herausbricht, kann dies leicht zum Einsturz der ganzen Pyramide führen. Jeder Reformversuch zerstört ihre Standkraft und Regierbarkeit mit allen sich daraus ergebenden Folgen für die, welche diese Macht erhalten wollen, so, wie das im sowjetischen System in der Zeit der Perestroika geschah. Lukaschenka fühlt das instinktiv und sperrt sich daher gegen jede Veränderung.

Er kann nicht abtreten

Das von Lukaschenka geschaffene Gesellschaftsmodell ist noch unter einem weiteren Aspekt keineswegs ein Anpassungs- oder Übergangsmodell, sondern führt in die Sackgasse. Dem Regime fehlt ein Mechanismus für die Übergabe der Macht sogar innerhalb der Regierung, ganz zu schweigen von einer Übergabe an die Opposition. Die Übertragung der Befugnisse auf einen neuen Staatschef führt daher zwangsläufig in eine politische Krise, wenn nicht gar in eine Revolution. In Regimen dieser Art verlängern die Machthaber immer wieder die Amtszeit des Präsidenten, klammern sich an die Macht auf Lebenszeit, versuchen, sie ihren Kindern zu vererben und eine Art „republikanischer Monarchie“ einzuführen, wie etwa in Aserbaidschan.

Lukaschenka hat ein personalistisches Regime installiert, ein Regime der persönlichen Macht. Abgesehen davon, dass an dessen Spitze eine charismatische, in gewisser Weise einzigartige Persönlichkeit steht, bleibt das System von Machtinstituten und -mechanismen im Verborgenen und ist ausschließlich auf ihn ausgerichtet und auf ihn beschränkt. In einem solchen Modell ist die Person, die an der Spitze steht, tatsächlich unersetzlich. Charisma ist nicht vererbbar. Daher ist das gegenwärtige Regime ohne Lukaschenka nicht lebensfähig. Ein Wechsel des Führers würde einen Wechsel des Regimes nach sich ziehen. Wer auch immer Lukaschenka im Amt ablöst: Das Regime wäre zu einer raschen oder auch schrittweisen, auf jeden Fall aber zu einer Transformation gezwungen.

Aber selbst wenn man annähme, es würde ein Wunder geschehen und Lukaschenka würde sein schicksalhaftes Streben nach Macht überwinden oder, vielleicht auf Druck von außen, beschließen, seine Macht freiwillig und friedlich aufzugeben, so kann er dennoch nicht gehen. Nach den vielen Jahren seiner Amtszeit gibt es eine Menge verletzter Menschen, die darauf warten, ihn strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen – nicht nur in Kreisen der Opposition. Hinter seinem Rücken liegt verbrannte Erde. Er kann seine Macht daher nicht an einen Nachfolger übergeben, denn niemand könnte ihm Sicherheit garantieren. Dabei geht es gar nicht darum, dass Lukaschenka niemandem vertraut, weil er über andere nach eigenem Maßstab urteilt. Sein langes Verharren im Amt hat ihn zur Einsicht geführt, dass Garantien und Vereinbarungen in der Politik immer nur relativ und bedingt gültig sein können. Ihre Einhaltung hängt nicht so sehr von der Gründlichkeit ihrer juristischen Verankerung als vielmehr vom politischen Kräfteverhältnis ab. Augusto Pinochet in Chile beispielsweise hatte vor seinem Rücktritt ein scheinbar vielschichtiges, gut geplantes System von Garantien für die eigene Unantastbarkeit geschaffen, und dennoch rettete ihn nur der Tod vor dem Gefängnis.

Darüber hinaus kann das Schema „Nachfolger“ auch aus systemimmanenten Gründen nicht funktionieren. Jegliche Garantien oder Vereinbarungen mit einem Nachfolger sind nur in dem System sinnvoll, in dem sie geschlossen wurden. Bei einem Wechsel des Systems werden sie wertlos. Deshalb ist das Projekt „Nachfolger“ in Belarus ausgeschlossen. Aus dieser Sackgasse scheint es keinen legalen Ausweg zu geben.

Deshalb hat Lukaschenka keine andere Wahl als sich zu bemühen, auf Lebenszeit im Amt zu bleiben. Er ist nicht nur der Architekt und Erbauer dieses Systems, mittlerweile ist er auch dessen Geisel. Die Macht, die immer sein Traum war, ist für ihn zum Fluch geworden. Ein Mensch kann nicht glücklich sein, wenn ihn Zukunftsängste quälen. Dimitri Wolkonow nannte sein Buch über Stalin „Triumph und Tragödie“: Triumph eines Politikers und Tragödie eines Volkes. Aus unserer Sicht kann diese Definition auf die Biografie eines jeden autoritären Herrschers übertragen werden.

Jerzy Maćków

Belarussischer Autoritarismus

Der andauernde Kampf Sankt Petersburgs und Moskaus gegen die belarussische (und ukrainische) Selbstständigkeit wurde in

Jerzy Maćków

Dr. phil. habil., geb. 1961; Professor am Institut für Politikwissenschaft, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft (Ost- und Mitteleuropa), Universität Regensburg, Universitätsstraße 31, 93053 Regensburg. jerzy.mackow@politik.uni-regensburg.de

den vergangenen zwei Jahrhunderten¹ meist mit der fadenscheinigen Begründung geführt, Russland führe drei russische Völker zusammen, die allesamt ihre Ursprünge in der mittelalterlichen Kiewer Rus'² hätten: die „Russländer“ beziehungsweise „Großrussen“ (auf Deutsch „Russen“ genannt), die Ukrainer (in Russland manchmal als „Kleinrussen“ bezeichnet) und die Belarussen. Trotz des fortlebenden Strebens nach Hegemonie über das westliche Nachbarland käme aber wohl kein Kreml-Beamter auf die Idee, das russische Wort *Belarus'* durch die Wortschöpfung „Weißrussland“ (es hieße dann *Belarossija*) zu ersetzen. Eben das leistet sich das deutsche Auswärtige Amt, das Belaruss beharrlich „Weißrussland“ nennt.

Hinter dem unverständlichen Gebrauch von „Weißrussland“³ mag die Unterstellung stehen, die sich der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka noch an der sowjetischen Universität in Witebsk angeeignet hatte: „Belarussen und Russen, das ist ein Volk. Russland – das ist unser Land. Wir denken wie die Russen, wie die Russländer. Wir leben wie sie. Wir teilen die gleichen Werte.“⁴ Selbst wenn diese Behauptung wahr wäre, bliebe die Wortschöpfung „Weißrussland“, über dessen Herkunft etymologische Wörterbücher schweigen, als Übersetzung für *Беларусь* schlichtweg falsch. Denn mit dieser Übersetzung wird über die in der deutschen Sprache durchaus bekannte Unterscheidung zwischen „Rus“ und „Russland“ hinweggesehen. Im Deutschen sind zudem die Nominative „Ruthenen“⁵ sowie „Reußen“ zur Abgrenzung von „Russen“ (im Sinne der

„Russländer“) und „Russland“ bekannt. Auf alten deutschen Karten kann man die feine Bezeichnung „Weißreußen“ finden, und selbst die Nationalsozialisten nannten das im Zweiten Weltkrieg besetzte und verwüstete Land korrekt „Weißruthenien“. Doch just in dem Augenblick, als es 1991 infolge des Zerfalls der Sowjetunion unabhängig wurde, bekam die *Рэспубліка Беларусь* (*Respublika Belarus'*) im wiedervereinigten Deutschland amtlich einen falschen Namen verpasst.⁶

Die Tatsache, dass Belarus im Bewusstsein der meisten Deutschen fortdauernd eine irgendwie an Russland angekoppelte *terra incognita* darstellt, hat – neben Versäumnissen im schulischen Geschichts- und Geographieunterricht – zum beträchtlichen Teil mit der Trägheit der deutschen Ostpolitik zu tun. Diese hat auch gut zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion immer noch Probleme damit, die lange Tradition des (heute ökonomisch motivierten) na-

¹ Erst während der Teilungen Polens (1772–1795) hat Russland das ethnisch belarussische Gebiete umfassende Großfürstentum Litauen, das sich zuvor gut vier Jahrhunderte lang in einer Föderation mit dem Königreich Polen befunden hatte, inkorporiert. Im russischen Zarenreich wurden diese Gebiete meist noch „Litauen“ genannt. In der Sowjetunion wurde schon von „Belarus“ gesprochen. Zu den Zusammenhängen der belarussischen Nationsbildung vgl. Jerzy Maćków, *Am Rande Europas? Nation, Zivilgesellschaft und außenpolitische Integration in Belarus, Litauen, Polen, Russland und der Ukraine*, Freiburg–Basel–Wien 2004.

² Das Staatsgebilde, das im 13. Jahrhundert Mongoleninvasionen zum Opfer gefallen war.

³ Sogar die für ihr kluges Engagement in Belarus bekannte Konrad-Adenauer-Stiftung entscheidet sich zuweilen für „Weissrussland“ – wie im schweizerischen Deutsch: vgl. Evaluierung, Länderprojekt Weissrussland, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2009.

⁴ Dieses Zitat stammt aus der in Belarus im Samizdat kontinuierlich aktualisierten Sammlung der Zitate des Präsidenten Lukaschenka (russisch: Lukaschenko): *Citaty i bajki*. Lukaschenko, Minsk 1991–2009, S. 4. Zu den Uni-Jahren des Präsidenten siehe Waleri Karbalewitsch, *Aleksandr Lukaschenko*. Polititscheskij portret, Moskau 2010 (russ.), S. 13ff, dort S. 15.

⁵ Die „Ruthenen“ schließen Belarussen und Ukrainer ein.

⁶ Mit dieser Namensbestimmung grenzt sich Deutschland immer weiter von der angelsächsischen Welt ab, in der „Belarus“ und „belarusian“ bzw. „belarusan“ (nicht: „belarussian“) wie selbstverständlich verwendet werden. Der vor einigen Jahrzehnten sporadisch noch gebrauchte Terminus „White Russia“ ist dagegen verschwunden.

tionalen Egoismus und der ausschließlichen Fixierung auf Russland zu überwinden. Die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die für die Zukunft des europäischen Projektes von großer Bedeutung sind, werden nicht angemessen berücksichtigt. Die staatsgläubige politische Kultur in Deutschland macht es zudem den hiesigen Belarus-Freunden schwer, an der falschen und inkonsequenten Sprachregelung wirksam Kritik zu üben (das Auswärtige Amt schreibt im internationalen Schriftverkehr doch „Belarus“ vor).

Auch die hierzulande populäre Vorstellung von Belarus als der „letzten Diktatur Europas“ kommt in erster Linie Russland zugute, dessen eigener Autoritarismus damit geflissentlich übersehen wird. Es sind gleichermaßen eine der angelsächsischen Literatur der frühen 1990er Jahre bedenkenlos entnommene deterministische Vorstellung von einer angeblichen „Demokratisierungswelle“ nach dem Kommunismus und der Glaube an die Lippenbekenntnisse der autoritären Herrscher zur Demokratie, die in der deutschen Politikwissenschaft zu Überlegungen über vermeintliche osteuropäische Demokratien geführt haben, die lediglich „Defekte“ aufwiesen.¹⁷ Die „letzte Diktatur Europas“ stellt in diesem Zusammenhang insofern eine erfreuliche Ausnahme dar, als sie die merkwürdige Vorstellung eines unruhigen Gewässers, das ganzen Erdflächen Demokratie zu bringen vermag, in Frage stellt. Denn aus unerklärlichen Gründen muss Belarus der Wucht der „Demokratisierungswelle“ standgehalten haben. Dennoch ist die Wahrnehmung dieses Landes als autoritäre Insel im demokratischen Umfeld selbstverständlich ähnlich falsch wie dessen Titulierung als „Weißrussland“.

Genuin posttotalitärer Autoritarismus

Für alle unübersehbar wurde die belarussische Opposition von der politischen Bühne ihres Landes verdrängt. Diese Einschränkung des politischen Pluralismus ist typisch für autoritäre Systeme. Wegen der eklatanten Schwäche der Opposition, die unter die Ob-

hut konkurrierender Förderer aus Russland und dem Westen geraten ist, wirkt der belarussische Autoritarismus alternativlos und erinnert so mehr an Russland oder Turkmenistan als beispielsweise an Georgien oder die Ukraine. Obwohl auch in den beiden letztgenannten Ländern die politische Opposition von den Machthabern nicht mit Samthandschuhen angefasst wird, gibt es dort politischen Wettbewerb. In diesem Wettbewerbsautoritarismus kann es auf dem Wege der freien Wahlen zum Regierungswechsel kommen, was an sich schon Demokratisierungschancen in sich birgt.¹⁸

Auch die außergewöhnliche Reichweite des politischen Systems fällt auf, die so an den kommunistischen Totalitarismus erinnert. Der Präsident plädiert unverblümt dafür, dass Politik erst vor der Privatsphäre Halt machen solle: „Jeder Mensch soll sich um sich selbst und um seine Familie kümmern. (...) Über alles andere soll die Führung der Unternehmen, der Regionen, der Städte, der Regierung entscheiden.“¹⁹ Weiterhin ist politische Willkür als die genuin posttotalitäre Eigenschaft des belarussischen Systems zu nennen. Unter den Umständen der selektiven – den Interessen der Machthaber untergeordneten – Rechtsgeltung verkommen die Verfassungsinstitutionen zur Fassade, hinter der auf informellem Wege politische Entscheidungen getroffen werden. Auch der extrem hohe Besitzanteil des Staates an der Volkswirtschaft geht auf die totalitäre Vergangenheit zurück. Der Staat als der mit Abstand größte Arbeitgeber erleichtert den Herrschenden die Kontrolle der Gesellschaft, weil die Sorge der Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz leicht in politische Loyalität umgemünzt werden kann.

Die „Handsteuerung“ der Volkswirtschaft führt wie im Kommunismus dazu, dass die Modernisierung des Landes pathologische Züge bekommt. Zum einen profitiert die zum großen Teil autarke Ökonomie nicht ausreichend von den Entwicklungen der Weltwirtschaft. Sie ist nicht innovativ, und ihre Produkte zeichnen sich oft durch eine Grob-

¹⁷ Vgl. dazu Samuel Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman 1991; Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle/Aurel Croissant et al., *Defekte Demokratie*, Bd. 1: Theorie, Opfaden 2003.

¹⁸ Über den Autoritarismus und seine Varianten im Postkommunismus siehe Jerzy Maćków (Hrsg.), *Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa*, Baden-Baden 2008.

¹⁹ Zitat vom 7.1.2009, zit. nach: *Citaty i bajki* (Anm. 4), S. 11.

schlächtheit aus, die mit bloßem Auge zu erkennen ist. Zum anderen verhindert die nach dem Kommunismus ausgebliebene Expansion des privaten Wirtschaftssektors die Entstehung einer Mittelklasse, weshalb die bürgerliche Gesellschaft extrem unterentwickelt bleibt.

Wegen dieser Besonderheiten, zu denen auch der typisch postkommunistische Staatsbesitz der meisten Massenmedien gehört, könnte das politische System leicht als totalitär missverstanden werden, zumal Lukaschenka in den Jahren 2003 bis 2005 eine Staatsideologie entwickeln ließ und sie sogar dem Bildungssystem als obligatorischen Lehrinhalt vorschrieb. Dieses eklektische Ideenbündel, das der Präsident manchmal „belarussischen Konservatismus“¹⁰ nennt, hat aber bei Weitem nicht die politische Bedeutung, die in der Sowjetunion dem Marxismus-Leninismus zukam. Eine dieser Ideologie verpflichtete Staatspartei wurde auch nicht gegründet, weshalb im Parlament (seit 1996) die – im Jargon des Regimes „unabhängig“ genannten – parteilosen Abgeordneten von Lukaschenkas Gnaden überwiegen. Schließlich wurde die politische Opposition trotz aller Unterdrückung nicht verboten. Alles in allem ist das belarussische System nicht als Totalitarismus, sondern vielmehr als genuin posttotalitärer Autoritarismus einzustufen.¹¹

Autokratie, Populismus und Repression

Anders als in den meisten postsowjetischen Staaten hat sich in Belarus, wo eine große Privatisierung der Volkswirtschaft ausgeblieben ist, keine ins Zentrum der Staatsmacht vordringende Oligarchie herausgebildet. Vielmehr bekennt Lukaschenka offen, dem autoritären System eine autokratische Prägung gegeben zu haben: „Ich gewöhne euch schon seit Langem daran, dass es in diesem Land

¹⁰ Vgl. dazu Doklad Prezidenta A. G. Lukašenko, in: Sowjetskaja Belorussija vom 28.3.2003. Siehe auch Vitali Silitski, Internal Developments in Belarus, in: Dov Lynch (ed.), Changing Belarus. Chaillot Paper des Institute for Security Studies (Paris), Nr. 85 vom November 2005, S. 25–45, hier: S. 33; auch Piotr Rudkouski, Powstawanie Białorusi, Wrocław 2009, S. 15–44.

¹¹ Vgl. dazu Jerzy Maćków, Die posttotalitären Autoritarismen: Die Entwicklungen und Varianten, in: ders. (Anm. 8), S. 325–347, hier: S. 345 ff.

nur einen einzigen Politiker gibt – es ist der Präsident.“¹² Das Staatsoberhaupt bestimmt nicht zuletzt die Oberhäupter der regionalen und kommunalen Exekutivorgane, weshalb zu Recht von einer „Machtvertikale des Präsidenten“ gesprochen wird.¹³

Der Zerfall der Sowjetunion hatte die meisten Belarussen mit der Grunderwartung in die Unabhängigkeit entlassen, der Staat habe vorrangig für soziale Sicherheit zu sorgen, wofür ihm Loyalität der Untertanen gebühre. Diese Art „impliziter Gesellschaftsvertrag“¹⁴ kann durchaus eine solide Basis für das autoritäre Regime darstellen, zumal es belarussischen Eliten größtenteils an jenem Nationalgefühl mangelt, das ihnen die Verantwortung für die Qualität ihres Staates und Gemeinwohls nahelegen könnte. Das politische System nimmt in einem solchen Umfeld populistische Züge an, was sich vor allem in der quasidemokratischen Legitimierung der Machthaber mittels manipulierter Wahlen und Referenden zeigt.

Besonders Präsidentschaftswahlen dienen dazu, den „Gesellschaftsvertrag“ zu erneuern. Die Tatsache, dass Wahlergebnisse dreist gefälscht werden, ändert daran nichts. Denn bei der Inszenierung von Wahlen kommt es ausschließlich darauf an, welches Wahlergebnis sich der Amtsinhaber „leisten kann“. Wenn er seinen offensichtlich „übertriebenen“ Wahlsieg erklärt und dafür keine Proteste erntet, gilt er als legitimiert. Protestieren die Menschen aber gegen die Wahlfälschung, muss ihnen mit der entschlossenen Niederschlagung der Demonstrationen die Angst vor dem Regime wieder aufs Neue eingeflößt werden.

Auch in der Zeit zwischen den Wahlen ist Lukaschenka darum bemüht, der paternalistischen Kultur seiner Untertanen gerecht zu werden. Er stilisiert sich als der um das Volk besorgte *bat'ka* (Vater) und zeigt keinerlei Skrupel, wenn es darum geht, Sicherheitsdienste und den politisch gefügigen Justizap-

¹² Zitat vom 27.7.2000, zit. nach: Citaty i bajki (Anm. 4), S. 22 f.

¹³ Vgl. z. B. Kimitaka Matsuzato, A Populist Island in an Ocean of Clan Politics: The Lukashenka Regime as an Exception among CIS Countries, in: Europe-Asia Studies, 56 (2004) 2, S. 235–261, hier: S. 250.

¹⁴ So V. Silitski (Anm. 10), S. 39. Ähnlich Andrew Savchenko, Belarus – A Perpetual Borderland, Leiden–Boston 2009, S. 189.

parat gegen die angeblich verräterische Opposition einzusetzen. Gleiches trifft auf die ihm gefährlich erscheinenden Angehörigen der Herrschaftselite zu, wobei er mit gezielter Personalpolitik die Herausbildung von autonomen Machtzentren verhindert.¹⁵

Außengestützter Autoritarismus

Es reicht nicht aus, den Dauererfolg Lukaschenkas ausschließlich mit seinem ausgeprägten populistischen Instinkt und seiner Brutalität zu erklären. Die Stabilität des Regimes hängt zumindest ebenso stark davon ab, ob er trotz der ineffizienten Staatsökonomie die Versprechen des „impliziten Gesellschaftsvertrags“ halten kann.

Schon vor seinem ersten Sieg bei der – noch demokratischen – Präsidentschaftswahl 1994 trat Lukaschenka für enge Beziehungen mit Russland ein. Als er während seines beinahe gewaltlosen und mit einem Referendum nachträglich „legitimierten“ Staatsstreichs im November 1996 die konstitutionellen Staatsorgane demontierte und die ganze Macht im Staat an sich riss, unterstützten ihn die Abgesandten Boris Jelzins, des damaligen russischen Staatsoberhauptes.¹⁶ Jelzin hatte spätestens mit seinem blutigen Verfassungsbruch im Herbst 1993 von der Demokratie Abschied genommen, wenngleich es ihm nach 1991 gelang, einem „oligarchischen Kapitalismus“ zur Entstehung zu verhelfen, der auf vielen Gebieten freie Preisbildung kennt.

Bereits am 2. April 1996 hatten beide Präsidenten, die menschlich einander sehr zugezogen waren, einen Vertrag über eine belarussisch-russische Union unterzeichnet, die von beiden Völkern mehrheitlich als der erste Schritt zur lange ersehnten „Wiederherstellung der Union“ begrüßt wurde. Hinter der Idee „der Union“ verbarg der Kreml freilich die Vorstellung von Belarus als seinem Satellitenstaat in etwa nach dem Vorbild der früheren „Volksdemokratien“. Besonders mit

¹⁵ Vgl. K. Matsuzato (Anm. 13) und Kirk Mildner, *Belarus: Kritische Überlegungen zu Politik und Wirtschaft des Lukaschenko-Regimes*, Bericht des BIOst, Nr. 12 (2000), S. 23ff. Sehr aufschlussreich zudem V. Karbalewitsch (Anm. 4), S. 411–420 und S. 655–673.

¹⁶ Vgl. Eugeniusz Mironowicz, *Białoruś*, Warszawa 1999, S. 256f.

ihren Pipelines und ihrer militärischen Infrastruktur¹⁷ ist der westliche Nachbar sowohl für die russischen Gas- und Ölexporte nach Mittel- und Westeuropa als auch für die militärischen Weltmachtambitionen Russlands von größter Bedeutung. Für das belarussische Staatsoberhaupt dagegen bedeutete „die Union“ die Chance auf dauerhafte russische Subventionierung der Wirtschaft und auf die Präsidentschaft der Union, zumal er in Russland den Ruf des sich um das Volk aufrichtig kümmernden Führers und eine sehr große Popularität genoss.

Trotz dieser unterschiedlichen Motivationen ist ein Deal zustande gekommen. Lukaschenka zederte informell einige souveräne Rechte des belarussischen Staates auf Russland: Er ließ seine Streitkräfte de facto in die russische Armee integrieren und wahrscheinlich auch Teile der belarussischen Sicherheitsdienste den russischen Stellen unterordnen. Die gemeinsame Waffenproduktion wurde wiederbelebt (was allerdings für den Waffenhandel nicht gilt – den belarussischen kontrolliert der Präsident selbst).¹⁸ Im Gegenzug sagte der Kreml dem „Bruderland“ bis 2007 billige Lieferungen von Öl und Gas, enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsunternehmen, den Kauf belarussischer Produkte und andere Gefälligkeiten zu. Dies alles ergab in den ersten Jahren der Union eine jährliche russische Subventionierung in Höhe von umgerechnet anderthalb bis zwei Milliarden US-Dollar (das sind sechs bis sieben Prozent des belarussischen Bruttoinlandsprodukts).¹⁹

Die Realität der Union, die zwei qualitativ unterschiedliche Wirtschaftssysteme umfasste und politisch ohnehin ein Papiertiger war, kam dem andauernden Feilschen um Preise, Zölle und Steuern gleich. Die russische Unterstützung hat aber dennoch die von Lukaschenka

¹⁷ Der Längstwellensender in Wilejka dient zur Kommunikation mit der russischen U-Boot-Flotte. Die noch in der Sowjetunion angelegte Radarstation in Baranowitschi ersetzt wiederum eine ähnliche Einrichtung in Lettland und ist solange für das Frühwarnsystem der russischen Luftwaffe unabdingbar, wie der Kreml glaubt, dass die NATO ein militärischer Gegner Russlands bleibt.

¹⁸ Vgl. dazu A. Savchenko (Anm. 14), S. 192ff; Yan Mikalayew, *Military Cooperation between Belarus and Russia*, in: Valer Bulhakav (ed.), *Belarus-Russia Integration*, Minsk-Warsaw 2003, S. 408–419; J. Maćków (Anm. 1), S. 278–282.

¹⁹ Vgl. K. Mildner (Anm. 15), S. 11f.

erwünschte Wirkung gezeigt. Die Wirtschaft wurde konsolidiert und begann sogar stark zu wachsen, ohne dass der Bevölkerung wie in den Nachbarstaaten schmerzhaft Reformen zugemutet werden mussten. Das Staatsoberhaupt konnte sich sodann als der wahre *bat'ka* präsentieren, der dem ökonomischen und sozialen Niedergang der ersten Unabhängigkeitsjahre ein Ende zu setzen vermochte.

Krise im Verhältnis zu Russland

Innenpolitisch beschritt Lukaschenka nach 1996 noch entschlossener als zuvor seinen „Weg zurück in die Zukunft“. Rücksichtslos und durchaus einfallsreich ging er gegen unabhängige politische und gesellschaftliche Akteure vor, wobei einige seiner Gegner „verschwanden“.¹²⁰ Belarus wurde so zum Inbegriff des alternativlosen Autoritarismus – eben der „Diktatur“ – in Europa.

Obwohl sich Russland seit der Machtübernahme durch Präsident (nach 2008 Premierminister) Wladimir Putin im Jahre 2000 immer mehr in dieselbe Richtung entwickelte, mehrten sich die Anzeichen einer Krise im gegenseitigen Verhältnis. Denn das neue russische Staatsoberhaupt wurde der politischen Ambitionen und der andauernden ökonomischen Forderungen des kleinen „Unionsstaates“ schnell überdrüssig. Um die Idee der belarussisch-russischen Union zu begraben, schlug Putin im August 2002 öffentlich vor, das westliche Nachbarland der Russländischen Föderation anzugliedern. Diesem unter diplomatischen Gesichtspunkten einmaligen Affront folgte eine Reihe von offenen Konflikten, wobei beide Präsidenten in ihren Auseinandersetzungen um Gas- und Ölpreise selbst Lieferunterbrechungen an mehrere EU-Staaten in Kauf nahmen.¹²¹ Der Streit wurde auch medial geführt. Lukaschenka äußerte sich mehrfach abfällig über Putin, der wiederum im Juli 2010 im russischen Sender NTW, der in Belarus empfangen wird, eine Anti-Lukaschenka-Dokumentation ausstrahlen ließ.

Als sich von 2007 an das von der globalen Finanzkrise schwer angeschlagene Russland

¹²⁰ Vgl. Markus Wehner, Die Verschwundenen von Minsk, in: Osteuropa, 51 (2001) 8, S. 968–975.

¹²¹ So im Februar 2004, im Januar 2007 und im Juni 2010.

schroff weigerte, Belarus weiterhin im bisherigen Ausmaß zu subventionieren, wandte sich Lukaschenka überraschend der von ihm bis dahin verpönten Europäischen Union (EU) zu. Zugleich ging er gegen die polnische Minderheit vor, um in den Verhandlungen mit der EU ein wichtiges Pfand zu haben. Er verweigerte Russland nach dessen Georgien-Krieg vom August 2008 die Anerkennung der „Unabhängigkeit“ von Abchasien und Südossetien, ließ politische Gefangene frei und drehte die Repressionsschraube zurück. All das ging seinen EU-Partnern verständlicherweise nicht weit genug, und sie forderten zusätzlich den Einzug der Opposition ins Parlament. Der Präsident erklärte im belarussischen Fernsehen nach der Parlamentswahl im September 2008, weshalb er diesem Wunsch nicht nachkommen wolle: „Selbst wenn wir irgendwelche Kontakte zu bestimmten Oppositionellen usw. haben, das bedeutet doch nicht, dass Lukaschenka diese ins Parlament setzt, damit sie dort wie früher sitzen und was treiben.“¹²²

Trotzdem vermittelte die EU von Januar bis Juni 2009 beim Internationalen Währungsfonds einen Kredit für Belarus in Höhe von 3,5 Milliarden US-Dollar. Das deutsch-polnische Außenminister-Tandem Guido Westerwelle und Radosław Sikorski stellte bei seinem Besuch in Minsk Anfang November 2010 im Namen der EU weitere drei Milliarden in Aussicht, sollte die für den 19. Dezember anberaumte Präsidentschaftswahl demokratisch ablaufen. Es schien tatsächlich so, als hätte sich der Präsident in den vergangenen zwei Jahren an mehr politische Konkurrenz in seinem Land gewöhnt, denn der Wahlkampf verlief weitgehend frei, wenngleich es der zerstrittenen Opposition (sie stellte neun Kandidaten auf) nicht gelang, den Autokraten ernsthaft herauszufordern.

Die Perspektive einer engen Zusammenarbeit eines frei gewählten belarussischen Präsidenten mit der EU mag die russische Führung aufgeschreckt haben. Anfang Dezember schien der Kreml im Streit mit Minsk nachzugeben: Er stellte Belarus wieder niedrige Preise für Öl und Gas, weitere Kredite sowie den Bau eines Atomkraftwerks in Aussicht. Im Gegenzug setzte Lukaschenka

¹²² Zitat vom 18.12.2008, zit. nach: Citaty i bajki (Anm. 4), S. 14f.

seine Unterschrift unter 17 Dokumente, die ab 2012 die Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Belarus, Russland und Kasachstan regeln sollen. Damit war die kurze Liberalisierung vorbei. Am Wahltag wurde verkündet, Lukaschenka habe knapp 80 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten (nach unabhängigen Schätzungen sollen es ca. 65 Prozent gewesen sein). Die rund 20 000 in Minsk gegen die Wahlfälschung protestierenden Demonstranten wurden von Sicherheitskräften verprügelt. Während die EU darauf und auf die Verhaftung von mehr als 600 Menschen, unter denen sich einige misshandelte Präsidentschaftskandidaten befanden, mit Entsetzen (und Ratlosigkeit) reagierte, gratulierte der russische Präsident Dmitrij Medwedew am 25. Dezember 2011 seinem belarussischen Kollegen zur Wiederwahl.

Unabhängiges und freies Belarus?

„Ich biete Russlandfreundschaft nicht auf dem Markt an“, versicherte Lukaschenka vor der Parlamentswahl im September 2008.²³ Diesem Spruch blieb er treu und wies der EU bei seinem Spiel mit Russland die Rolle des Bauernopfers zu. Das naive Angebot von Sikorski und Westerwelle, das „Kredite für demokratische Reformen“ lautete, schlug er jedoch nicht ganz aus. Solange es ihm möglich war, nahm er das Geld. Er verhehlte aber nicht, was er von der westlichen Welt hält. Im November 2010 von Sikorski in Anwesenheit Westerwelles vorsichtig auf die Lage ethnischer Minderheiten in Belarus angesprochen, „bezog [Lukaschenka, J.M.] dies (...) auf sexuelle Minderheiten und entgegnete, wenn zwei Frauen Sex hätten, sei dies in Ordnung, wenn es aber zwei Männer täten, würde er sie mit allen anderen zusammen in ein Camp schicken“.²⁴

Lukaschenka positioniert sich als Wächter des russischen Imperiums und fordert dafür vom Kreml Geld. Dieser will vom Imperium keinen Abschied nehmen und – zahlt. Nun ist Russland weder ein zuverlässiger noch ein allzu starker Partner. Die russische Führung zahlt nur widerwillig, zumal rapide Geld-

entwertung, Hamsterkäufe, Versorgungsengpässe und wahrscheinlich auch das blutige Terrorattentat in der Minsker Metro vom 11. April 2011 die Folgen des Lukaschenka-Systems deutlich vor Augen führen. Russland wartet die Gelegenheit ab, im „Bruderland“ einen weniger selbstbewussten, gefügigeren Führer zu installieren.

Lukaschenka könnte sich in dieser Situation zur punktuellen Zusammenarbeit mit ausgewählten ausländischen Wirtschaftsunternehmen entschließen, die erfahrungsgemäß um ihrer sicheren Gewinne willen alles zu tun bereit sind, um politisch nicht aufzufallen. Damit alleine wird er aber den auf ihm lastenden Druck der systembedingten Ineffizienz nicht los. Gleiches gilt für die weitere Verschärfung der Repression. Was schließlich umfassende Wirtschaftsreformen angeht, so bedeuteten sie eine mit zahlreichen innen- und außenpolitischen Risiken behaftete Demontage seines Systems.

Der Präsident, der sich in den 1990er Jahren in der Öffentlichkeit immer wieder über die belarussische Sprache lustig machte, scheint zu spüren, dass bei den Belarussen die Sowjetunion-Nostalgie dem Wunsch nach Identifikation mit dem eigenen Staat und der eigenen Nation weicht. Er will deshalb „nationaler“ wirken und nimmt angeblich Belarussisch-Kurse. Das fällt ihm offensichtlich nicht leicht. Denn er kann sich nach eigenen Worten „nicht daran gewöhnen, dass Russland und Moskau uns fremd sein sollen, dass dies eine fremde Stadt ist. Nein! Und dennoch müssen wir ausschließlich im Einklang mit den Interessen unseres Staates leben und unsere Unabhängigkeit sowie Souveränität verteidigen.“²⁵

Wenn sich der machtversessene Autokrat als Medizin gegen die Schmerzen, die ihm der „Verlust“ der russischen Hauptstadt bereitet, belarussische Unabhängigkeit verschreibt, dann hat das belarussische Volk zwar keine Freiheit, aber immerhin seinen Staat. Was aber bleibt den Belarussen, wenn der Präsident sie belügt?

²³ Ebd., S. 15.

²⁴ Lukaschenko verunglimpfte Schwule vor Westerwelle, in: Welt online vom 27.2.2011.

²⁵ Zitat vom 18.12.2008, zit. nach: Citaty i bajki (Anm. 4), S. 15.

Elena Rakowa

Planwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen

Am 1. Januar 1992 haben alle Republiken der früheren UdSSR (mit Ausnahme der baltischen Staaten, die ihre Unabhängigkeit bereits früher erlangt hatten) marktwirtschaftliche Reformen begonnen. Seitdem sind fast 20 Jahre vergangen, und man kann sehen, wie unterschiedlich die Wirtschaftsreformen hinsichtlich Tempo, Richtung und Erfolg verlaufen sind. In der theoretischen Literatur zu den Transformationsländern wurde lange Zeit die Hypothese vertreten, dass ökonomische und politische Reformfortschritte nicht miteinander verknüpft sein müssen, dass vielmehr „stabile“ autoritäre Regime besser in der Lage seien, tiefgreifende strukturelle Reformen zu gewährleisten, als parlamentarische Demokratien mit ihren häufigen Regierungswechseln, insbesondere, weil sie besser als jene gegen wahlkampfpopulistische Versuche gefeit sind.

Elena Rakowa

Dr. oec., geb. 1973; Wirtschaftswissenschaftlerin am Forschungsinstitut für Privatisierung und Management (IPM), 506 ul. Zaharova, 220088 Minsk/Belarus. lenarakowa@tut.by

Mit der Zeit hat sich allerdings die Fehlerhaftigkeit dieser These herausgestellt. Die demokratischen Länder Ostmitteleuropas haben schon bis 2004 tiefgreifende und umfangreiche Wirtschaftsreformen durchgesetzt, obgleich die Regierungen dort wenn nicht jährlich, so doch regelmäßig wechselten. Mehr noch, bis zum Jahr 2011 sind selbst zwischen den Ländern der GUS große Unterschiede hinsichtlich Fortschritt und Tiefe marktwirtschaftlicher Reformen offensichtlich geworden: die demokratischeren Länder Georgien, Moldau, Russland und Ukraine zeigen größere Erfolge als die autokratischen Staaten Belarus, Usbekistan, Kasachstan und Aserbaidschan.¹

Belarus ist für Experten, Wissenschaftler, Politiker und andere „Prognostiker“ eine „harte Nuss“. In den vergangenen zehn Jahren wurden der belarussischen Wirtschaft je-

des Jahr der Zusammenbruch, ein Absturz, eine Krise, eine Währungsabwertung oder gar der Bankrott vorausgesagt. Unterdessen weist das Land ein stetiges Wachstum der Wirtschaft und des Lebensniveaus auf, obwohl es keine eigenen Energieressourcen besitzt, unter periodischen Liquiditätskrisen leidet (und einer anhaltend negativen Handelsbilanz, die entweder mit Anleihen oder ausländischen Investitionen finanziert werden muss), der staatliche Sektor dominiert und unreformierbar scheint, die Wirtschaft durch ein hohes Maß an Offenheit gekennzeichnet ist (der Anteil des Exports am Bruttoinlandsprodukt beträgt etwa 80 Prozent) und Privatisierung, Restrukturierung und andere notwendige Reformen kaum Fortschritte machen.

Eine umfassende Analyse der Gründe und Faktoren der Stabilität der belarussischen Wirtschaft und auch der Quantität und Qualität der 2010/11 rapide auftretenden Herausforderungen und Gefahren für die Herrschenden ist im Rahmen dieses Aufsatzes nicht zu leisten. Stattdessen werden hier Instrumente und Funktionsmechanismen betrachtet, die Balance von Planungsprozessen und Marktkräften, welche die Natur dieses Wirtschaftssystems und die Möglichkeit seines Funktionierens bestimmen. Zunächst erfolgt eine kurze Analyse der rechtlichen Mechanismen, die für die Funktionsweise des staatlichen Sektors maßgebend sind. Anschließend werden der Charakter und die Ergebnisse der Privatisierung untersucht und die Barrieren, die in diesem Bereich wirksam sind. Danach werden die grundlegenden Hindernisse für die Entwicklung des Privatsektors und den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen skizziert. Am Ende werden einige Schlussfolgerungen gezogen.

Staatlicher Sektor

Das System der staatlichen Prognosen der sozialökonomischen Entwicklung der Republik

Übersetzung aus dem Russischen: Dr. Jan Wielgohs, Berlin.

¹ Der Gerechtigkeit halber muss erwähnt werden, dass das Tempo, die Tiefe und der Erfolg der Reformen von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird – von den Ausgangsbedingungen über die natürlichen Rohstoffvorkommen bis hin zur Qualität der Arbeitskräfte.

Belarus enthält langfristige (für 15 Jahre), mittelfristige (fünf Jahre) und Jahresprognosen. Auf der Ebene der Gesetzgebung plant die Regierung insgesamt 19 Parameter der sozial-ökonomischen Entwicklung. Der größere Teil davon sind quantitative Kennziffern (Wachstum der Produktionszahlen), aber es gibt auch drei qualitative (Arbeitsproduktivität, Energieintensität des Bruttoinlandsproduktes/BIP und Rentabilität der Industrieproduktion). Alle Parameter der Wachstumsplanung werden durch eine Verordnung des Präsidenten und einen anschließenden Regierungsbeschluss quasi-gesetzlich festgeschrieben. Die Regierung versucht nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten, alle Kennziffern miteinander in Einklang zu bringen, was jedoch aufgrund objektiver und subjektiver Gründe oftmals unmöglich ist (Wachstum der Realeinkommen der Bevölkerung und Wachstum der Arbeitsproduktivität; Wachstum des BIP und Energieintensität; das Verhältnis von Import und Export). Im Ergebnis nimmt seit 2008 die Zahl der Kennziffern zu, deren Jahresergebnisse hinter den Planvorgaben zurückbleiben. In erster Linie betrifft das die Handelsbilanz, deren negativer Saldo fast zweimal schneller wächst als von der Regierung geplant – die Unterstützung eines hohen Tempos des BIP-Wachstums kostet immer mehr Devisen.

Der grundlegende und für die Regierung bedeutsamste Indikator ist das BIP-Wachstum (der Umfang der Industrieproduktion folgt gleich danach). Damit diese Kennziffer erfüllt (bzw. übererfüllt) wird, werden die Wachstumsprognosen jedes Jahr auf der Ebene der Branchen und Regionen konkretisiert. Die örtlichen Machtorgane erarbeiten Wachstumskennziffern für jedes Industrieunternehmen. Das für ein Ministerium (Konzern) erforderliche Produktionsvolumen wird „im manuellen Modus“ differenziert unter den Unternehmen aufgeteilt.

Diese vorgegebenen Kennziffern liegen den Geschäftsplänen zu Grunde, die jedes Unternehmen (ungeachtet der Eigentumsform) auszuarbeiten verpflichtet ist und die vom Ministerium (Konzern) bestätigt werden. Auf diese Weise stimmt jedes Staatsunternehmen seinen Geschäftsplan mit der entsprechenden übergeordneten Behörde ab. In gewissem Sinne sind diese Geschäftspläne faktisch „kleine Staatsprogramme“. Ein Geschäftsplan kann einen Verlust vorsehen

(mehr als ein Drittel der Staatsunternehmen arbeiten konstant mit Verlusten), doch auf jeden Fall soll der Plan positiv sein – eine Verringerung des Verlustes sowie Wachstum im Vergleich zum Vorjahr vorsehen (wenn es einen Wachstumsrückgang gab).

Privaten Unternehmen werden die Wachstumsvorgaben auf informelle Weise nahe gebracht – in Form von Empfehlungen der örtlichen Machtorgane. Insgesamt gibt eine Mehrheit der Manager erfolgreicher Privatunternehmen an, dass sie hinsichtlich der quantitativen Wachstumsindikatoren informellem Druck ausgesetzt sind (oder zumindest einem starken Interesse). Dabei interessieren sich die Organe weder für die qualitativen Resultate noch für Probleme in der Tätigkeit der Unternehmen – „die interessiert nur das Volumen“. Kontrolliert wird die Erfüllung der Plankennziffern von den Branchenministerien (Konzernen) und lokalen Exekutiven. Die Analyse erfolgt durch das Wirtschaftsministerium.

In den Arbeitsverträgen des Führungspersonals der Unternehmen ist die Forderung enthalten, alle grundlegenden (quantitativen wie qualitativen) Kennziffern des Geschäftsplanes zu erfüllen. Planerfüllung wird mit materiellen Gratifikationen belohnt, die in den vergangenen zwei Jahren erhöht wurden. Nichterfüllung kann mit einer Rüge oder mit Entlassung sanktioniert werden (der Vertrag wird nicht verlängert), eine Zunahme der Verluste (Lagerbestände) mit der Streichung aller Prämien.

Für die stabile Funktionsweise der belarussischen Volkswirtschaft ist die Unterstützung der Staatsunternehmen in Form steuerlicher, kredittechnischer und anderer Vorteile von großer Bedeutung. Staatliche Unterstützung wird im Rahmen von Komplex- sowie Spezialprogrammen realisiert, die durch Kredite staatlicher Banken (in der Praxis Emissionen der Zentralbank), Haushaltsmittel (Umverteilung), Staatsanleihen oder Vorzugspreise für russische Energielieferungen finanziert werden. Während die staatliche Unterstützung im Rahmen der Komplexprogramme einer Analyse unterliegt, sind die im Rahmen der Spezialprogramme gewährten Hilfen geheim. Insgesamt, so inoffizielle Schätzungen von Vertretern des Wirtschaftsministeriums, erhält etwa die Hälfte aller Industrieunternehmen staatliche Unterstützung in der einen

oder anderen Weise. Erfolgreichen Unternehmen werden Staatshilfen für Investitionsprogramme gewährt, ökonomisch schwachen Unternehmen, um sie „über Wasser“ zu halten. Der größere Teil der Subventionen entfällt auf die erfolgreicherer Unternehmen, welche damit Investitionsprogramme finanzieren. Die größere Zahl von Unternehmen, die Staatshilfen erhalten, sind jedoch solche, die mit Verlusten arbeiten oder kurz davor stehen. Entscheidungen über staatliche Subventionen werden in Form besonderer Anweisungen oder Verordnungen der Regierung verabschiedet, die zumeist nicht öffentlich zugänglich sind. Außer Industriebetrieben erhalten auch Bauunternehmen und Landwirtschaftsbetriebe staatliche Hilfen.

In Russland sind die staatlichen Subventionen und Finanzierungshilfen für die Unternehmen in Belarus wiederholt kritisiert worden. Die russische Regierung hält die Existenz solcher Programme für eine verdeckte Subventionierung, welche die Wettbewerbsfähigkeit belarussischer Unternehmen künstlich hoch hält, von denen viele ihre Produkte auf den russischen Markt exportieren. Der zwischen Russland, Kasachstan und Belarus vorgesehene Einheitliche Wirtschaftsraum enthält die Forderung nach Kürzung von staatlichen Programmen und jeglicher Art verdeckter Subventionierung sowie die Vereinheitlichung der Prinzipien der Geld-, Fiskal-, Industrie- und Agrarpolitik sowie anderer Politikfelder mit denen der Russischen Föderation. Dennoch verfolgt Belarus unter verschiedenen Vorwänden eine eigenständige Politik. Besonders deutlich war das im Wahljahr 2010: Eine Kürzung der staatlichen Subventionen hätte einen Rückgang der Arbeitseinkommen und der Beschäftigung zur Folge gehabt, worauf sich die herrschenden Politiker im Vorfeld der Präsidentschaftswahl nicht einlassen konnten.

Nach Schätzungen betragen die staatlichen Subventionen unterschiedlicher Form insgesamt zwischen fünf und acht Milliarden US-Dollar jährlich. Offiziell bestätigt das Finanzministerium nur 0,5 Milliarden US-Dollar. So ist nach offiziellen Angaben der Umfang der Staatshilfen, die den Unternehmen im Jahr 2010 gewährt wurden, im Vergleich zu 2009 um 44,5 Prozent auf 1,62 Trillionen Weißrussische Rubel (BYR) gestiegen (560 Millionen US-Dollar). Den größten An-

teil in der Struktur der Subventionsmaßnahmen machen Darlehen, Anleihen und die teilweise Begleichung von Zinsen für Bankkredite aus dem Staatshaushalt aus sowie Prolongierungen von Zahlungen für Verbindlichkeiten gegenüber dem Staatshaushalt und dem Sozialschutzfonds des Arbeitsministeriums. Darüber hinaus unterstützt der Staat einzelne Staatsunternehmen mit Steuerkrediten und Bürgschaften der Regierung für Kredite von kommerziellen Banken.

Privatisierung

Privatisierung gehört zu den grundlegenden ökonomischen Reformen der Transformationsperiode und ist sowohl auf die Erhöhung der Effektivität der Realwirtschaft als auch auf die Schaffung einer neuen Funktionsweise der Volkswirtschaft gerichtet. Ursprünglich begann die Geschichte der Privatisierung in Belarus in der für die Mehrheit der postsowjetischen Republiken typischen Weise: Wie viele andere Länder setzte auch Belarus auf die Methode der Massen- bzw. Voucherprivatisierung (Umwandlung von Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften durch die Ausgabe von Anteilsscheinen). Allerdings blieb diese Idee in vielerlei Hinsicht unverwirklicht. Das Voucherprivatisierungsprogramm wurde schon acht Mal verlängert, ist aber bis heute nicht abgeschlossen worden – ein einmaliger Fall in der postsozialistischen Welt. Seit 1995 hat sich das Tempo der Privatisierung verlangsamt. 1998 beendete der Präsident per Dekret die bis dato geltende Praxis, nach der jedes Jahr ein Programm für die Entstaatlichung und Privatisierung nationalen und kommunalen Eigentums erarbeitet und verabschiedet wurde.

2002/2003 wurden einige petrochemische Großunternehmen sowie das Gasleitungsunternehmen Beltransgaz in Aktiengesellschaften umgewandelt, wobei der Staat zunächst 100 Prozent der Anteile an den neuen Gesellschaften hielt. Im weiteren Verlauf beteiligten sich einige russische Unternehmen an Auktionen, bei denen Aktienpakete einzelner belarussischer petrochemischer und metallurgischer Unternehmen sowie Bierbrauereien angeboten wurden, zogen sich aber wieder zurück, weil sie die von der belarussischen Regierung formulierten Konditionen für unannehmbar hielten. Neben sehr hohen

Anfangspreisen[¶] gab es weitere Bedingungen, welche eine Privatisierung faktisch unmöglich gemacht haben. Zu nennen sind zeit- aufwendige Verfahren der Abstimmung mit unterschiedlichen staatlichen Behörden, die Möglichkeit der Intervention der Regierung in die operative Unternehmenstätigkeit und gesteigerte Investitionsforderungen.

2002 wurde das Ministerium für das Staats- eigene Vermögen in einen Fonds beim Wirt- schaftsmuseum mit minimalen Funk- tionen und Vollmachten umgewandelt. Gleichzeitig wurde die Rolle der Präsidial- administration gestärkt; Entscheidungen über den Verkauf von Staatsvermögen im Wert von mehr als 10 000 minimalen Basispunkten (80 000 US-Dollar) werden seitdem vom Prä- sidenten persönlich getroffen.

2007 erlebte das Land einen energiewirt- schaftlichen Schock – die Preise für impor- tiertes Erdgas stiegen um mehr als das Dop- pelte, und gleichzeitig führte Russland eine Abgabe in Höhe von 30 Prozent auf Erdöl- exporte nach Belarus ein, was die Profitabi- lität der erdölverarbeitenden Industrie, die bis zu 40 Prozent der belarussischen Exporte erzeugt, nachteilig beeinflusste. In der Folge begann die Regierung, nach zusätzlichen Fi- nanzquellen zu suchen. Neben Anleihen auf den internationalen Finanzmärkten stieg auch das Interesse am Potenzial der Privatisierung als Quelle für die Ergänzung der Haushalts- mittel.[¶] So wurde eine Verkaufsliste füh- render Unternehmen zusammengestellt und vom Präsidenten bestätigt, die unter anderem viele liquide und strategisch wichtige Un- ternehmen enthielt. Dennoch gelang es der Re- gierung, den Verkauf von Unternehmen die- ser Liste erheblich hinauszuzögern. Von den bedeutenden Objekten wurden Beltransgaz und der Mobilfunkbetreiber Velcom privati- siert (siehe die *Tabelle*).

2008 wurden neue Gesetze verabschiedet, die eine Intensivierung der Privatisierung ermög- lichen sollten. Zu den wichtigsten Verände- rungen zählen die Abschaffung der „goldenen

Aktie“, die Annahme eines Dreijahrespro- gramms für die Privatisierung und die Erhö- hung der Zahl von Unternehmen, die in Akti- engesellschaften umgewandelt werden sollen. Die Regierung hat einen wichtigen Schritt un- ternommen, indem sie die Absicht bestätigte, die bedeutendsten Unternehmen gegen Geld zu privatisieren; gleichzeitig wurde die nicht funktionierende Voucherprivatisierung ein weiteres Mal aufgeschoben. Das Privatisie- rungsprogramm sieht vor, innerhalb von drei Jahren 519 Unternehmen in Aktiengesell- schaften umzuwandeln. Unmittelbar danach soll die Privatisierung beginnen, in einigen Fällen auch schon während des Umwandlungspro- zesses. Dabei plant die Regierung nicht den massenhaften Verkauf von Kontrollpaketen, sondern will für jedes Unternehmen ein indi- viduelles Verkaufsverfahren.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass aufgrund der spezifischen Politik in Belarus lange Zeit kaum zwingender Druck zur Pri- vatisierung bestand. Belarus benötigte keine zusätzlichen finanziellen Mittel. Zudem woll- ten die Machthaber die Export-Import-Ket- ten kontrollieren und waren an ausländischen Investoren nicht interessiert. Der Negativsal- do der Handelsbilanz wurde durch die russi- sche Vorzugsbehandlung im Brennstoff- und Energiehandel kompensiert.[¶] Die Privatisie- rung wurde faktisch ersetzt durch die Um- wandlung von Unternehmen in Aktiengesell- schaften, in denen der Staat zu 100 Prozent Aktieneigentümer blieb. Privatisierungen nach dem Verfahren des Direktverkaufs ein- zelner Unternehmen erwiesen sich indes als intransparent (sie wurden per Verordnung des Präsidenten ohne vorherige Ausschrei- bung durchgeführt), unterlagen starken lob- byistischen Einflüssen und hatten eine klar erkennbare fiskalische Ausrichtung.

Gemäß den Indizes der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)[¶] für strukturelle Reformen und Privatisie- rungsfortschritte gehört Belarus zu den „Schwarzen Schafen“ in der GUS. Schlechter ist die Lage nur in Turkmenistan und Usbeki-

¶ Der Erwerb von 50 Prozent der Beltransgaz-Anteile durch Gazprom für 2,5 Mrd. US-Dollar begünstigte eine inadäquate Bewertung und einen Anstieg der Preise für die angebotenen belarussischen Aktiva.

¶ Vgl. Elena Rakova, *Privatizacija kak sposob finansirovanija deficita torgovogo balansa: vozmožnosti dlja Belarusi*, Minsk (IPM) 2008.

¶ Vgl. auch dies., *Privatization in the Republic of Belarus: monitoring of major developments in 2009*. Belarusian Institute for Strategic Studies, Vilnius 2010.

¶ EBRD (European Bank for Reconstruction and Development), *Transition Report 2010: Recovery and Reform*, London 2010.

Tabelle: Wichtigste Unternehmensverkäufe in Belarus

Unternehmen	Sektor/Branche	Käufer	Vertragsvolumen in Mio. US-Dollar
2007			
Mobilfunkbetreiber MZS Velcom (31 %)	Telekommunikation	SB-Telecom*, Zypern	556
Beltransgaz** (12.5 %)	Erdgastransit	Gazprom, Russland	625
Motovelo (99.7 %)	Maschinenbau	ATEC Holding GmbH, Österreich	7.2
Berezovskiy Kombinat für Silikat-erzeugnisse (100 %)	Baustoffindustrie	OOO Trajpl, Belarus	0.15
Belvnešekonombank (47.4 %)	Bankensektor	Vnešekonombank, Russland	24.1
Belsčettechnika	Metallurgie	OOO Dajnova, ukrainisch-russisch-britische Gesellschaft	2.815
ATER-5 (1.51 %)	Transport	Norvegijas Riepas, Lettland	0.21
Orbita.Service (26.78 %)	Rundfunkelektronik	FE Elitepartner, Belarus/Ukraine	0.187
BelOMO-Stroj (51 %)	Gerätebau	Vanjes Holdings Ltd, Zypern	0.21
Summe 2007			1.216
2008			
Mobilfunkbetreiber BeST (80 %)	Telekommunikation	Turkcell, Türkei	500
Beltransgaz (12.5 %)	Erdgastransit	Gazprom, Russland	625
Experimentalbetrieb Gastelo (49 %)	Maschinenbau	OAO Amkodor, Belarus	1.08
Roter Oktober (91.25 %)	Schuhindustrie	OOO „Marko“, Belarus	0.084
Summe 2008			1.126
2009			
Beltransgaz (12.5 %)	Erdgastransit	Gazprom, Russland	625
BPS-Bank (93.27 %)	Bankensektor	Sberbank, Russland	280.7
Borisovbytspezservis (47.9 %)	Leichtindustrie	Belegschaft	0.028
Mobilfunkbetreiber BeST***	Telekommunikation	Turkcell, Türkei	100
Summe 2009			1.006
2010			
Beltransgaz (12.5 %)	Erdgastransit	Gazprom, Russland	625
Mobilfunkbetreiber BeST	Telekommunikation	Turkcell, Türkei	100
Summe 2010			725

* Im Oktober 2007 hat SB-Telecom, Zypern, sein belarussisches Paket für 535 Mio. US-Dollar an Telekom Austria verkauft.

** Bis 2011 zahlt Gazprom vertragsgemäß jedes Jahr 625 Mio. US-Dollar für je 12,5 % der Beltransgaz-Aktien (50 % der Aktien für insgesamt 2,5 Mrd. US-Dollar).

*** Entsprechend dem Kaufvertrag zwischen dem Staatlichen Komitee für Vermögensfragen und Turkcell wird das BeST-Aktienpaket in drei Etappen bezahlt: 300 Mio. US-Dollar wurden innerhalb von 30 Tagen nach Vertragsunterzeichnung überwiesen, je 100 Mio. am 31.12.2009 und 2010. Sobald Turkcell durch BeST einen positiven Jahresertrag erwirtschaftet hat, wird Turkcell noch eine Zahlung von 100 Mio. US-Dollar leisten. Für den Verkauf der verbleibenden 20 % wurde ein fünfjähriges Moratorium beschlossen.

Quelle: Staatliches Komitee für Vermögensfragen; eigene Berechnungen.

stan. Entgegen den Erwartungen der Experten gab es im Zeitraum 2008 bis 2010 keine spektakulären Privatisierungsverträge. Der Hauptgrund lag in der globalen Krise und im weltweiten Niedergang der Preise für Aktiva.

Zudem war der Präsident nicht bereit, staatliches Vermögen zu „Wegwerf-Preisen“ zu verscherbeln. Ein Stabilisierungskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 3,5 Milliarden US-Dollar im Jahr

2009 und andere Staats-, Bank- und Unternehmensanleihen haben den Ausfall von Privatisierungserlösen kompensiert.

Die politischen und ökonomischen Bedingungen, die sich 2011 in Belarus abzeichnen, lassen der Führung des Landes keine große Wahl mehr. Privatisierung scheint das kleinste „Übel“ und nahezu die einzige Quelle für die Ergänzung der Goldvaluta-Reserven und die Bedienung der aufgehäuften Schulden zu sein. Dies scheint besonders aktuell im Lichte der jüngsten Verschlechterungen der Bewertung des Landes und der größten kommerziellen Banken durch unabhängige Ratingagenturen – im März 2011 wurden belarussische Schuldverschreibungen in die Kategorie der sogenannten Schrottanleihen (*Junk Bonds*) eingestuft, und die Emission von Eurobonds wird äußerst teuer. Stabilisierungskredite zu erhalten ist unmöglich ohne politische und ökonomische Reformen, die ihrerseits die sozialökonomische und politische Stabilität im Land gefährden könnten.

Daher sind die belarussischen Machthaber gegenwärtig mehr zur Privatisierung bereit als je zuvor und bereiten eine weitere Liberalisierung der Privatisierungsgesetzgebung vor. So erweitert das Dekret Nr. 1 des Präsidenten vom 11. März 2011 die Vollmachten des Staatlichen Komitees für Vermögensfragen (GKI) hinsichtlich der Privatisierung von Unternehmen mit staatlichem Anteil. Außerdem kann das GKI die Anfangspreise für Aktien von Unternehmen herabsetzen, die zum Verkauf ausgeschrieben sind. Des Weiteren wird die allgemeine Politik zur Verbesserung der Bedingungen für geschäftliche Aktivitäten (Liberalisierung des Geschäftsklimas) fortgesetzt. Gleichwohl sollten potenzielle Investoren folgende potenziell gefährliche Restriktionen und brisante Punkte beachten:

- Die Möglichkeit eines Interessenkonflikts zwischen der Präsidialverwaltung, dem GKI und Kommunalbehörden, die gegenüber ausländischen Investoren Vorurteile, Wünsche oder Forderungen erheben können, besteht weiter. Da es keine klare Abgrenzung der Befugnisse und Regeln der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Machtorganen gibt, werden potenzielle Investoren gezwungen sein, langwierige Verhandlungen zu führen, zumal ohne die Gewissheit, dass Vereinbarungen, die mit

einem der Partner getroffen wurden, auch in den Verhandlungen mit einem anderen Partner gelten. Ein solcher Konflikt kann zur Verschleppung von Entscheidungen führen, zu bürokratischen Verzögerungen oder gar zur Sabotage oben gefasster Beschlüsse. Außerdem ist zu beachten, dass Entscheidungen über die Privatisierung von Objekten zu einem Preis von mehr als 116000 US-Dollar erst nach Abstimmung mit der Präsidialverwaltung getroffen werden, die Investoren nach Abschluss der Verhandlungen mit dem GKI und den kommunalen Behörden also in neue Gespräche und Abstimmungsprozesse eintreten müssen.

- In Belarus wird die marktwirtschaftliche Bewertung eines Unternehmens sowohl durch entsprechende rechtliche Bedingungen als auch durch das Fehlen der notwendigen Marktbedingungen (das Fehlen eines Fondsmarktes, die Überlastung der Unternehmen mit Sozialausgaben, ihre rückläufige Wettbewerbsfähigkeit und ihre Abhängigkeit vom russischen Markt) erschwert. Außerdem stellt der Bilanzwert im Verhandlungsverlauf den gesetzlichen Mindestwert dar. Allerdings schließt dieser Wert oft die gesamte Summe der zuvor getätigten staatlichen Investitionen ein, selbst wenn diese nicht zu einem Wachstum der finanziellen Indikatoren geführt haben. Obwohl also der GKI und andere Organe heute befugt sind, Unternehmen mit einem Nachlass auf den Anfangspreis zu verkaufen, kann dieser Verkaufspreis noch um ein Vielfaches künstlich überhöht sein.
- Der belarussische Präsident ist nach wie vor nicht gewillt, Unternehmen zu Marktpreisen zu verkaufen, die er für „aus der Luft gegriffen“ hält. Entsprechend muss ein Investor bereit sein, sich auf lange und harte Verhandlungen einzulassen, insbesondere, wenn es um strategische Unternehmen geht, über deren Privatisierung der Präsident persönlich entscheidet.
- Die Privatisierungsgesetzgebung ist hinsichtlich von Forderungen und Erwartungen an den Investor intransparent und selektiv. Abgesehen vom Preis gibt es eine informelle Liste mit etwa 25 Bedingungen, die ein Investor zu erfüllen bereit sein soll. Dazu gehören die Erhaltung von Arbeitsplätzen, die Aufrechterhaltung des Produktionsvolumens und die Nutzung einheimischer Rohstoffe und Investitionszusagen.

- Strategische Unternehmen unterliegen der besonderen Kontrolle und Einmischung in die operative Tätigkeit. Alle Kennziffern für Produktion, Beschäftigung, Export/Import, Brennstoff- und Energieverbrauch sowie Preise werden durch die örtlichen Organe und zuständigen Ministerien (Konzerne) sorgfältig überwacht. Nichterfüllung der auferlegten und/oder vereinbarten Kennziffern durch den Investor kann die Aufkündigung der Verträge seitens des Staates zur Folge haben.
- Das Investitionsklima ist widersprüchlich und instabil. Ungeachtet der formellen Liberalisierung und Politik der Werbung um ausländische Direktinvestitionen gibt es immer Restriktionen. So haben zum Beispiel im März 2011 die Nationalbank und der Ministerrat administrative Beschränkungen für den Kauf von Valuta an der Börse durch Unternehmen eingeführt. Ungeachtet der Verabschiedung eines Erlasses über die Aufhebung der Preisregulierung müssen die Unternehmen nach wie vor Preiskalkulationen erstellen und sich nach unterschiedlichen Instruktionen richten. Im Januar wurden rückwirkend die Bedingungen für die Zahlung der Gewinnsteuern verändert. Eine Verordnung über die Erteilung von Lizenzen, die bestimmte Tätigkeiten erleichtert, hat zusätzliche Erschwernisse für andere Tätigkeiten nach sich gezogen. Solcher Beispiele gibt es viele.
- Das Fehlen struktureller Reformen, das Wachstum der Schuldenlast und administrative Beschränkungen für den Erwerb von Valuta haben die Bewertung des Landes und seiner Großbanken durch Ratingagenturen verschlechtert. Investoren sollten über eigene Finanzierungsquellen verfügen und zudem mit einer weiteren Verschlechterung der ökonomischen Lage im Land rechnen (Währungsabwertung, Produktionsstillstand in Betrieben, zunehmende soziale Spannungen).

Kleines und mittleres Unternehmertum (KMU) – nicht dank, sondern trotz staatlicher Politik

Der Anteil des Privatsektors (einschließlich der offenen Aktiengesellschaften) am BIP wird auf 30 Prozent geschätzt, darunter

der Anteil der Kleinunternehmen auf acht bis zehn Prozent. Zuletzt wurden Anstrengungen zur Liberalisierung des Geschäftsklimas und zur Aufhebung administrativer Beschränkungen unternommen. So wurden im Zeitraum 2008 bis 2010 die Gesetzgebung in den Bereichen Preisregulierung, Lizenzerteilung, Buchprüfung vereinfacht, die Anzahl der von den Unternehmen zu zahlenden Steuern reduziert und das Verfahren für die Registrierung von Unternehmen vereinfacht.

Die realisierten und deklamierten Maßnahmen zur Liberalisierung der Bedingungen für wirtschaftliche Aktivität sollten vor allem der Anziehung ausländischer Investitionen dienen. Die Regierung ist bestrebt, in den Augen ausländischer Investoren ein positives Image des Landes herzustellen. Die Veränderungen in der Regulierung von Geschäftstätigkeit schlagen sich auch in der Verbesserung der Bewertung durch Ratingagenturen nieder. So hat sich die Position Belarus' im Weltbank-Ranking „Doing Business“ verbessert.⁶ Nichtsdestoweniger ist das Land beim Indikator „Investorenschutz“ in diesem Ranking von Platz 105 auf Platz 109 zurückgefallen. Die Experten schätzten den Index „Investorenschutz“ auf 4,7 (Maximalwert: 10), den Index „Offenheit der Unternehmen“ auf fünf Punkte und den Index „Verantwortlichkeit des Direktors“ auf lediglich einen Punkt. Hinsichtlich des Index' „Schwierigkeiten der Steuerzahlung und Steuerbelastung“ steht Belarus das dritte Jahr hintereinander auf dem letzten Platz (183), ungeachtet einiger Reformen in der Gesetzgebung.

Die Mehrzahl der belarussischen Experten hält die Strukturreformen für inkonsequent und nicht tiefgreifend genug. So ist im Bereich der Preisbildung – einer für das Geschäftsklima wichtigen Reformrichtung – die umfassende staatliche Regulierung erst 2011 aufgehoben worden. Gleichwohl sollen Unternehmen nach wie vor Kalkulationen erstellen und ihre Preise begründen. Tun sie das nicht, müssen sie mit hohen Strafen rechnen – bis zu 30 Prozent des Wertes der verkauften Waren und Dienstleistungen. Die Reform der Lizenzerteilung scheint sehr oberflächlich.

⁶ The World Bank, Doing Business 2009 bzw. 2010, Washington, DC 2008 bzw. 2009.

Die Regierung beabsichtigt weitere Vereinfachungen, aber wann diese in Kraft treten, ist nicht absehbar. Weitere Reformen erfordern Veränderungen in der Steuer- und in der Außenhandelsgesetzgebung; unter Unternehmern herrscht große Unzufriedenheit über die Mietrechtsreform und die Regulierung der Löhne.

Ungeachtet der von der Regierung deklarierten Absichten, das Geschäftsklima zu liberalisieren, und der Beschlüsse zur Vereinfachung der regulativen Rahmenbedingungen ist der Anteil des KMU-Sektors in den vergangenen 15 Jahren unverändert geblieben. Man kann sagen, dass sich dieser Sektor nicht dank des Staates und seiner Politik, sondern trotz der von der Regierung geschaffenen Bedingungen entwickelt. Als grundlegende Hindernisse für die Entwicklung des KMU-Sektors nennen dessen Vertreter: hohe Steuersätze (letzter Platz weltweit); unberechenbare Gesetzgebung; ungleiche Bedingungen gegenüber dem staatlichen Sektor; administrative Restriktionen (Zertifikate, Lizenzen und Ähnliches); Prüfungen und Strafen; unzureichender Schutz der Besitzrechte; Korruption.

Anfang 2011 wurde die Direktive des Präsidenten Nr. 4 „Über die Entwicklung unternehmerischer Initiative und die Stimulierung geschäftlicher Aktivität in der Republik Belarus“ veröffentlicht, die auf die Fortsetzung der Liberalisierungspolitik gerichtet ist. Geplant ist die vollständige Preisliberalisierung, die Bestätigung einer einheitlichen Liste von Verwaltungsprozeduren staatlicher Organe und eine weitere Verringerung und Optimierung der Steuerlast. Die Gesellschaft der Unternehmer weist allerdings auf den allgemeinen Charakter dieses Dokuments hin: Um die aufgeführten Ziele zu erreichen, müssten mehr als 300 weitere sekundärrechtliche Gesetze verabschiedet werden, was erhebliche Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Ungeachtet der Liberalisierungspolitik zeigen Umfragen unter den führenden Vertretern des KMU-Sektors,⁷ dass die Mehrheit der Privatunternehmer nicht glaubt und nicht spürt, dass der Staat begonnen hat, ihnen ge-

genüber eine positivere Haltung zu entwickeln. Eher reden sie von einer „Abschwächung der negativen Beziehung“, davon, dass Vertreter des Staates „angefangen haben, zuzuhören“, und aufgehört haben, sie „flegelhaft zu behandeln“. Allerdings hält sich auch hartnäckig die Meinung, dass „trotz allem der fiskalische, rudimentäre Ansatz überwiegt“, die „Priorität des Staatseigentums“, der „Glaube, dass die Staatsunternehmen das Land retten, nicht die privaten“.

Resümee

Die kurze Analyse der grundlegenden Mechanismen der Funktionsweise der belarussischen Volkswirtschaft ergibt eine eindeutige Schlussfolgerung: Es handelt sich um eine Planwirtschaft mit Marktelementen. Die Führung ist nie als Anhängerin von Marktwirtschaft und Privateigentum in Erscheinung getreten. Alle marktwirtschaftlichen Reformen wurden dem Land buchstäblich von außen „aufgedrängt“ – durch Russland, den IWF oder andere internationale Organisationen. Die „Erfolgsformel“ war schlicht – verordnetes Wachstum, finanziert und angeheizt durch die Binnennachfrage. Der Staat war der wichtigste Investor, und die UdSSR hat dem Land keine schlechte Industrie sowie qualifizierte und disziplinierte Arbeitskräfte als Erbe hinterlassen. Trotz des Wachstums des BIP und des Lebensniveaus (die Wachstumszahlen für Löhne und Renten korrespondieren mit den Daten der Präsidentschaftswahlen) hatte dieses Modell einen wunden Punkt – das Defizit der Außenfinanzierung.

Solange Belarus energetische Ressourcen zu Vorzugspreisen bezog und im Rahmen der Integrationsprozesse über privilegierte Zugänge auf den russischen Markt für seine Industrieprodukte verfügte, musste man dem Mangel an ausländischen Direktinvestitionen, dem schlechten Geschäftsklima und der Rückständigkeit des KMU-Sektors keine Aufmerksamkeit schenken. Die Staatsunternehmen gewährleisteten Beschäftigung und befriedigten die Binnennachfrage.

2009 erwies sich in vielerlei Hinsicht als besonderes Jahr. Einerseits haben die Machthaber erkannt, dass es Probleme in der Wirtschaft gibt (natürlich nicht aufgrund der

⁷ Vgl. Igor Pelipas/Elena Rakova/Alexander Čubrik (Hrsg.), *Belorusskij biznes 2010: sostojanie, tendencii, perspektivy*. Analitičeskij očet, Minsk (IPM) 2010.

Ineffektivität des ökonomischen Systems, sondern weil „deren Krise uns doch nicht unberührt ließ“). Andererseits gelangten Wörter wie „Reform“, „Liberalisierung“, „Privatisierung“, „IWF“, „Stand-by-Programm“, „internationale Zusammenarbeit“ und „östliche Partnerschaft“ in den alltäglichen Sprachgebrauch, was es Experten ermöglichte, vom Beginn einer neuen Etappe in der Entwicklung des Landes zu sprechen, die mit ökonomischen und politischen Reformen verbunden ist. Der Rückgang der Nachfrage nach belarussischen Exporten und der Einbruch der Preise für die wichtigsten Exportgüter haben die Verwundbarkeit und Labilität der Wirtschaftspolitik gezeigt. Der sich verschlechternde Zustand der Handelsbilanz hat das Land gezwungen, sich konsequent nach außen zu orientieren und zugleich eine Reihe unpopulärer Reformen zu akzeptieren, die Teil der Bedingungen für die Gewährleistung eines Überbrückungskredits durch den IWF waren.

Allerdings haben die Machthaber trotz anwachsender Lagerbestände und der Hilfe des IWF ihre Politik der Subventionierung produktionsstarker und exportorientierter Unternehmen sowie der Planvorgaben für die Produktion von Staatsunternehmen nicht aufgegeben. Auch haben sie es nicht erlaubt, einen massenhaften Beschäftigungsabbau einzuleiten, wie in Russland und in der Ukraine geschehen, obwohl viele Unternehmen bereits auf Maßnahmen zur partiellen Beschäftigungsreduktion, zum Beispiel Kurzarbeit, zurückgreifen. Da es keine privaten Großunternehmen gibt, erwies es sich als unmöglich, zügig eine Antikrisenstrategie zu erarbeiten und einzuleiten, Produktion und Personal zu reduzieren, um die Verluste zu minimieren. Darauf spekulierend, dass sich die Weltwirtschaftskrise als kurzfristig erweisen würde, haben die Machthaber die Privatisierung verzögert, indem sie auf „adäquate Preise“ warteten. In der komplizierten ökonomischen und finanziellen Situation setzte die Regierung die Priorität auf die künstliche Erhaltung der sozialen Stabilität. Die Unternehmen setzten unter den Bedingungen eines radikalen Rückgangs der Nachfrage die Produktion auf Kosten der Verausgabung der Goldvaluta-Reserven (die ihrerseits auf Kosten der Erhöhung der Staatsschulden akkumuliert worden waren) fort. Hinzu kommen die Beibehaltung der alten Landwirtschafts-

politik, die zu einer Anhäufung von Verlusten geführt hat, der Anstieg des Anteils „fauler“ Bankkredite, die Geldemission und der Preisanstieg in den Geschäften. Im Wahljahr 2010 wurde diese Politik fortgesetzt; trotz fehlender Ressourcen wurde zum Jahresende der Durchschnittslohn in der Wirtschaft auf die vom Präsidenten versprochenen 500 US-Dollar angehoben.

Die Zunahme negativer Erscheinungen und der Anstieg des Handelsbilanzdefizits zwingen die Machthaber, sich auf eine Liberalisierung des Geschäftsklimas und den Verkauf von Aktien staatseigener Unternehmen einzulassen. Allerdings bekräftigten bis 2011 alle Umfragen in der Geschäftswelt den wahltaktischen und formalen Charakter der ökonomischen Liberalisierung. Vereinfachungen und Verbesserungen gibt es vornehmlich in Bereichen, die für Unternehmer nicht zentral sind.

Die brisante Liquiditätskrise zu Beginn des Jahres 2011 und die rapide Verringerung der Goldvaluta-Reserven vor dem Hintergrund der politischen Konfrontation mit dem Westen nach der Präsidentschaftswahl vom 19. Dezember 2010 lassen dem Land keine Wahl. Der einzige potenzielle Kreditgeber und Sponsor – Russland – knüpft die Gewährung von Stabilisierungskrediten an harte Bedingungen – eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik, den Abbau von Subventionen und staatlichen Programmen, Kürzung der Löhne und Gehälter im staatlichen Sektor. Werden diese Bedingungen erfüllt, dann bedeutet das nicht nur das Ende des belarussischen „Wirtschaftswunders“. Es hätte auch eine weitgehende Deindustrialisierung des Landes zur Folge, den Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen Rückgang der Einkommen der Bevölkerung vor dem Hintergrund steigender Inflation (insofern viele Tarife und Preise – für den öffentlichen Nahverkehr, für kommunale Dienstleistungen und Lebensmittel – subventioniert sind). Damit ist in groben Zügen der Preis umrissen, den das Land für sein gedeihliches Leben in den vergangenen Jahren zu zahlen hat: für die administrative Planung und dafür, dass es über seinen Möglichkeiten gelebt hat.

Stephan Malerius

Opposition und Zivilgesellschaft in Belarus

Als die Republik Belarus am 25. August 1991 ihre Unabhängigkeit erklärte, schien das Land gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Transformation zu besitzen: Eine entwickelte Infrastruktur, der hohe Industrialisierungsgrad, eine gut ausgebildete Bevölkerung und die Nachbarschaft zu Polen, das später zum Motor des europäischen Erweiterungsprozesses werden sollte, bedeuteten nach dem Zerfall der Sowjetunion vielleicht sogar bessere Startbedingungen als für die baltischen Nachbarn im Norden. Dennoch wurde die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Belarus in den darauf folgenden zwei Jahrzehnten durch die autoritäre Herrschaft von Aljaksandr Lukaschenka bestimmt, der das Land von den Transformationsprozessen in den später neuen EU-Mitgliedstaaten abkoppelte.

Stephan Malerius

Geb. 1968; Leiter des Auslandsbüros Belarus der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Totoriu g. 21, 01121 Vilnius/Litauen. stephan.malerius@kas.de

Eine der Hauptursachen dafür, dass sich Belarus nach 1991 politisch und gesellschaftlich nicht demokratisch, sondern autoritär entwickelte, liegt in einer schwach ausgebildeten nationalen Identität. Ähnlich wie die Nachbarn Polen (mit seinen östlichen Gebieten) und Litauen war Belarus das gesamte 19. Jahrhundert über Teil des russischen Zarenreichs, bekam in den Wirren des ausgehenden Ersten Weltkriegs nur für wenige Monate eine Chance auf staatliche Selbstständigkeit und war während der sowjetischen Periode einer besonders brutalen Russifizierungspolitik zunächst Josef Stalins, dann auch Nikita Chruschtschows ausgesetzt.¹ Die belarussische Sprache wurde aus dem öffentlichen Gebrauch verdrängt, das Bildungssystem russifiziert, und ethnische Russen erhielten Schlüsselpositionen in der Republikregierung in Minsk.

Zwar gab es Ende der 1980er Jahre wie in den baltischen Sowjetrepubliken auch in Belarus eine Unabhängigkeitsbewegung, doch gelang es den nationalen Kräften in den frühen 1990er Jahren nicht, mit ihren Plädoyers für Demokratie und marktwirtschaftliche Reformen Rückhalt in der Bevölkerung zu finden. Und so setzte sich 1994 in der ersten (und bislang einzigen) freien Präsidentschaftswahl Lukaschenka mit überwältigender Mehrheit sowohl gegen Wjatschaslau Kebitsch, den Kandidaten der sowjetischen Nomenklatura, als auch gegen den nationalkonservativen Sjanon Pasnjak durch.

17 Jahre später ist Lukaschenka noch immer Präsident eines autoritär geführten Landes: Zivilgesellschaft und Opposition sind marginalisiert, die bürgerlichen Freiheiten massiv eingeschränkt, die elektronischen Medien unter rigider staatlicher Kontrolle. Der Geheimdienst (hier immer noch KGB) wird als Instrument zur Bekämpfung der Opposition eingesetzt, eine unabhängige Justiz existiert nicht, und nach der Präsidentschaftswahl 2010 wird die Bevölkerung durch Repressionen (Verhaftungen, Verhöre, Hausdurchsuchungen) eingeschüchtert und gesellschaftliche Aktivität im Keim erstickt.

1991–1996: Dynamisches Wachstum

Die Entwicklung von Opposition und Zivilgesellschaft in den ersten zwanzig Jahren der Unabhängigkeit verlief in drei größeren Phasen. Die ersten fünf Jahre waren in Belarus wie in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion durch ein dynamisches Wachstum politischer und gesellschaftlicher Aktivität gekennzeichnet.² Am Anfang waren die autonomen gesellschaftlichen Akteure – allen voran die Nichtregierungsorganisationen (engl.: NGOs) –, die

¹ Unter Stalin wurde die Politik der *Korenisazija* („Einwurzelung“), mit der die Einbindung der nicht-russischen Völker in den sowjetischen Staat bei gleichzeitiger Förderung ihrer Sprache und Kultur erreicht werden sollte, zurückgefahren. Die Repressionen gegen die belarussische Intelligenz erreichten 1937/38 ihren Höhepunkt, als in Kuropaty, einem Waldstück bei Minsk, zehntausende Vertreter der belarussischen Elite vom Geheimdienst NKWD ermordet wurden.

² Vgl. hier und im Folgenden zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in Belarus nach 1991: Yury Čavusau, Belarus' Civic Sector, in: Marta Pejda (ed.), *Hopes, Illusions, Perspectives*. Belarusian Society 2007, Warschau-Minsk 2007, S. 6–15.

für gewöhnlich „Zivilgesellschaft“ genannt werden, eingebettet in eine breitere Bewegung für Demokratie und Unabhängigkeit. Die meisten Organisationen waren lokale Verbände der Belarussischen Volksfront *Adradzennie* (Wiedergeburt), die 1988 nach dem Vorbild von *Sąjūdis* in Litauen oder der Volksfronten in Estland und Lettland entstanden war. Schnell begann sich die Zivilgesellschaft in Belarus jedoch zu entpolitisieren und aufzufächern wie in den klassisch pluralistischen Gesellschaften Westeuropas. Es entstanden lokale Umweltgruppen, Jugendorganisationen, historische Vereine oder soziale Initiativen. Diese Entwicklung förderte das 1994 verabschiedete Gesetz „Über gesellschaftliche Organisationen“, das für die Registrierung einer NGO das „Anmeldeprinzip“ vorsah: Für die Gründung einer Vereinigung musste demnach kein staatliches Genehmigungsverfahren durchlaufen werden, was ein rapides institutionelles Wachstum des Dritten Sektors zur Folge hatte. Während es im Jahr 1990 in Belarus lediglich 24 offiziell registrierte NGOs gab, waren es 1995 bereits fast tausend.[¶]

Gleichzeitig bildete sich ein klassisches Parteienspektrum heraus, das in fünf größeren politisch-ideologischen Formierungen bis heute Bestand hat: der nationalkonservativen Belarussischen Volksfront (Партыя БНФ/BNF), der liberalen Vereinigten Bürgerpartei, den Christdemokraten, den Sozialdemokraten und den (Post-)Kommunisten.[¶] Die gesellschaftlich aktivste Partei war in den Anfangsjahren die BNF. Sie fungierte als politisches Sammelbecken für all diejenigen, die sich für ein unabhängiges und demokratisches Belarus einsetzen wollten. Bei der Wahl zum 12. Obersten Sowjet (dem damaligen Parlament) im Jahr 1990 errang sie zehn Prozent der Sitze. 1993 wurde aus der politischen Bewegung eine Partei.

Als erste parteipolitische Formierung jenseits der Kommunisten wurde im November

¶ Vgl. Wiktor Tschernow, Dritter Sektor in Belarus: Evolution, gegenwärtiger Zustand und Entwicklungsperspektiven, in: *Wider Europe*, 14 (2007) 4 (russ.), online: <http://review.w-europe.org/14/2.html> (9.5.2011).

¶ Vgl. hier und im Folgenden zur Entwicklung der politischen Parteien von 1991 bis 2006: David R. Marples/Uladzimir Padhol, *The Democratic Political Opposition*, in: Joerg Forbrig/David R. Marples/Pavol Demeš (eds.), *Prospects for Democracy in Belarus*, Washington, DC 2006, S. 47–56.

1990 die Vereinigte Demokratische Partei gegründet, aus der 1995 die Vereinigte Bürgerpartei hervorging. Sie fand anfangs vor allem bei der technischen Intelligenz, bei Wirtschaftsfachleuten und gut ausgebildeten Arbeitern Unterstützung. Sie ist bis heute die führende liberalkonservative Kraft und hat das schärfste wirtschaftspolitische Profil aller Parteien.

Eine sozialdemokratische Vereinigung *Hramada* (Gemeinschaft) entstand im März 1991. Mitglieder waren anfangs vor allem Arbeiter, Bauern, Studenten, Militärangehörige sowie Vertreter der städtischen Intelligenz. Auch die Parlamentssprecher Stanislaw Schuschekewitsch und Premierminister Metschyslau Hryb, der spätere Präsidentschaftskandidat Aljaksandr Kasulin und selbst Aljaksandr Lukaschenka waren zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit den Sozialdemokraten assoziiert. Die Partei verstand sich als Teil der weltweiten sozialdemokratischen Bewegung, spaltete sich aber in den folgenden Jahren wiederholt, so dass es heute mehrere winzige sozialdemokratische Gruppierungen gibt.

Eine christdemokratische Tradition gibt es in Belarus seit den 1930er Jahren. Die 1991 gegründete Christlich-Demokratische Union versuchte daran anzuknüpfen, aber sie hatte nicht lange Bestand. Erfolgreicher entwickelt sich seit 2005 die Belarussische Christdemokratische Partei, die zu den aktivsten Gruppierungen innerhalb der Opposition zählt. Ihr Mitgliederkern stammt vorwiegend aus den orthodoxen, protestantischen und katholischen Kirchengemeinden.

Wie in allen ehemaligen Ostblockstaaten entstanden auch in Belarus Nachfolgeformationen zur kommunistischen Partei. Seit Anfang der 1990er Jahre existiert eine „demokratische“ kommunistische Partei, die seit dem Verfassungskonflikt von 1996 in Opposition zu Lukaschenka steht. Bei der Parlamentswahl 1995 erhielt sie 22 Prozent der Stimmen und stellte 45 Abgeordnete. 2008 benannte sie sich in „Gerechte Welt“ um.

Ein besonderes Merkmal des autoritären Systems besteht darin, dass es anders etwa als in Russland keine einflussreiche Regierungs- oder Lukaschenka-Partei gibt. Die Parlamentsabgeordneten werden seit der Wahl 2000 eher ernannt als gewählt und zeichnen sich durch Loyalität zum Präsidenten aus.

Gruppierungen wie die Liberaldemokratische Partei mit ihrem notorischen Vorsitzenden Sjarhej Hajdukewitsch (einer politischen Marionette des Regimes) oder die Lukaschenka-treue kommunistische Partei sollten zwar anfänglich der Legitimierung eines parlamentarischen Systems dienen. Sie besaßen aber in Parlament oder Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt Bedeutung, so dass ihre statistische Funktion offensichtlich ist. Bei der Parlamentswahl 2008 waren von 110 ernannten Abgeordneten 103 parteilos, sechs gehörten der kommunistischen Partei an, einer wurde von der Agrarpartei gestellt.

1996–2002: Politisierung

Zwei von Lukaschenka initiierte Referenden markierten die grundlegende politische und gesellschaftliche Wende: 1995 wurde Russisch zur zweiten Amtssprache erklärt, und die alten sowjetischen Staatssymbole (Flagge, Wappen) wurden leicht verändert wieder eingeführt. Damit sollte der beginnende Prozess der Stärkung einer nationalen Identität an der Wurzel gekappt werden. In einem zweiten Referendum ließ Lukaschenka im Herbst 1996 seine Amtszeit um zwei Jahre verlängern, erweiterte die Vollmachten des Präsidenten und schwächte das Parlament, indem er ein Zweikammersystem einführte. Es gelang ihm, innerhalb von nur zwei Jahren – außenpolitisch gedeckt durch Russland – den durch die Verfassung von 1994 ursprünglich demokratisch organisierten Staat zu beseitigen und seine autoritäre Macht zu institutionalisieren.^f

Die Oppositionsparteien wurden von diesen Ereignissen überrumpelt. Wiederholte Versuche, sich auf Koalitionen oder eine gemeinsame Strategie zu einigen, blieben erfolglos. Zudem mangelte es an Führungspersönlichkeiten, welche die politischen Kräfte hätten bündeln können und die eine glaubwürdige personelle Alternative zu Lukaschenka darstellten. Potentiell ernsthafte Konkurrenten wurden ein Jahr vor der Parlaments- und zwei Jahre vor der Präsidentschaftswahl aus dem

^f Zu den Referenden sowie zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in den Jahren 1995 bis 2003 vgl. Vitali Silitski, *Preempting Democracy: The Case of Belarus*, in: *Journal of Democracy*, 16 (2005) 4, S. 83–97, online: <http://muse.jhu.edu/journals/jod/summary/v016/16.4silitski.html> (9.5.2011).

Weg geräumt: Wiktar Karpenka, ehemaliger stellvertretender Parlamentssprecher, starb überraschend und unter ungeklärten Umständen im April 1999, Juri Sacharenka, erster Innenminister unter Lukaschenka, verschwand im Mai 1999, Wiktar Hantschar, ehemaliger Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission, verschwand im September 1999.^f Der gesellschaftliche Einfluss der Opposition begann sich zu verringern. Bei der massiv manipulierten Parlamentswahl im Oktober 2000 wurden keine demokratischen Vertreter ins Repräsentantenhaus gewählt.

Es waren vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen, die bei der Präsidentschaftswahl 2001, als mit Uladzimir Hantscharyk ein blasser Kompromisskandidat aus dem Gewerkschaftslager gegen Lukaschenka antrat, durch aktive Wahlbeobachtung und die Kampagne „Wähle!“ (gegen die vom Regime propagierte Praxis der vorzeitigen Stimmabgabe) den Protest der Bevölkerung gegen den gefälschten Urnengang zu organisieren versuchten.^f Spätestens mit dieser Wahl wurde die Zivilgesellschaft ein Teil der politischen Opposition.

Kennzeichnend für die zweite Hälfte der 1990er Jahre war außerdem eine Professionalisierung, bei der Beratungszentren und Netzwerkorganisationen entstanden, die bis heute die Visitenkarte des Dritten Sektors in Belarus sind: der „Verband pro-demokratischer NGOs“, das analytische Zentrum „Strategie“, die „Lew Sapieha-Stiftung“, das „Unabhängige Institut für sozioökonomische und politische Studien“, das Menschenrechtszentrum „Wiasna“ (Frühling) oder das Zentrum „Supolnasc“ (Zusammengehörigkeit). Vielen NGOs gelang es, nachhaltige Strukturen aufzubauen, sie arbeiteten dabei zunehmend mit westlichen Akteuren zusammen, welche die in die Defensive geratene Demokratiebewegung in Belarus systematisch zu unterstützen begannen.

^f Zu den Verschwundenen vgl. die Dokumentation des Vereins „Menschenrechte in Belarus“, online: www.human-rights-belarus.org/deutsch/Dokumentation-Verschwundene-Belarus-Lukaschenka.html (9.5.2011).

^f Zur Parlamentswahl 2000 und zur Präsidentschaftswahl 2001 vgl. den Beitrag des damaligen Leiters der OSZE-Beobachtermission Hans-Georg Wieck, *Die demokratische Zivilgesellschaft – Alternative zum autokratischen Lukaschenka-Regime in Belarus*, in: *OSZE-Jahrbuch 2002*, Baden-Baden 2002, S. 243–261.

Die Regierung betrachtete die Aktivitäten unabhängiger Organisationen mit Argwohn und versuchte, Kontrolle über ihre Tätigkeit zu erlangen. Eine Methode war, NGOs per Erlaubnis dazu zu zwingen, sich neu zu registrieren. Während der zweiten verordneten Neu-Registrierungs-Welle verloren 1999 beinahe die Hälfte aller unabhängigen Organisationen ihren legalen Status.⁸ Ebenfalls eingeschränkt oder zumindest streng kontrolliert werden sollten die externen Finanzströme zur Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft: Durch Präsidentenerlass von 2001 war für jede ausländische Zuwendung eine staatliche Genehmigung zu beantragen. Außerdem wurde damit begonnen, sogenannte GoNGOs⁹ aufzubauen, welche die authentischen unabhängigen Organisationen ersetzen sollten. Ein gutes Beispiel ist der 2002 gegründete Belarussische Jugendrat (BJR; besser bekannt unter der russischen Abkürzung BRSM), der als nationaler Verband von Kinder- und Jugendorganisationen auftritt, gleichzeitig aber wie ein an den Komsomol erinnernder Jugendverband des Regimes organisiert ist. Der BRSM erhält 50 Prozent aller Mittel, die im Staatshaushalt für Jugendpolitik vorgesehen sind, seine Mitglieder haben Vergünstigungen und werden privilegiert zum Studium zugelassen. Der unabhängige Jugendverband RADA wurde 2006 vom Obersten Gericht aufgelöst und agiert seitdem im Untergrund.¹⁰

2003–2010: Gewaltsame Marginalisierung

Etwas mehr als ein Jahr nach seiner Wiederwahl waren Lukaschenkas Umfragewerte auf ein bis dahin nicht gekanntes Tief von 26 Prozent gerutscht. Zudem musste er mit ansehen,

⁸ Vgl. Tatiana Kusmenkova, *Third sector in Belarus: Problems of Formation and Development*, Mozyr 2004, S. 10, online: www.ngo.by/files/UNITED%20WAY.pdf (9.5.2011).

⁹ Wortspiel im Englischen: GoNGO = Governmental Non-Governmental Organisation.

¹⁰ Vgl. www.dija.de/belarus/rahmenbedingungen-fuer-die-jugendarbeit-by/finanzierung (9.5.2011). Der Fall BRSM steht pars pro toto: In vielen gesellschaftlichen Bereichen gibt es zwei Strukturen, eine Lukaschenka-treue, staatlich kontrollierte, und eine unabhängige, so etwa zwei Schriftstellerverbände, zwei Journalistenverbände, zwei Seniorenverbände, zwei Gewerkschaftsverbände, zwei kommunistische Parteien.

wie – beginnend in Serbien 2001 und sich fortsetzend mit den farbigen Revolutionen in der Ukraine, Georgien und Kirgisien – eine Reihe von repressiven, autoritären Regimes in der Region gestürzt wurde. Die Präsidentschaftswahl 2001 hatte gezeigt, dass die Zivilgesellschaft in der Lage war, landesweite Kampagnen zu initiieren, zudem hatte es auch im Apparat – etwa um den ehemaligen Außenhandelsminister Michail Marinytsch – Absetzbewegungen gegeben.

Deshalb begann Lukaschenka ab 2003, in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen die seit 1996 institutionell angelegte präsidiale Machtvertikale auszubauen. Hunderte von unabhängigen Organisationen wurden zur Selbstauflösung gezwungen, gleichzeitig war es praktisch unmöglich, neue oppositionelle Vereinigungen oder Parteien zu gründen. 2005 wurde Artikel 193 (1) ins Strafgesetzbuch aufgenommen, der die Tätigkeit im Namen von nichtregistrierten Organisationen unter Strafe stellt. Unabhängige Zeitungen erhielten Verwarnungen, wenn sie über die Tätigkeit nichtregistrierter Organisationen berichteten, und konnten nach drei Verwarnungen geschlossen werden. Im Bildungsbereich reglementierten Erlasse des Präsidenten die Auslandskontakte von Studierenden und Lehrenden. 2003 wurde das Belarussische Humanistische Lyzeum und 2004 die Europäische Humanistische Universität in Minsk geschlossen, letztgenannte ging ins litauische Exil. Seit 2004 existiert eine schwarze Liste von Musikern, deren Lieder in den staatlichen Medien nicht mehr gespielt werden dürfen. Eines der wirksamsten Kontrollinstrumente war die Aufhebung der unbefristeten Beschäftigung von Staatsbediensteten und die Einführung von – in der Regel einjährigen – Zeitverträgen. Damit ließ sich jeder soziale Protest im Keim ersticken: Weigerte sich etwa ein Lehrer, an der Fälschung von Wahlergebnissen teilzunehmen – Wahllokale befinden sich in der Regel in Schulen, die Wahlkommissionen bestehen vielerorts überwiegend aus Lehrern –, kann das mit dem unmittelbaren Verlust des Arbeitsplatzes geahndet werden.¹¹

Parteien und Organisationen waren gezwungen, ihre Tätigkeit in den Untergrund zu verlegen, sie verloren den Kontakt mit der Be-

¹¹ Vgl. V. Silitski (Anm. 5), S. 92f.

völkerung und wurden gesellschaftlich marginalisiert. Oppositionspolitiker und in der Öffentlichkeit aktive Menschen entwickelten sich zu Dissidenten im ursprünglichen Sinne des Wortes, sie übten Kritik am herrschenden System, befanden sich damit aber abseits vom gesellschaftlichen Mainstream. Parteien wurden zu politischen Klubs mit kaum mehr als 2000 Mitgliedern, von denen nicht einmal ein Zehntel aktiv war. Mitte des Jahrzehnts war der autoritäre Staat durchorganisiert. Die außerhalb des staatlich-gesellschaftlichen Rahmens bestehenden Parteien und Vereinigungen wurden „zu Staatsfeinden erklärt oder aber als Sektierer ohne öffentliche Unterstützung diffamiert“.¹²

Die Repressionen waren intelligent angelegt, denn sie betrafen gezielt eine sozial aktive Minderheit der Bevölkerung. Die physischen Freiheiten (vor allem Reisefreiheit) der unpolitischen Mehrheit wurden nicht angetastet; wer sich politisch nicht exponierte, hatte nichts zu befürchten. Formal gesehen existierte eine pluralistische Fassade, die von der staatlichen Medienpropaganda schöngefärbt wurde: Regelmäßig fanden Wahlen auf allen Ebenen statt, die „Volksvertretungen“ tagten, und es gab sogar eine unbedeutende Opposition. Durch kontrollierte Freiheit im vopolitischen Raum, vor allem aber durch wirtschaftliche Stabilität auf niedrigem Niveau gelang es dem Regime in dieser Phase, wesentliche Bevölkerungsschichten mit sozialen Verträgen (oder impliziten Gesellschaftsverträgen¹³) an sich zu binden und das Protestpotential zu minimieren.¹⁴

Während der Präsidentschaftswahl 2006 manifestierte sich diese Entwicklung. Die demokratischen Kräfte nominierten einheitlich mit Aljaksandr Milinkiewitsch einen Kandidaten mit einem vor allem zivilgesellschaftlichen Hintergrund. Wahlkampf, Wahlen und Stimmauszählung wurden umfassend von Lukaschenka kontrolliert, die Wahlkampfauftritte von Milinkiewitsch durch die Behörden massiv behindert, es gab Dutzende präventiver Festnahmen, und eine unabhän-

gige Wahlbeobachtung, koordiniert von der Organisation *Partnerstwa*, wurde gewaltsam unterbunden. Dennoch vermochte eine marginalisierte Opposition, ein politisches Momentum zu kreieren: Die Proteste in der Wahnacht und in den Tagen danach waren die größten Demonstrationen seit Jahren, und für wenige Tage gab es eine Zeltstadt auf dem Oktoberplatz im Zentrum von Minsk, die schließlich brutal aufgelöst wurde. Letztendlich gelang es der Opposition wie 2001 nicht, mit den Wahlen eine demokratische Wende einzuleiten, auch weil Lukaschenka bei den Wahlfälschungen und den Repressionen von Russland gedeckt wurde. Die Konfrontation einer demokratischen, proeuropäischen und nationalbewussten Opposition mit einem von Russland gestützten autoritären Regime war zu keinem Zeitpunkt deutlicher als im Frühjahr 2006.

Präsidentschaftswahl 2010: „Hauptsache nicht wieder Lukaschenka“

Bei der Präsidentschaftswahl im Dezember 2010 wiederholten sich für Zivilgesellschaft und Opposition die Entwicklungsschritte der vergangenen zwanzig Jahren in kondensierter Form: eine Kandidatenvielfalt wie Anfang der 1990er Jahre, die Unfähigkeit der Opposition, sich auf eine gemeinsame Strategie zu einigen, ein mit Abstrichen freier Wahlkampf wie 1994 und ein manipuliertes Wahlergebnis wie bei allen Abstimmungen seit 1996. Nach der Wahl dann: Repressionen, die in ihrer Brutalität und Willkür selbst die aggressive Unterdrückung der Opposition in den Jahren 2003 bis 2006 weit übertrafen.¹⁵

Die beiden ernsthaftesten Herausforderer von Lukaschenka waren der Dichter Uladzimir Nekljajeu und der ehemalige stellvertretende Außenminister Andrej Sannikau. Beide führten einen weitestgehend aus dem Ausland finanzierten Wahlkampf und verfügten als Kandidaten über keinen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Obwohl sie erklärten, für ein freies, demokratisches und unabhängiges Belarus anzutreten, kokettierten sie un-

¹² H.-G. Wieck (Anm. 7), S. 255.

¹³ Siehe dazu auch den Beitrag von Jerzy Maćków in diesem Heft.

¹⁴ Vgl. Kirill Gajduk/Elena Rakowa/Vital Silitskij (Hrsg.), *Soziale Verträge im gegenwärtigen Belarus*, St. Petersburg 2009 (russ.).

¹⁵ Zur Präsidentschaftswahl 2010 vgl. Stephan Maleorius, *Der lange Schatten der Präsidentschaftswahlen in Weißrussland. Verlauf, Ergebnisse und politische Folgen*, in: *Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung*, (2011) 3, S. 118–123.

verhohlen mit Russland. Das war ihr größter Fehler. Dennoch spielten sie, wie auch die fünf Kandidaten der Oppositionsparteien, eine wichtige Rolle: Sie füllten den öffentlichen Raum, den ein unerwartet liberaler Wahlkampf bot, denn das Regime hatte beschlossen, drei Monate lang politischen Pluralismus zu inszenieren, der zumindest einen öffentlichen Wettstreit unterschiedlicher Meinungen zuließ. Während dieser drei Monate war die Stimmung „Hauptsache nicht wieder Lukaschenka“ in weiten Teilen der Bevölkerung so stark, dass die alternativen Kandidaten Gehör fanden und vielen erstmals klar wurde, dass es neben *bat'ka* (Vater) Lukaschenka noch andere, interessante und ernstzunehmende Politikangebote für das Land gab. Die zentrale Forderung „Neuwahlen ohne Lukaschenka“ zeigte, dass die belarussische Gesellschaft reif für politische Alternativen ist.

Lukaschenka hatte das Protestpotential unterschätzt, deshalb fiel seine Reaktion militant aus: Die Demonstration ließ er gewalttätig auflösen, weit über sechshundert Personen inhaftieren und die Kandidaten Neklajew und Sannikau brutal zusammenschlagen. Der eigentliche Gewinner aus dieser unerwarteten Wende in der Wahlnacht aber war Russland, das sich trotz eines monatelangen bizarren Streites mit Lukaschenka im letzten Moment offensichtlich doch hinter ihn stellte. Und so wiederholte sich auch in dieser Hinsicht die Situation von 1996, 2001 und 2006, als Opposition und Zivilgesellschaft Wahlen und Referenden nutzen wollten, um – unterstützt vom Westen – einen demokratischen Wandel einzuleiten, letztlich aber gegen Lukaschenka, den Autokraten von Russlands Gnaden, auf verlorenem Posten standen.

Die vielleicht wichtigste Lektion aus der Präsidentschaftswahl 2010 lautet, dass sich die jahrelang vor allem von westlichen Realpolitikern und Wirtschaftskreisen vertretene Meinung, angesichts der Schwäche und Zerstrittenheit der Opposition könnten demokratische Veränderungen nur durch einen Dialog mit dem Regime eingeleitet werden, als falsch und naiv erwiesen hat. Wer die Demokratie in Belarus und nicht das autoritäre Lukaschenka-Regime stärken will, hat keinen anderen Partner als die Opposition und die autonomen Akteure der Gesellschaft.

Jörg Forbrig

Belarus zwischen der EU und Russland: Ende der Schaukelpolitik

Kaum ein Ereignis hat die spannungsgeladene Positionierung von Belarus zwischen der Europäischen Union (EU) und Russland so deutlich gemacht wie die Präsidentschaftswahl vom 19. Dezember 2010. Zwar unterschieden sich Abstimmung und Ergebnis nicht wesentlich von jenen in den Jahren 2001 und 2006: Die Wahl wurde von der OSZE als nicht-demokratisch eingestuft und war lediglich Ritual für die Verlängerung der autoritären Herrschaft von Aljaksandr Lukaschenka. Gleichwohl gab es vor und nach der Wahl wesentliche Entwicklungen, die veränderten Beziehungen von Belarus mit seinen großen Nachbarn im Osten und Westen geschuldet sind.

Im Verhältnis zu Russland wurden zunehmende Spannungen deutlich, als Moskau seinen politischen und wirtschaftlichen Druck auf Minsk verstärkte und das zerrüttete Verhältnis zwischen beiden Seiten offen zutage trat. Gegenüber der EU indes schienen die lange eingefrorenen politischen Beziehungen aufzutauen, begleitet von einer scheinbaren Liberalisierung der belarussischen Diktatur. Diese aus westlicher Sicht hoffnungsvolle Entwicklung fand mit der Wahl ein jähes Ende. Der unglaubliche Wahlsieg Lukaschenkas und die brutale Niederschlagung friedlicher Massenproteste haben gezeigt, dass Lukaschenka keineswegs gewillt ist, seine Macht durch demokratische Verfahren infrage stellen zu lassen.

Seitens der EU war die Reaktion auf diese Wende zum Schlechteren schnell und eindeu-

Jörg Forbrig

Dr. phil., geb. 1972; Senior Program Officer beim German Marshall Fund of the United States, Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin.

jforbrig@gmfus.org

tig. Die Unterstützung für die demokratische Bewegung in Belarus wurde ausgeweitet, und zunehmend wird der Ruf nach wirtschaftlichen Sanktionen laut. In jeglicher Hinsicht befinden sich die Beziehungen in einer neuen Eiszeit. Der Bruch mit dem Westen verstärkte die belarussische Abhängigkeit von Russland. Moskau ist sich seines gestiegenen Einflusses bewusst und drängt nun darauf, seine Interessen in Belarus durchzusetzen, vor allem die stärkere Einbindung in die russische Einflussosphäre und die Übernahme strategischer Wirtschaftszweige durch russisches Kapital. Dies weckt Befürchtungen, dass die staatliche Souveränität von Belarus einmal mehr gefährdet ist.

Gesellschaft auf Identitätssuche

Seit der Machtübernahme Lukaschenkas 1994 hat sich Belarus von einer Demokratie im Anfangsstadium zu einem autoritären Regime zurückentwickelt. Dieses ist auf den Präsidenten zugeschnitten, dem sämtliche Staatsinstitutionen untergeordnet sind, der die letzte Planwirtschaft Europas führt und seine Bevölkerung über monopolistische Staatsmedien beeinflusst.

Als die Republik Belarus vor 20 Jahren entstand, gab es kaum positive Anknüpfungspunkte für eigenständige Institutionen und Identitäten. Ein Erbe politischer Unabhängigkeit fand sich zwar im Großfürstentum Litauen (14. Jahrhundert) und seiner belarussischen Amtssprache, lag aber zu weit in der Vergangenheit, um für das postsowjetische Belarus konstitutiv zu wirken. Ähnliches gilt für die belarussische Nationalbewegung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstand und in die Republik von 1918 mündete, die jedoch schon ein Jahr später von der Sowjetmacht ersetzt wurde. So waren es vor allem Negative Erfahrungen, die am Beginn einer eigenständigen belarussischen Identität standen, so die jahrhundertelange Unterwerfung durch größere Nachbarn aus West wie Ost im polnisch-litauischen Staatsverband, dem russischen Zarenreich, schließlich in der Sowjetunion. Letztere verbindet sich mit dem Stalin'schen Terror, dem fast die gesamte gesellschaftliche Elite zum Opfer fiel. Noch stärker im Bewusstsein verankert ist der Zweite Weltkrieg, in dem ein Viertel der Bevölkerung umkam. Schließlich prägt die nukleare Tragödie im

ukrainischen Tschernobyl bis heute das Leben in Belarus.¹

Aus dieser leidvollen Geschichte ergibt sich vor allem ein Bedürfnis nach Stabilität, das von Lukaschenka lange befriedigt wurde. Ihm wird angerechnet, dass es weder zum hemmungslosen Oligarchenkapitalismus Russlands noch zum politischen Chaos der Ukraine, nicht zu den gewalttätigen Konflikten des Kaukasus und nicht zu den schmerzhaften Reformen der neuen EU-Mitgliedsländer gekommen ist. Verstärkt durch staatliche Propaganda erschien vielen das „belarussische Modell“ als schmerzfreie Alternative, die Lukaschenka breite Unterstützung eintrug.

Eint dieses Stabilitätsdenken die belarussische Gesellschaft, so spaltet sie die Position des Landes zwischen West und Ost. So stilisieren viele nationalorientierte Belarussen die Zwischenkriegszeit, als der Westen des Landes zu Polen gehörte, zur Blütezeit der belarussischen Kultur und argumentieren für eine Westbindung des Landes. Andere betonen, dass erst die Sowjetzeit das Land modernisiert habe, eine enge Anbindung an Russland daher geraten sei. So ergab das Meinungsbild der Belarussen lange keine eindeutigen Präferenzen. Im Jahr 2006 plädierten nur 31,5 % der Belarussen für einen Beitritt des Landes zur EU, während 49,2 % diesen ablehnten. Diese geopolitischen Orientierungen unterlagen aber in den vergangenen Jahren einer deutlichen Dynamik, wie die Ergebnisse derselben Meinungsumfrage vom März 2011 zeigen. Jetzt unterstützen bereits 48,6 % der Belarussen eine EU-Mitgliedschaft, bei 30,5 % Ablehnung.² Es ist also zu einer deutlichen Europäisierung der öffentlichen Meinung in Belarus gekommen.

Russlands zunehmender Einfluss

Als Russland und Belarus, gemeinsam mit der Ukraine, im Jahre 1991 die Auflösung der Sowjetunion beschlossen, begann für beide Länder nach über 200-jähriger Zusammengehörigkeit eine selbstständige Entwick-

¹ Vgl. David R. Marples, *Belarus: a Denationalized Nation*, Amsterdam 1999.

² Vgl. Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies, *Nationwide Public Opinion Poll*, Vilnius, March 2011.

lung. Dennoch blieben sie eng miteinander verflochten, vor allem auf gesellschaftlicher Ebene, aber auch wirtschaftlich durch Belarus' Transitlage für russische Energielieferungen nach Westen und Russlands Position als Hauptabsatzmarkt für belarussische Exporte. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die politischen Beziehungen über mehrere Phasen. Belarus durchlebte zunächst eine kurze Phase der demokratischen Entwicklung und Öffnung gegenüber dem Westen, die aber bereits 1994 mit der Wahl Lukaschenkas zum Staatspräsidenten ihr Ende fand. Russland hingegen durchlief unter der Führung von Boris Jelzin eine Phase relativer Offenheit. Diese Demokratie der frühen Jahre war aber von massiven gesellschaftlichen Verwerfungen, Rechtlosigkeit, „Turbokapitalismus“ und Schwäche auf internationalem Parkett gekennzeichnet, die es Russland erschwerten, seiner Nachbarschaft größere Aufmerksamkeit zu schenken. So blieben die Beziehungen eher formlos, abgesehen von der halbherzigen Gründung eines Unionsstaates im Jahre 1995, der bis heute ein Schattendasein führt. Dieses lose politische Verhältnis erfuhr erst mit dem Amtsantritt von Wladimir Putin im Jahre 2000 eine neue Dynamik. Dieser verabschiedete sich vom liberalen Entwicklungskurs des Landes, erneuerte die Macht der Zentralregierung, wandte sich gegen die Wirtschaftsmacht der Oligarchen und knüpfte verstärkt an die sowjetische Vergangenheit an. Im Innern glich sich Russland zusehends dem Autoritarismus Lukaschenkas an. Nach außen trat es mit neuem Selbstbewusstsein auf, das auf einer kritischeren Haltung gegenüber dem Westen fußte und sich aus seiner Bedeutung als Energielieferant speiste, vor allem aber eine aktivere Politik im postsowjetischen Raum einläutete.

In einer zweiten Phase von 2000 bis 2006 stand das Verhältnis zwischen Belarus und Russland wieder verstärkt unter politischen Vorzeichen. Russland erkannte Lukaschenkas Machtmodell als ähnlich „gesteuerte Demokratie“ wie die eigene an, verteidigte die belarussische Regierung gegen internationale Kritik und förderte das Regime in Minsk wirtschaftlich. Belarus wurde zum Baustein der russischen Strategie, die von Moskau befürchtete „Einkreisung“ durch westlich orientierte Demokratien abzuwenden, die man in den „Farbrevolutionen“ in

Georgien und der Ukraine wahrnahm.¹³ Damit konnte sich Lukaschenka der Rückendeckung Russlands sicher sein, vor allem bei den Präsidentschaftswahlen 2001 und 2006 sowie beim Referendum 2004, das die Begrenzung auf zwei Amtszeiten aufhob. Dazu kam ein wesentlicher wirtschaftlicher Aspekt, subventionierte doch Russland seinen Nachbarn durch billige Öl- und Gaslieferungen. Diese Preisnachlässe von jährlich rund sieben Milliarden US-Dollar, einem Drittel des belarussischen Staatshaushaltes, ermöglichten es Lukaschenka, seiner Bevölkerung einen bescheidenen Wohlstand zu sichern, und subventionierten seinen Sicherheitsapparat und die Staatspropaganda.

Schließlich erneuerten Russland und Belarus ihr Bekenntnis zur Integration beider Länder. Jedoch zog sich Lukaschenkas berechtigte Furcht, in diesem Staatsverbund nur Juniorpartner zu sein, durch alle folgenden Verhandlungsinitiativen, die entsprechend fruchtlos blieben. Diese Hinhaltenaktik und ein sich verschlechterndes persönliches Verhältnis zwischen Lukaschenka und Putin führte Moskau allmählich zur Einsicht, dass dem kleinen Nachbarn rein politisch nicht beizukommen war. Aus diesem Grunde schwenkte Russland in einer dritten Phase nach 2006 verstärkt auf wirtschaftliche Einflussnahme um, was dies doch die Achillesferse in Minsk. Einerseits war die Unterstützung für Lukaschenka unter vielen Belarussen maßgeblich mit Subventionen und Exporterlösen aus Russland erkaufte, deren Entzug Aussicht auf politische Zugeständnisse versprach. Andererseits war der Kreml an strategischen Wirtschaftsunternehmen in Belarus interessiert, vor allem in den Sektoren Gastransit, Rohölverarbeitung und Maschinenbau, deren Übernahme einer Einschränkung der politischen Souveränität von Belarus und einer verstärkten Abhängigkeit von Russland gleichkam.¹⁴ Ein erster Paukenschlag war 2006 die Ankündigung von Gazprom, das Preisniveau für seine Gaslieferungen nach Belarus bis 2010 von 46 auf über 200 US-Dollar pro tausend Kubikmeter anzu-

¹³ Vgl. Joerg Forbrig/Pavol Demeš (eds.), *Reclaiming Democracy*, Washington, DC 2007.

¹⁴ Vgl. Dmitri Trenin, *Russia's Policy towards Belarus: A Tale of Two Presidents*, in: Joerg Forbrig/David R. Marples/Pavol Demeš (eds.), *Prospects for Democracy in Belarus*, Washington, DC 2006, S. 79–84.

passen. Dies zwang die Regierung in Minsk, Gazprom eine fünfzigprozentige Beteiligung an seiner Pipelinefirma Beltransgaz abzutreten, die etwa 20 Prozent der russischen Gasexporte nach Westeuropa abwickelt. Dieser Konflikt eröffnete eine Reihe wirtschaftlicher und in der Konsequenz politischer Auseinandersetzungen. So unterbrach Russland seine Öllieferungen nach Belarus jeweils im Januar 2007 und 2010. Scharfe Kritik an russischen Energiepreisen durch Lukaschenka veranlasste Moskau im Juni 2009, ein kurzzeitiges Importverbot gegen belarussische Milchprodukte zu verhängen, was Minsk mit Zollkontrollen an der Grenze zu Russland und dem Boykott eines gemeinsamen Sicherheitsgipfels beantwortete. Schließlich unterbrach Russland die Gaslieferungen nach Belarus im Juni 2010 wegen strittiger Fragen einer geplanten Zollunion.[¶]

Zunehmend wurde wirtschaftlicher Druck zum Mittel der russischen Politik. Doch weder kam es zu wesentlichen Übernahmen belarussischer Unternehmen durch russisches Kapital, noch hat sich Minsk bislang auf eine enge politische Bindung an Moskau eingelassen. Dies liegt auch daran, dass Russland seine wirtschaftlichen Hebel nur vorsichtig eingesetzt hat, wusste man doch, dass ein Kollaps des belarussischen Diktators unabsehbare politische Folgen haben könnte. Dazu verstand es Lukaschenka, Russlands Druck durch Partnerschaften mit China oder Venezuela sowie durch Annäherung an Europa auszuweichen.

EU zwischen Isolation und Wandel durch Annäherung

Ähnlich stufenweise wie erfolglos entwickelten sich die Beziehungen zwischen der EU und Belarus. Anders als im Falle Russlands konnten diese kaum an existierende Verbindungen anknüpfen. Dennoch waren auch das Verhältnis und die Politik der EU von einem wachsenden Interesse und der Suche nach Instrumenten geprägt, die Entwicklungen in Belarus im europäischen Sinne mitzugestalten.

¶ Vgl. Stefan Meister, Die Ökonomisierung russischer Außenpolitik. Eskalation im Streit zwischen Russland und Belarus, DGAP Standpunkt, Berlin, September 2010.

Während der 1990er Jahre galten die politische Aufmerksamkeit seitens der EU wie auch ihre Unterstützung für demokratische Reformen vor allem jenen Ländern Mitteleuropas, die direkt an die EU Grenzen und denen man die besten Aussichten auf eine erfolgreiche Umgestaltung zumaß. Belarus hingegen fand sich nach einer kurzen Phase der Annäherung außerhalb des Interesses, nicht zuletzt mit der zunehmenden Entdemokratisierung nach Lukaschenkas Machtantritt. Die erste europäische Institution, die diese Entwicklung anprangerte, war der Europarat. Nach einem gefälschten Referendum, das 1996 Kompetenzen und Amtszeit des Präsidenten ausdehnte, schloss dieser eine EU-Mitgliedschaft des Landes aus und kritisierte seither Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefizite in Belarus. Die EU schloss sich dieser Haltung an, indem sie das 1995 unterzeichnete Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Belarus nicht ratifizierte und Brüssel die politischen Beziehungen mit Minsk 1997 einschränkte. Die Beziehungen erreichten einen Tiefpunkt, als 1998 Belarus westliche Botschafter ihrer Residenzen verwies und 1999/2000 vier führende Oppositionelle spurlos verschwanden. Schließlich zeigte die Wiederwahl Lukaschenkas 2001, nach OSZE- wie EU-Einschätzung außerhalb demokratischer Normen, dass Europas passive Politik eingeschränkter politischer Kontakte und verbaler Kritik keinen Wandel in Belarus bewirkte.

Seit 2002 verstärkt daher die EU ihr Engagement. Zwar beließ sie es bei eingefrorenen politischen Kontakten, signalisierte jedoch, dass sie bei konkreten Demokratisierungsschritten seitens der belarussischen Regierung zu einer Annäherung bereit sei. Dieser Benchmark-Ansatz begann mit vier prinzipiellen OSZE-Forderungen: Stärkung des Parlaments, Entsendung von Oppositionsvertretern in die Wahlkommissionen, Medienzugang für Oppositionskandidaten und Reform des Wahlrechts entsprechend internationaler Standards.[¶] Forderungen und Angebote an Belarus konkretisierte die EU.[¶] Es wurden zwölf Bedingungen formuliert, darunter die nach freie Wahlen, Meinungs- und Medienfreiheit, Freilassung politischer Ge-

¶ Vgl. Dov Lynch (ed.), Changing Belarus, Chaillot Paper Nr. 85, Paris 2005.

¶ European Commission, What the European Union could bring to Belarus, Non-Paper, Brüssel 2006.

fangener, unbehinderter Zivilgesellschaft und nach Rechtsstaatlichkeit. Deren schrittweise Erfüllung würde die EU mit Reiseerleichterungen, grenzüberschreitender Zusammenarbeit, verstärkten Wirtschaftsbeziehungen und Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen honorieren.

Jedoch zeigte sich Minsk nicht willens, auf Forderungen und Angebote der EU einzugehen. Die Parlamentswahl und das Referendum von 2004, mehr noch die Präsidentschaftswahl von 2006 und die brutale Niederschlagung friedlicher Proteste machten deutlich, dass dieser Ansatz der EU erfolglos blieb. Stattdessen musste die EU auf Wahlmanipulationen und Repressionen mit Sanktionen antworten. 2004 wurde ein Einreiseverbot gegen sechs hochrangige Regimevertreter verhängt, das 2006 um Lukaschenka und weitere 30 Personen erweitert und um das Einfrieren persönlicher Vermögen ergänzt wurde.

Mit dem Scheitern der Anreizstrategie wurde 2008 die Forderung nach Wandel durch Annäherung laut. Dieser erhielt Auftrieb, als Lukaschenka politische Gefangene freiließ, bei der Parlamentswahl milde Konzessionen an die Opposition machte und zwei unabhängige Zeitungen zuließ. Darauf machte die EU wesentliche Zugeständnisse an Belarus, in der Hoffnung, dass weitere Schritte der Regierung in Minsk folgen würden. So wurden im Herbst 2008 die Sanktionen außer Kraft gesetzt, gefolgt von der offiziellen Einladung an Belarus, ab 2009 an der Östlichen Partnerschaft der EU teilzunehmen. Dazu wurden politische Kontakte erneuert, nicht zuletzt durch Staatsbesuche Lukaschenkas in EU-Ländern und Besuche europäischer Regierungsvertreter in Belarus.¹⁸

Währenddessen entwickelten sich die wirtschaftlichen Beziehungen stetig. Im Jahre 2009 war die EU Hauptexportpartner mit einem Anteil von 44 Prozent (Russland: 32 Prozent). Ausfuhren nach Europa bestehen zu drei Vierteln aus Ölprodukten, gefolgt von Maschinen und Düngemitteln.¹⁹ Der rege

¹⁸ Vgl. Denis Melyantsov, Belarus-EU: Protracted normalization, in: Belarusian Institute for Strategic Studies (BISS) (ed.), Belarusian Yearbook 2009, Vilnius 2010, S. 64–73.

¹⁹ Vgl. European Commission, DG Trade, EU Bilateral Trade and Trade with the World: Belarus, Brüssel, 17.3.2011.

Handel hat freilich eine politische Dimension, liefert doch die EU einen Großteil der belarussischen Staatseinnahmen und stärkt das Regime. Diese Doppelbödigkeit in der Haltung der EU ist ein Kritikpunkt seitens der Opposition im Lande: zu Recht, wie sich bei der Wahl 2010 zeigen sollte.

Präsidentschaftswahl 2010 als Zäsur

Die Dynamik einer sich wandelnden öffentlichen Meinung, steigenden Drucks aus Russland und wachsenden europäischen Engagements beschleunigte sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahl vom 19. Dezember 2010. Vor allem seitens der demokratischen Opposition wuchs die Hoffnung, dass diese Wahl die festgefahrene Situation in Belarus endlich in Bewegung bringen könnte. Lukaschenka schien unter Zugzwang zu geraten.

Dafür sorgte vor allem Russland. Von Juli 2010 an strahlte das russische Fernsehen eine Dokumentarreihe unter dem Titel „Der Pate“ aus, die Lukaschenka der Beteiligung am Verschwinden prominenter Regimegegner, der staatlich sanktionierten Korruption und der psychologischen Unzurechnungsfähigkeit beschuldigte. Zudem verlautete aus dem Kreml, dass man sich Alternativen an der Spitze von Belarus vorstellen könne. Und schließlich empfing man in Moskau einige Oppositionskandidaten, von denen zumindest einer auch finanzielle Unterstützung aus Russland erhielt. Zum ersten Mal schien es so, als ob Russland des eigenwilligen Diktators im Nachbarland überdrüssig geworden sei.

Europa seinerseits übte sich in Reisediplomatie, Ermahnungen zu kleineren Verbesserungen im Wahlablauf und in finanziellen Anreizen. Diese gipfelten im gemeinsamen Besuch der Außenminister Polens und Deutschlands in Minsk im November 2010, bei dem sie Wirtschaftshilfe in Milliardenhöhe versprachen, sollte Lukaschenka die Abstimmung liberaler gestalten und sich bei Repressalien zurückhalten. Die Taktik schien aufzugehen: Die Wahlkampagnen der Oppositionskandidaten konnten sich relativ frei entfalten, beschränkter Zugang zu den staatlichen Medien wurde gewährt und sogar eine Fernsehdebatte zugelassen, bei dem die Gegner Lukaschenkas ihre Kritik offen äußerten.

Kurz vor der Wahl kam jedoch die radikale Umkehr. Am 9. Dezember 2010 unterzeichneten Belarus und Russland, zusammen mit Kasachstan, einen Vertrag zur Gründung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes. Damit signalisierte Moskau, dass es eine Wiederwahl Lukaschenkas mittragen würde. Minsk ließ die liberale Maske fallen, manipulierte die Präsidentschaftswahl massiver als je zuvor und reagierte auf die Proteste von Zehntausenden am Wahlabend mit ungekannter Härte, hunderterten von Verhaftungen und einer breit angelegten Verfolgungswelle. Die EU wurde von dieser Wende überrascht. Vom belarussischen Diktator vorgeführt reagierte Europa mit seltener Entschiedenheit und Geschwindigkeit. Der unmittelbaren Verurteilung von Wahlbetrug und Staatsterror folgte binnen Monatsfrist die Wiedereinführung und Ausweitung von Sanktionen gegen Lukaschenka und über 150 seiner Führungskräfte. Gleichzeitig wurden europäische Hilfen für Opfer politischer Gewalt, für die Zivilgesellschaft und für freie Medien erhöht. Russland dagegen erklärte die Ereignisse vom Dezember 2010 zur inneren Angelegenheit von Belarus und erkannte die Wiederwahl Lukaschenkas an.¹⁰

Die Rechnung dieser Politik Russlands wie der EU zahlen die Demokraten in Belarus. Von diesen hatten viele die EU davor gewarnt, sich auf einen Dialog mit Lukaschenka ohne Einbeziehung der Opposition einzulassen, und vorhergesehen, dass Minsk Europa einmal mehr betrügen würde. Mancher Oppositionskandidat setzte zudem übergroße Hoffnungen in die Bereitschaft Russlands, eine politische Öffnung von Belarus mitzutragen. Die tragische Folge dieser Fehlkalkulationen, oder besser der Naivität Europas und des Zynismus Russlands, ist die systematische Zerschlagung der Demokratiebewegung in Belarus seit Dezember vergangenen Jahres.

Ausblick

Außenpolitisch hat der „Blutsonntag“ vom Dezember 2010, wie ihn belarussische Demokraten nennen, dramatische Konsequenzen. Im Westen hat Lukaschenka jede Glaubwürdigkeit verspielt. Damit befindet er sich in fast völliger Abhängigkeit von seinem Nach-

barn im Osten. Im Ergebnis dürfte es ihm unmöglich werden, seine lange Zeit erfolgreiche Schaukelpolitik fortzusetzen. Stattdessen wird ihm aus Russland die Rechnung für die Anerkennung der Wahl präsentiert. Forderungen nach Übernahme des Fahrzeugbauers MAZ durch den russischen KAMAZ-Konzern und die völlige Abtretung von Beltransgaz wurden bereits laut. Zudem machte Moskau einen Stabilisierungskredit von Wirtschaftsreformen und Privatisierungen abhängig.

Doch nicht nur von außen wird die wirtschaftliche Basis von Lukaschenkas Macht infrage gestellt. Von innen droht seit Anfang 2011 eine akute Wirtschaftskrise. Die Finanzreserven sind durch Lohnerhöhungen vor der Wahl dezimiert. Es kam zu Panikkäufen von Devisen und Konsumgütern, die jedoch zunehmend teurer und rarer wurden. Die Wirtschaft kam weitgehend zum Stillstand, und schon im April 2011 hatten Staatsbetriebe rund 600 000 Angestellte, etwa 13 Prozent aller Arbeitskräfte, zwangsbeurlaubt. Dies untergräbt das Vertrauen vieler Belarussen in das von Lukaschenka propagierte Modell, und Unmut macht sich breit.

Europa sucht unterdessen weiterhin nach Wegen, Druck auf Lukaschenka auszuüben. Mehrere Länder, so Polen, Schweden und Deutschland, sprechen sich für Wirtschaftssanktionen aus, um die materielle Basis des Regimes weiter zu schwächen und ihn zu einem Ende der Repressionen zu zwingen. Dagegen sind jedoch andere EU-Mitglieder, und ein Konsens wird schwer zu erreichen sein. Letztlich ist es der Handel mit Europa, der Lukaschenkas politisches Überleben bislang mit ermöglicht hat.

Dessen ungeachtet sind die Tage des belarussischen Diktators gezählt. Die Kritik von innen wird in dem Maße zunehmen, wie Lukaschenka die Bedürfnisse seiner Bevölkerung, ganz zu schweigen von denen seiner Nomenklatura, nicht mehr befriedigen kann. Doch auch von außen wird die politische Zukunft des Landes maßgeblich mitbestimmt. Hier sind Russland und Europa gemeinsam gefragt, ist doch Belarus Teil beider Nachbarschaft und seine Stabilität, hoffentlich auch seine endlich demokratische Entwicklung, im gemeinsamen Interesse der Nachbarn in Ost wie West.

¹⁰ Vgl. BISS, International Monitoring: January 1–April 1, 2011, Vilnius 2011.

APuZ

Nächste Ausgabe

27/2011 · 4. Juli 2011

11. September 2001

Markus Kaim

Ist die Welt sicherer geworden?

*M. de los Reyes García Márkina · G. Pörzgen · D. K. Gamino ·
A. Suliman · M. R. Biel*

Der „11. September“ aus globaler Perspektive

Martin Kabl · Patricia Schneider · Johann Schmid

Strategien zur Bekämpfung von Terrorakteuren

Jana Puglierin · Christoph Schwarz

Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen

Marwan Abou-Taam

Auswirkungen auf die deutsche Innen- und Sicherheitspolitik

Marcel Hartwig

Der „11. September“ im nationalen Bewusstsein der USA

Geert Somsen

Ist der „Kampf der Kulturen“ vorüber?

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)

Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
3. Juni 2011

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Belarus

APuZ 24–26/2011

- Timothy Snyder*
3–8 **Im dunkelsten Belarus**
Der Roman *Paranoia* des Belarussen Viktor Martinowitsch geht davon aus, dass man in einem Polizeistaat immer beobachtet wird. Der einzige Weg, sicher zu sein, ist das Aufgeben der Liebe, aber echtes Alleinsein nährt Paranoia.
- Ingo Petz*
8–13 **Belarus? Uns doch egal! Eine Polemik**
Belarus ist eine *terra incognita*, ein weißer Fleck in Osteuropa: ein Land, das seit 2004 zwar an der Grenze der EU liegt, das uns aber so gut wie nichts sagt; ein Land, dessen Geschichte und Kultur den meisten im Westen leider egal ist.
- Waleri Karbalewitsch*
13–20 **Lukaschenka forever?**
Aljaksandr Lukaschenka hat keine andere Wahl als auf Lebenszeit im Amt zu bleiben. Er ist nicht nur Architekt und Erbauer dieses Systems, mittlerweile ist er auch dessen Geisel. Die Macht, die immer sein Traum war, ist für ihn zum Fluch geworden.
- Jerzy Maćków*
21–26 **Belarussischer Autoritarismus**
Lukaschenka positioniert sich als Wächter des imaginären russischen Imperiums, womit er den Kreml zur Subventionierung des genuin posttotalitären Autoritarismus in seinem Land bewegt.
- Elena Rakowa*
27–35 **Planwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen**
Eine kurze Analyse der grundlegenden Mechanismen der belarussischen Volkswirtschaft ergibt einen eindeutigen Befund: Es handelt sich um eine Planwirtschaft mit Marktelementen.
- Stephan Malerius*
36–41 **Opposition und Zivilgesellschaft in Belarus**
Opposition und Zivilgesellschaft stehen in Belarus im Konflikt mit dem Staat. Obwohl sie im vergangenen Jahrzehnt durch das Regime gesellschaftlich marginalisiert wurden, sind sie potentiell der Träger eines demokratischen Wandels.
- Jörg Forbrig*
41–46 **Belarus zwischen der EU und Russland: Ende der Schaukelpolitik**
Die Präsidentschaftswahl 2010 bildet eine Zäsur. Im Westen ist Belarus erneut isoliert und findet sich in völliger Abhängigkeit von seinem östlichen Nachbarn. Damit endet Lukaschenkas lange Zeit erfolgreiche Schaukelpolitik.